ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lange, Lemonia Anna

Research Report
Der kollektive Reinkorporationsprozess der ehemaligen FARC Kombattant*innen in Kolumbien: Eine empirische Analyse der Herausforderungen, Limitationen und Potentiale am Beispiel der Umsetzung in Guaviare

ÖFSE-Forum, No. 73

Provided in Cooperation with:
Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Vienna

Suggested Citation: Lange, Lemonia Anna (2020) : Der kollektive Reinkorporationsprozess der ehemaligen FARC Kombattant*innen in Kolumbien: Eine empirische Analyse der Herausforderungen, Limitationen und Potentiale am Beispiel der Umsetzung in Guaviare, ÖFSE-Forum, No. 73, ISBN 978-3-902906-47-2, Südwind-Verlag, Wien, https://www.oefse.at/publikationen/oefse-forum/detail-oefse-forum/publication/show/Publication/der-kollektive-reinkorporationsprozess-der-ehemaligen-farc-kombattantinnen-in-kolumbien/

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/268155

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

73 FORUM

Der kollektive Reinkorporationsprozess der ehemaligen FARC Kombattant*innen in Kolumbien: Eine empirische Analyse der Herausforderungen, Limitationen und Potentiale am Beispiel der Umsetzung in Guaviare

Lemonia Anna Lange

Masterarbeit

ÖFSE
Österreichische Forschungsstiftung
für Internationale Entwicklung

73 FORUM

Der kollektive Reinkorporationsprozess der ehemaligen FARC Kombattant*innen in Kolumbien: Eine empirische Analyse der Herausforderungen, Limitationen und Potentiale am Beispiel der Umsetzung in Guaviare

Lemonia Anna Lange

Masterarbeit

Dezember 2020

ÖFSE
Österreichische Forschungsstiftung
für Internationale Entwicklung

1. Auflage 2020
© Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)
im C3 – Centrum für Internationale Entwicklung
A-1090 Wien, Sensengasse 3, Telefon: (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 10 – 150
e-mail: office@oefse.at, Internet: http://www.oefse.at, http://www.centrum3.at
Für den Inhalt verantwortlich: Lemonia Anna Lange
Druck: druck.at
Südwind-Verlag
ISBN: 978-3-902906-47-2

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de abrufbar.

Gefördert durch die
Österreichische Entwicklungs-zusammenarbeit

Vorwort

Die Schaffung und langfristige Sicherung von Frieden ist seit langem ein Entwicklungsziel – doch die Welt, v.a. der Globale Süden, ist nach wie vor von Gewalt und Krieg auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Formen geprägt. Konfliktprävention und Friedenssicherung sind Ziele vieler internationaler und nationaler Organisationen und haben auch Eingang in die Agenda 2030 der UNO gefunden. Es ist kein Zufall, dass das Sustainable Development Goal 16 der Agenda 2030 Frieden in den Kontext von Gerechtigkeit stellt, denn strukturelle soziale Ungerechtigkeit ist insbesondere in Armutssituationen eine der Hauptursachen von Gewalt und Krieg.

Ein Beispiel dafür ist Kolumbien, in dem seit mehr als fünfzig Jahren ein Bürgerkrieg herrscht, der ursprünglich aus dem Kampf von Kleinbäuerinnen und -bauern gegen Armuts- und Ungleichheitsstrukturen hervorgegangen ist. Die größte der kolumbianischen Guerillabewegungen, die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), der über die Jahrzehnte, ebenso wie den rechten Paramilitärs, Menschenrechtsverletzungen und Verwicklung in den Drogenhandel vorgeworfen wurde, unterzeichnete 2016 einen historischen Friedensvertrag mit der kolumbianischen Regierung.

Teil des Friedensabkommens ist ein breit aufgesetzter kollektiver Reinkorporationsprozess ehemaliger FARC-KombattantInnen, dessen Grundkomponente darin besteht, dass die FARC als politische Einheit bestehen bleiben kann. Mehr als der Friedensvertrag an sich hängt die Stabilität des Friedens und seine positive Entwicklung vom Gelingen dieses Reinkorporationsprozesses ab.

Die Arbeit von Lemonia Lange setzt es sich zum Ziel, das Potential dieses Ansatzes in Hinblick auf die Förderungen eines positiven Friedens zu untersuchen und dabei die Herausforderungen bei der Umsetzung in der Region Guaviare zu analysieren. Lemonia Lange setzt sich zunächst mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen zu Frieden, insbesondere mit dem Konzept Integrated Disarmament, Demobilization and Reintegration (IDDR), auseinander und wendet dieses dann auf den Reintegrationsprozess in der kolumbianischen Region Guaviare an. Sie kommt zu dem Schluss, dass zahlreiche politische, administrative und strukturelle Faktoren das Gelingen des Prozesses behindern und streicht darunter die Fortexistenz massiver Ungleichheitsstrukturen hervor – was dazu führe, dass einige FARC-Mitglieder dem Friedensprozess den Rücken kehren.

Lemonia Langes Arbeit zeichnet sich durch große Aktualität und Relevanz aus. In einer Situation, in der die konzeptionelle und politische Diskussion um Frieden nicht im Vordergrund der entwicklungspolitischen Diskussion steht, zeigt sie eindrucksvoll auf, dass Friedensschaffung nicht nur als Entwicklungsziel, sondern vielmehr als eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung betrachtet werden muss. Positiver Frieden wiederum kann nur gelingen, wenn reale und vom Staat unterstützte Transformationsprozesse stattfinden, die die strukturellen Ursachen des Konfliktes langfristig eliminieren.

Dr.in Margarita Langthaler

Senior Researcher, ÖFSE

universität wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

*„Der kollektive Reinkorporationsprozess der ehemaligen FARC Kombattant*innen in Kolumbien: Eine empirische Analyse der Herausforderungen, Limitationen und Potentiale am Beispiel der Umsetzung in Guaviare“*

verfasst von / submitted by

Lemonia Anna Lange, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 066 589
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudium Internationale Entwicklung
Betreut von / Supervisor:	Univ.-Prof.in Dr. Antje Daniel

Eidesstattliche Erklärung

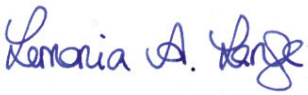
Ich versichere an Eides statt, dass ich

- die eingereichte wissenschaftliche Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe,
- die während des Arbeitsvorganges von dritter Seite erfahrene Unterstützung, einschließlich signifikanter Betreuungshinweise, vollständig offengelegt habe,
- die Inhalte, die ich aus Werken Dritter oder eigenen Werken wortwörtlich oder sinngemäß übernommen habe, in geeigneter Form gekennzeichnet und den Ursprung der Information durch möglichst exakte Quellenangaben ersichtlich gemacht habe,
- die eingereichte wissenschaftliche Arbeit bisher weder im Inland noch im Ausland einer Prüfungsbehörde vorgelegt habe und
- bei der Weitergabe jedes Exemplars (z.B. in gebundener, gedruckter oder digitaler Form) der wissenschaftlichen Arbeit sicherstelle, dass diese mit der eingereichten digitalen Version übereinstimmt.

Mir ist bekannt, dass die digitale Version der eingereichten wissenschaftlichen Arbeit zur Plagiatskontrolle herangezogen wird.

Ich bin mir bewusst, dass eine tatsachenwidrige Erklärung rechtliche Folgen haben wird.

Wien, August 2020



Lemonia Anna Lange

Yo creo que todavía no es demasiado tarde
para construir una utopía
que nos permita compartir la tierra.

Gabriel García Márquez

Vorwort

Wissenschaftler*innen tragen Verantwortung im Zuge der eigenen Forschung, denn das Ziel aller Wissenschaften liegt in der Generierung von Wissen. Für mich war es als forschende Person im Rahmen meiner Masterarbeit folglich von Relevanz, mich auch mit epistemologischen Aspekten auseinanderzusetzen, um danach zu fragen, was Wissensproduktion eigentlich legitimiert, wie dieses überhaupt generiert werden kann und welche Grenzen dabei bestehen. Somit möchte ich vorab festhalten, dass Wissen stets ein Ergebnis ist, das von sozialer Konstruiertheit und der eigenen Position beeinflusst wurde. Keine forschende Person ist im Stande, eine unabhängige Metaebene einzunehmen und ebenso wenig kann *eine* Wissenschaft den absoluten Wahrheitsanspruch abgegrenzt von allen anderen Disziplinen für sich beanspruchen.

Die Themenwahl dieser Arbeit ist das Ergebnis meiner subjektiven Positioniertheit. Sie rührt vor allem aus meiner Motivation und Überzeugung, dass der Reinkorporationsprozess einer der wesentlichsten Faktoren für die Entwicklung eines nachhaltigen Friedens in Kolumbien darstellt. Mehrere Reisen nach Kolumbien entfachten dabei meine Begeisterung für dieses Land. Im Jahr 2012 befand ich mich genau zu dem Zeitpunkt in Havanna, als die damals noch inoffiziellen Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC auf Kuba begannen. Ein mir damals unwissendes Szenario, das mich jedoch später überaus faszinierte, von einer so historischen Gegebenheit nur ein paar Häuserblocks entfernt gewesen zu sein.

Auch die Wahl der passenden Methoden zur Beantwortung der Forschungsfrage ist das Produkt meines situierten Wissens. Für mich war es dabei von besonderer Bedeutung, auf die Perspektiven und Erfahrungen der Menschen vor Ort zu bauen und dabei möglichst unvoreingenommen heranzugehen. Mein kontinuierlicher Anspruch war es ferner, ehemalige Kombattant*innen nicht auf die alleinige Ebene einer Sicherheitsgefährdung für die Gesellschaft zu reduzieren, von simplifizierten Kategorien wie ‚die Guten' und ‚die Bösen' ganz zu schweigen. Ein solcher Diskurs stellt das mögliche Potential dieser Menschen zum aktiven Friedensbeitrag in den

Schatten und fördert nur deren Marginalisierung und nicht deren erfolgreiche Wiedereingliederung in das zivile Leben.

Auch sei dieser Arbeit voranzustellen, dass eurozentrisch geprägte Entwicklungs- und Modernisierungstheorien und deren vermeintliche Wissensgenerierung als längst überholt gelten, was die Analyse des ´Entwicklungsfortschritts` in dieser Arbeit entsprechend prägt. Durch den Filter einer kritischen Betrachtung galt es somit auch, Erkenntnisse, Wissensansprüche sowie empirische Daten stets im Zusammenhang mit den kontextuellen Gegebenheiten zu erfassen. Dies erforderte eine macht-kritische Auseinandersetzung aller Quellen und eine Einbeziehung möglichst verschiedener Positionen, sprich nicht nur einer Heranziehung ´weißer`, männlicher Forscher.

Ich danke an dieser Stelle meiner Betreuerin Prof.in Antje Daniel für die kompetente Unterstützung zur Durchführung meines Forschungsvorhabens. Sie motivierte mich von Beginn an, mich meiner Idee dieses doch sehr komplexen Themas zu widmen und sie ermutigte mich vor allem auch bei diesem zu bleiben, als ich bedingt durch die CoVid-19 Krise meine geplante Forschungsreise nicht antreten konnte. Ein besonders großer Dank gebührt natürlich auch allen Interviewpartner*innen, die bereitwillig ihr Wissen zum heiklen Thema des kolumbianischen Friedensprozesses mit mir geteilt haben. *Gracias!* Auch bedanke ich mich ganz besonders bei meinem Freund und meiner Schwester, ohne deren geduldiges Zuhören, moralische Unterstützung sowie der gemeinsamen Diskussionen zur Philosophie des Friedens die Erarbeitung meiner Masterarbeit in dieser Form nicht möglich gewesen wäre. Und zu guter Letzt möchte ich vor allem auch meinem lieben Papa danken, ohne dessen Unterstützung ich mich diesem großartigen Studium wohl nicht hätte widmen können. Danke!

Zusammenfassung

Das Ziel dieser Arbeit ist es, den Ansatz der kollektiven Reinkorporation ehemaliger FARC Kombattant*innen in Kolumbien im Hinblick auf das Potential zur Förderung eines positiven Friedens sowie die bestehenden Herausforderungen bei der Umsetzung des kollektiven Reinkorporationsansatzes im lokalen Kontext von Guaviare zu analysieren. Mittels Literatur- und Dokumentenanalyse wurde die politische Konzeption, die Vision des Friedens sowie der institutionelle Rahmen des Ansatzes erarbeitet. Zur Identifizierung der bestehenden Herausforderungen wurden qualitative Interviews mit acht lokalen Expert*innen von verschiedenen UN Institutionen und lokalen NGOs durchgeführt.

Die Analyse ergab, dass das Konzept der kollektiven Reinkorporation einen umfassenden, partizipatorischen, innovativen und gemeindebasierten Ansatz darstellt, dessen Grundkomponente darin besteht, dass die FARC als politische Einheit bestehen bleiben kann, damit sie sich nun auf legalem und friedlichem Weg für ihre ideologischen Ziele einsetzen kann. Der Ansatz ist in enger Verbindung mit den Vereinbarungen des Friedensvertrags sowie den Rechten der Opfer des Konflikts konzipiert. Sowohl die regionale Bevölkerung als auch die Familien der Ex-Kombattant*innen sollen aktiv in den Prozess involviert werden. Darüber hinaus liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Förderung der Rechte von Frauen.

Im Hinblick auf die Herausforderungen untersucht die Arbeit verschiedene Problemfelder, die sich auf die (Re)konstruktion der sozialen Strukturen, die Wiedereingliederung früherer Mitglieder indigener Gemeinschaften sowie die Entwicklung produktiver Tätigkeit beziehen. Ferner werden verschiedene Probleme auf makrostruktureller Ebene identifiziert, welche sich u.a. darauf beziehen, dass die Regierung den Ansatz teilweise nicht im Sinne der Kollektivität zu fördern scheint und es lokalen NGOs und der Region an finanziellen Mitteln zur Unterstützung des Prozesses fehlt. Zusätzlich wird die Wiedereingliederung erschwert durch die fortwährende Präsenz illegaler Gruppen, die damit verbundene Sicherheitsgefährdung von Zivilist*innen und Ex-Kombattant*innen, der ungleichen Verteilung von Land sowie dem Anbau von Koka und den dadurch genährten Korruptionsstrukturen. Außerdem hält sich die aktuelle Regierung kaum an die Umsetzung des Friedensvertrags, weshalb die Ursprünge des Konflikts und somit auch die Gründe, die ursprünglich zur Aufnahme der Waffen führten, nach wie vor präsent sind, was darin resultiert, dass einige der FARC Mitglieder dem Friedensprozess den Rücken kehren und sich erneut der Illegalität zuwenden.

Schlagwörter: Frieden, Reintegration, Reinkorporation, FARC, DDR, Transitional Justice, Reconciliation, Guaviare, Kolumbien

Abstract

The aim of this paper is to investigate the collective reincorporation approach of former FARC combatants in Colombia with regard to its potential to promote positive peace as well as to identify the challenges of the implementation in the local context of Guaviare. First, the political conception, the vision of peace as well as the institutional framework of the approach were studied applying a literature and document analysis. In addition, qualitative interviews were conducted with eight local experts from different UN institutions and local NGOs to obtain insights regarding the challenges of the implementation.

The analysis showed that the concept of collective reincorporation is a comprehensive, participatory, innovative and community-based approach, which aims to enable the FARC to provide its political structure so that they now can legally stand up for their ideology. The approach is designed in close connection with the agreements of the peace treaty and the rights of the victims of the conflict. Both, the regional population and the family members of the ex-combatants should actively be involved in the process, and there is a special focus on promoting women's rights.

Regarding the challenges, the thesis examines different problems within the (re)construction of social structures, the reintegration of former members of indigenous communities and the development of productive activity. In addition, various problems have been identified at the macro-structural level, as for example that the government does not seem to promote the approach in line with the conceived collectivity and local NGOs as well as the region lack financial resources to effectively support the process. Furthermore, the reincorporation process is being hampered by the continuing presence of illegal groups, security risks, the unequal distribution of land, the ongoing cultivation of coca as well as corruption. Moreover, the current government hardly adheres to the implementation of the peace treaty. Therefore, the origins of the conflict and consequently also the reasons that led to the arms being taken up, are still present, which eventually causes that some of the FARC members leave the peace process and return to illegality.

Keywords: Peace, Reintegration, Reincorporation, FARC, DDR, Transitional Justice, Reconciliation, Guaviare, Colombia

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Geographische Verteilung der ETCRs 37
Quelle: ARN (6.2.2019) 24 Espacios Territoriales de Capacitación y Reincorporación. Online: http://www.reincorporacion.gov.co/es/reincorporacion/Documents/ETCR-simple-Pagina-WEB-06022019.pdf. [Zugriffsdatum: 22.3.2020].

Abbildung 2: Karte von Guaviare mit ETCRs (selbstadaptierte Version) 56
Quelle (kleine Karte): Sociedad Geográfica de Colombia. Atlas de Colombia, IGAC 2002. Online: https://www.sogeocol.edu.co/dptos/guaviare_02_ubicacion.jpg. [Zugriffsdatum: 28.3.2020].
Quelle (große Karte): Maps for Free (o.D.), online: https://maps-for-free.com/. [Zugriffsdatum: 28.3.2020].

Abbildung 3: Bemalte Häuserwand im ETCR Charras (Foto) 58
Quelle: Hilfswerk International. E-Mail Zusendung Interviewpartner E4.

Abbildung 4: Reconciliation-Veranstaltung im ETCR Charras (Foto) 63
Quelle: Hilfswerk International. E-Mail Zusendung Interviewpartner E4.

Inhaltsverzeichnis

Eidesstattliche Erklärung ..... **iii**

Vorwort ..... **v**

Zusammenfassung ..... **vii**

Abstract ..... **viii**

Abbildungsverzeichnis ..... **ix**

Abkürzungsverzeichnis ..... **xii**

1. Einleitung **1**

1.1. Problembeschreibung und Relevanz für die Entwicklungsforschung 2

1.2. Forschungsziel und Fragestellung 3

1.3. Aktueller Forschungsstand 4

1.4. Aufbau der Arbeit 6

2. Theoretischer Rahmen **7**

2.1. Konflikt, Frieden und Peacebuilding 7

2.2. Zum Entwicklungsbegriff 12

2.3. Transitional Justice und Reconciliation 14

2.4. DDR-Programme als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis 16

3. Methodisches Vorgehen **20**

3.1. Literaturrecherche 20

3.2. Dokumentenanalyse 20

3.3. Expert*inneninterviews 22

3.4. Details zum Forschungsprozess und Limitationen 24

4. Historischer Rückblick und aktueller Kontext **28**

4.1. 52 Jahre Bürgerkrieg: Ursprünge, Verlauf und die Ideologie der FARC 28

4.2. Kolumbiens Erfahrung mit Friedensverhandlungen und DDR-Programmen 31

4.3. Der lange Weg bis zum Friedensvertrag im Jahr 2016 33

4.5. Die aktuelle Fragilität des Friedens 38

5. Konzeptualisierung des kollektiven Ansatzes und Herausforderungen bei der Umsetzung in Guaviare 41

5.1. Der kollektive Reinkorporationsansatz 41
5.1.1. Konzeption, Vision und Besonderheiten 41
5.1.2. Politische, soziale und wirtschaftliche Reinkorporation 49
5.1.3. Institutioneller Rahmen 54

5.2. Umsetzung und Herausforderungen auf lokaler Ebene 55
5.2.1. Ausgangssituation in Guaviare 56
5.2.2. Die ETCRs: Charras und Colinas 57
5.2.3. (Re)konstruktion der sozialen Strukturen 60
5.2.4. Wiedereingliederung in indigene Gemeinschaften 68
5.2.5. Entwicklung produktiver Tätigkeit 71

5.3. Probleme auf makrostruktureller Ebene 76
5.3.1. Koka, Drogenkartelle, Korruption und illegale Gruppierungen 76
5.3.2. Mangelnde Unterstützung 80
5.3.3. Die leeren Versprechungen des Friedensvertrags 82

6. Schlussfolgerungen 86

6.1. Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse 86
6.2. Limitationen 92
6.3. Ausblick 94

7. Bibliographie 96

8. Anhang 109

8.1. Leitfaden 109
8.2. Liste der Interviews 110
8.3. Organisationen 111

Abkürzungsverzeichnis

ACR	Präsidentschaftsrat für Reintegration	*Alta Consejería Presidencial para la Reintegración*
ARN	Staatliche Agentur für Reinkorporation und Normalisierung	*Agencia para la Reincorporación y la Normalización*
AUC	Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens	*Autodefensas Unidas de Colombia*
CNR	Nationalrat für Reinkorporation	*Consejo Nacional de Reincorporación*
CONPES	Nationalrat für Wirtschaft und Soziales	*Consejo Nacional de Política Económica y Social*
DDR	Demobilization, Disarmament and Reintegration	
ECOMÙN	Kooperative für soziale Gemeinschaftsökonomien	*Economías Sociales del Común*
ELN	Nationale Befreiungsarmee	*Ejército de Liberación Nacional*
ETCR	Territoriale Zonen für Bildung und Reinkorporation	*Espacio Territorial de Capacitación y Reincorporación*
EZA	Entwicklungszusammenarbeit	
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations	
FARC	Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens - Volksarmee	*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo*
FARC (Partei)	Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes	*Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común*
JEP	Sonderjustiz für den Frieden	*Jurisdicción Especial de la Paz*
PDET	Programme für ländliche Entwicklung mit territorialem Ansatz	*Programas de Desarrollo Rural con Enfoque Territorial*
PNRSE	Nationale Politik für soziale und wirtschaftliche Reinkorporation	*Política Nacional para la Reincorporación Social y Económica*
UNDP	United Nations Development Programme	
ZVTN	Vorübergehende Entwaffnungs- und Normalisierungszonen	*Zonas Veredales Transitorias de Normalización*

1. Einleitung

Der kolumbianische Bürgerkrieg gilt als der längste innerhalb der westlichen Hemisphäre (vgl. McFee 2016: 52). Er war geprägt von unzähligen Vertreibungen, Menschenrechtsverletzungen, Geiselnahmen und Entführungen. Was vor rund 60 Jahren von der größten Guerilla Gruppierung des Landes – kurz FARC-EP[1] – als sozialrevolutionäre Widerstandsbewegung gegen politische Exklusion, Korruption, Großgrundbesitzer*innen und Ungleichheit begann, endete schließlich in einem politischen Genozid und einer humanitären Krise über mehrere Generationen hinweg. Insgesamt kam es zu rund 7 Millionen Binnenvertriebenen, die ihre Heimat verlassen mussten, etwa 220.000 Todesopfern, rund 60.000 Vermissten und knapp 40.000 Geisel- und Entführungsopfern (vgl. Stevenson 2017: vii). Demzufolge wurde die FARC von vielen Seiten als terroristische Gruppe eingestuft, darunter auch von den USA sowie der Europäischen Union (vgl. Otis 2014: 11f; EUR-Lex 2007).

Im Jahr 2016 unterzeichneten die damalige Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos und die FARC einen historischen Friedensvertrag. Was auf theoretischer Ebene das Ende des Konflikts impliziert, erfordert in Folge auch die Wiedereingliederung der Kombattant*innen. Im Gegensatz zu auf internationaler Ebene relativ standardisierten Wiedereingliederungsprogrammen der DDR (disarmament, demobilization and reintegration), die meist primär auf individueller Unterstützung und Sicherheitsnormen basieren, wurde diesmal gemeinsam mit der FARC eine neue Strategie im Sinne eines kollektiven Reinkorporationsansatzes [2] entworfen. Dessen Grundkomponente besteht darin, dass die FARC als soziale, politische und wirtschaftliche Einheit weiter bestehen bleiben kann und dass die ehemaligen Kombattant*innen nun zu aktiven Friedensakteur*innen befähigt werden. (vgl. Segura & Stein 2019: 11f)

---

[1] Aus dem Spanischen *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - Ejército del Pueblo (*Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee), im Folgenden abgekürzt als FARC, nicht zu verwechseln mit der späteren Gründung der politischen Partei *Fuerza Alternativa Revoluciónaria del Común* (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes), im Weiteren benannt als FARC Partei.

[2] Um der begrifflichen und inhaltlichen Abgrenzung zum traditionellen Reintegrationsbegriff gerecht zu werden, wird in Bezug auf den kollektiven Ansatz der Begriff *Reinkorporation* verwendet. In Anlehnung an klassische DDR Strategien wird der Begriff *Reintegration* verwendet.

1.1. Problembeschreibung und Relevanz für die Entwicklungsforschung

Ehemalige Kombattant*innen in die Gesellschaft einzugliedern, deren Vergangenheit sie mit Gewalt, Bedrohungen und tausenden Geisel-, Entführungs- und Todesopfern geprägt haben, erscheint auf den ersten Blick als nahezu utopisches Ziel. Wie sich im Rahmen anderer DDR-Programme gezeigt hat, bestehen interkommunale Differenzen oftmals weiter (vgl. Mac Ginty 2014: 550). Die erfolgreiche Wiedereingliederung ehemaliger Kombattant*innen gilt deshalb als einer der Schlüsselfaktoren für langfristigen Frieden und nationale Stabilität. Scheitert das Projekt, und kommt es im Extremfall zu einer Wiederaufnahme der Waffen, endet dies mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem erneuten Kreislauf der Gewalt. Dies wiederum führt zu sozialen und politischen Spannungen, wirtschaftlicher Instabilität und einer maßgeblichen Einschränkung von nachhaltigen Friedens- und Entwicklungspotentialen. Die Etablierung wirtschaftlicher Perspektiven, soziale und kulturelle Inklusion, politische Partizipation sowie Vergebung seitens der Zivilgesellschaft sind daher nur einige wenige beachtenswerte Aspekte im Zuge nachhaltiger Wiedereingliederungsprogramme.

Verschiedene Analysen zu Kolumbien zeigen, dass viele der ehemaligen Kombattant*innen seit Beginn des Reinkorporationsprozesses im Jahr 2017 die Wiedereingliederungszonen, auch ETCRs genannt, wieder verlassen haben (vgl. bspw. Flores & Vargas 2018: 583). Einige von ihnen haben sich gar erneut den Dissident*innen angeschlossen, welche damals nach Abschluss des Friedensvertrags die Niederlegung der Waffen verweigerten (vgl. ebd.). Hinzu kommt, dass Medienberichten zufolge der Friedensprozess Kolumbiens derzeit auf überaus wackeligen Beinen steht (vgl. bspw. New York Times 3.9.2019, online, Zugriffsdatum: 30.7.2020). Dies gibt Grund zur Annahme, dass das Projekt der kollektiven Reinkorporation gefährdet ist oder langfristig gar zu scheitern droht. Dabei stellt sich die Frage, was die Gründe für den scheinbar so schleppenden Verlauf des Reinkorporationsprozesses sind?

Friedensstrategien und politische Friedenspraxen sind von großer Relevanz für die Entwicklungsforschung. In der UN Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung heißt es: „Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden“ (Agenda 2030: 2). Demgemäß schafft

Entwicklung die notwendigen Grundlagen für die Entstehung von nachhaltigem Frieden, und gleichzeitig kann in der Regel nur in einem friedlichen Umfeld Entwicklung stattfinden (vgl. Grävingholt 2019: 356). Umgekehrt kann in Krisenregionen keine Entwicklung stattfinden, und ausbleibende Entwicklung stellt oftmals eine Bedrohung für den Frieden dar (vgl. ebd.). Auf diesem Verständnis beruht auch der Friedensvertrag Kolumbiens. Doch die Verflechtung der beiden Konzepte, nämlich von Frieden und Entwicklung, ist von komplexer Natur. So kann Entwicklung allein nicht als Garant für Frieden interpretiert werden und Frieden nicht Entwicklung garantieren. Gleichzeitig sind Gewaltkonflikte nicht ausschließlich auf fehlende Entwicklungstendenzen zurückzuführen. Für die zugrundeliegende Forschungsthematik bedeutet dies, dass die erfolgreiche Wiedereingliederung der ehemaligen FARC Kombattant*innen eine der wesentlichen Komponenten als Bedingung für die Entstehung von Frieden sowie die nachhaltige Entwicklung Kolumbiens gilt. Gelingt das Vorhaben der Wiedereingliederung nicht, und bleibt das Land, bedingt durch die fortwährenden Widerstände der Guerilla und anderen illegalen Gruppen weiterhin von Gewalt und Ungleichheit geprägt, dann haben nachhaltige Entwicklungs- und Friedensprozesse im Land kaum Potential, um sich zu entfalten.

Auch die Entwicklungspolitik spielt eine wichtige Rolle, wenn es um nationale Stabilisierung, Friedensaufbau und die Wiederherstellung institutioneller Funktionen geht, da Staaten in Post-Konflikt-Situationen aufgrund ihrer Fragilität meist auf externe Unterstützung angewiesen sind. Dementsprechend werden DDR-Programme in der Regel auch nicht im Alleingang von Regierungen implementiert, sondern auch nationale und internationale Organisationen, sowie insbesondere die UN unterstützen meist sowohl den Entwaffnungs- und Demobilisierungsprozess als auch die langfristigen Wiedereingliederungsprogramme (vgl. Banholzer 2014: 6).

1.2. Forschungsziel und Fragestellung

Das Ziel der Masterarbeit ist es, den kollektiven Reinkorporationsansatz Kolumbiens in seiner Organisation als auch der bestehenden Besonderheiten und Potentiale in Bezug auf die Förderung eines positiven Friedens zu analysieren und die Herausforderungen und Probleme auf Ebene der Umsetzung zu identifizieren. Da es sich beim Projekt der Reinkorporation um einen sehr dezentralisierten Prozess

handelt, der sich in vielen einzelnen lokalen Kontexten abspielt, widmet sich die Analyse der Herausforderungen insbesondere einem dieser regionalen Kontexte, und zwar dem des südöstlich des Landes im Amazonasgebiet gelegenen *Departamento del Guaviare*. Zu dieser Region konnten keine wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den bestehenden Herausforderungen ausfindig gemacht werden, weshalb die Wahl auf diese Region auch eine Forschungslücke zu schließen anstrebt.

Daraus ergibt sich folgende **Forschungsfrage**:

*Welche Besonderheiten und Potentiale umfasst der Ansatz der kollektiven Reinkorporation ehemaliger FARC Kombattant*innen im Hinblick auf die Schaffung von positivem Frieden und welchen Herausforderungen steht die Umsetzung im lokalen Kontext von Guaviare gegenüber?*

1.3. Aktueller Forschungsstand

In Bezug auf den aktuellen Stand der Friedens- und Konfliktforschung liegen die diesbezüglichen Forschungsschwerpunkte der jüngsten Zeit meist auf Themen wie Demokratie, fragiler Staatlichkeit, (Un)gleichheitsverhältnissen, Konfliktursachen sowie Friedensstrategien (vgl. bspw. Schädel 2019: 54ff). Ferner beschäftigt sich die Konflikt- und Friedensforschung seit den Anschlägen des 11. September vermehrt mit den Themenschwerpunkten Terrorismus und Extremismus (vgl. ebd.: 53). Im Zentrum der analytischen Relevanz steht in der Friedens- und Konfliktforschung nach wie vor immer wieder das Konzept von positiven bzw. negativem Frieden nach Galtung (vgl. bspw. Ide 2016: 20), auf welches auch im Rahmen dieser Arbeit zurückgegriffen wird. Hinsichtlich dem Verständnis von Konflikt gibt es unterschiedliche Ausrichtungen, die sich bspw. darin unterscheiden, ob die verschiedenen Akteure ihre differenzierten Interessen selbst wahrnehmen oder diese eher unbewusst stattfinden (vgl. ebd.: 18f).

Im Hinblick auf die aktuellen Analysen im Rahmen der Entwicklungsforschung kommen einige Wissenschaftler*innen, und so bspw. auch Scheffran, zu dem Schluss, dass es für nachhaltige Entwicklungsprozesse erforderlich sei, die quasi zwanghaft auf globaler Ebene stattfindenden Wachstumsdynamiken langfristig auszubremsen (vgl. Scheffran 2011: 317). Auch würde eine Minderung der

bestehenden Gewalt- und Machmittel eine nachhaltige Basis für den Aufbau von Vertrauen und partizipatorischer Kooperationspotentiale fördern, was wiederum der Schaffung nachhaltiger Friedensstrukturen zugute komme (vgl. ebd.).

Darüber hinaus, und anknüpfend an das zugrunde liegende Forschungsthema, untersucht im Kontext der oben genannten interdisziplinären Forschungsbereiche eine wachsende Menge an Literatur die Auswirkungen von DDR-Programmen in verschiedenen nationalen Kontexten. So heißt es bspw., dass Personen aus wohlhabenderen und besser ausgebildeten Verhältnissen meist von größeren Schwierigkeiten in Bezug auf die wirtschaftlichen und politische Reintegration berichten (vgl. Humpreys & Weinstein 2007: 533ff). Ferner heißt es, je höher der ehemalige Rang des bzw. der Kombattant*in war, desto schwerer fällt ihnen der Aufbau von Vertrauen in die demokratische Politik. Zugleich sind es laut wissenschaftlichen Untersuchungen vor allem Männer, jüngere Kombattant*innen sowie überzeugte Ideolog*innen denen es schwer fällt, mit der Gruppen-zugehörigkeit im Rahmen klassischer Demobilisierungsansätze zu brechen (vgl. ebd.). Laut Knight und Özerdem verläuft die Reintegration in ländlichen Gegenden tendenziell erfolgreicher, was auf die Wahrscheinlichkeit der stärkeren sozialen Netzwerke im Vergleich zu jenen in Stadtgebieten zurückzuführen ist (vgl. Knight & Özerdem 2004: 502f). Darüber hinaus heißt es, dass die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kontexte im Rahmen von Reintegrationsmaßnahmen meist eine wesentlichere Rolle spielen als die individuellen Überzeugungen, Interessen oder die eigene Persönlichkeit, „[t]hus the question of ´reintegration into what?` gains crucial importance“ (Carranza-Franco 2019: 7).

Das Thema des kollektiven Reinkorporationsansatzes sowie der allgemeine Friedensprozess in Kolumbien haben bereits bei einigen Wissenschaftler*innen Beachtung gefunden. Auffallend wenige Studien widmen sich jedoch den spezifischen Herausforderungen des Reinkorporationsprozesses auf lokaler Ebene. Insofern leistet die Arbeit einen relevanten wissenschaftlichen Beitrag, der auch für zukünftige Wiedereingliederungsansätze im DDR-Bereich bzw. für vergleichbare Regionen in Kolumbien von Bedeutung sein kann.

1.4. Aufbau der Arbeit

Das nachfolgende Kapitel 2 widmet sich der theoretischen Einbettung des Themas. Anknüpfend an das Feld der Friedensforschung und dem Peacebuilding Paradigma wird gezeigt, welchem Verständnis von Entwicklung diese Arbeit zugrunde liegt. Darüber hinaus werden die Instrumente der Transitional Justice, das Feld der Reconciliation, als auch DDR-Programme als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis erarbeitet. Letzteres soll dabei auch als Basis für einen Vergleich mit bisherigen Reintegrationsansätzen dienen. Kapitel 3 beschreibt das methodische Vorgehen der Arbeit bestehend aus einer Literatur- und Internetrecherche, einer Dokumentenanalyse des offiziellen Grundsatzpapiers der Reinkorporation (CONPES 3931), sowie einer empirischen Erhebung in Form von Expert*inneninterviews. Ferner liefert dieses Kapitel einen Einblick in den Ablauf des Forschungsprozesses und die bestehenden Limitationen der empirischen Erhebungsform. Der vierte Teil widmet sich den kontextuellen Gegebenheiten. Im Rahmen eines historischen Rückblicks werden dabei sowohl die Ursprünge und der Verlauf des Konflikts als auch die Ideologie der FARC dargelegt. Darauf folgen weitere Unterkapitel eingehend auf die Erfahrungen Kolumbiens in Bezug auf Friedensverhandlungen und DDR-Programme, den Prozess bis zum Abschluss des Friedensvertrags, den bisherigen Entwaffnungs- und Demobilisierungsprozess sowie die aktuelle Fragilität des Friedens. Kapitel 5 widmet sich dann der Darstellung der Ergebnisse. Hierbei werden zunächst die konzeptuellen Besonderheiten, die zugrunde liegende Vision des Friedens, die Komponenten der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reinkorporation sowie der institutionelle Rahmen erarbeitet. Das anschließende Überkapitel widmet sich den spezifischen Herausforderungen auf Ebene der Umsetzung im lokalen Kontext von Guaviare. Darauf folgt die Darstellung makro-struktureller Problemfelder, die im Hinblick auf die Umsetzung des Reinkorporations-prozesses als erschwerend festgestellt wurden. In Kapitel 6 werden die Ergebnisse dann hinsichtlich der Besonderheiten und Potentiale des Ansatzes zur Förderung eines positiven Friedens sowie die identifizierten Herausforderungen bzw. Problem-felder zusammengefasst und diese im Sinne zentraler Schlussfolgerungen im Konnex mit den theoretischen Darlegungen interpretiert. Die Arbeit schließt mit einer Beschreibung der bestehenden Limitationen sowie einem Ausblick in Bezug auf den zukünftigen Forschungsbedarf.

2. Theoretischer Rahmen

Dieses Kapitel widmet sich der Erarbeitung des theoretischen Rahmens bestehend aus dem Wissenschaftsfeld der Friedens- und Konfliktforschung, dem Peacebuilding Paradigma, dem der Arbeit zugrunde liegenden Verständnis von nachhaltiger Entwicklung als auch menschlicher Entwicklung nach Amartya Sen, den Instrumenten der Transitional Justice und Reconciliation, sowie DDR-Ansätzen als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis.

2.1. Konflikt, Frieden und Peacebuilding

Konflikte werden seit Anbeginn der Menschheit ausgetragen. Erste nachweisliche Überlegungen zur Bedeutung und Verwirklichung von Frieden reichen bis in die Antike zurück (vgl. Schädel 2019: 46). Wenn auch es bislang keine allgemeingültige Definition für Krieg gibt, so bezieht sich das zugrundeliegende Begriffsfeld allgemein auf die gezielte und planmäßige Ausübung von Gewalt und der Nutzung von Waffen seitens Staaten, staatsähnlichen Machtkonstruktionen oder auch größeren Gesellschaftsgruppen zum Erreich der jeweiligen Interessen (vgl. Meyers 2019: 8). Diese Interessen beruhen bspw. auf der Erweiterung der eigenen Territorien, ideologisch ausgerichteten Absichten, ethnischen Auseinandersetzungen oder auch bedingt durch wirtschaftliche Motive (vgl. ebd.).

Die moderne Konflikt- und Friedensforschung ist ein knapp 100 Jahre junges Wissenschaftsfeld, welches insbesondere durch die Erfahrungen und Folgen der beiden Weltkriege an Bedeutung gewann. Vor allem aber auch der Kalte Krieg und die damit einhergehende Schreckensvorstellung bzw. das Risiko eines dritten, möglicherweise mit Atomwaffen geführten Weltkrieges, manifestierte sowohl das wissenschaftliche als auch das politische Interesse zur Verhinderung eines solchen Ausbruchs (vgl. Gießmann & Rinke 2019: XIII). Der Forschungsgegenstand der Konflikts- und Friedensforschung setzt sich mitunter aus Analysen der wechselseitigen Dynamiken zwischen Konflikt, Krieg, Ursachen, Gewalt, Kooperation und Frieden zusammen. Das Feld ist interdisziplinär ausgerichtet und somit eng verwoben mit anderen Teildisziplinen wie bspw. der Rechtswissenschaft, Philosophie, Soziologie, kulturellen Anthropologie, internationalen Beziehungen und natürlich der Politikwissenschaft. Die Wechselwirkung zwischen Politik, Krieg und Frieden beschreibt Lutz wie folgt:

> Krieg und Frieden sind ebenso wenig natürliche Alternativen, wie Krieg nicht wirklich eine normale Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Vornehmste Aufgabe von Politik ist es vielmehr, Krieg zu verhüten, nicht ihn zu führen. Situationen, die als Alternative nur Krieg zulassen, darf es nicht geben. Treten sie ein, hat die Politik versagt.
>
> (Lutz 2003: 18)

Dementsprechend wird der Ausbruch von Krieg vor allem auf das nationalstaatliche bzw. internationale Scheitern politischen Handelns zurückgeführt. Ferner argumentiert Koppe, dass „Friedensforschung [...] nicht auf die herkömmlichen politischen Strukturen festgelegt ist, sondern sich an übergreifenden Interessen der Menschheit orientiert“ (Koppe 2010: 36). Galtung geht noch einen Schritt weiter und argumentiert, dass Konflikte auch eine ´positive` Kehrseite haben können aufgrund der potentiell damit einhergehenden Veränderungspotentiale:

> Doch Konflikte haben auch ihr Gutes, denn durch sie werden Energien erzeugt, die grundlegende Veränderungen herbeiführen können. Sie stellen sozusagen Rohmaterial für neue Schöpfungsaktionen zur Verfügung. Was dann im Ergebnis daraus wird, ist offen.
>
> (Galtung 2000: 127)

Frieden, dessen Wortherkunft auf den althochdeutschen Begriff *fridu* zurückzuführen ist, was so viel bedeutet wie Schonung bzw. Freundschaft, wird laut Duden als „Zustand des inner- oder zwischenstaatlichen Zusammenlebens in Ruhe und Sicherheit“ (Duden, o.D., online, Zugriffsdatum: 22.5.2020), bzw. auch als Zustand der Harmonie definiert. Als wissenschaftlicher und allgemeingültiger Konsens in Bezug auf positiven Frieden gilt, dass dieser mehr als nur die alleinige Abwesenheit von Gewalt oder Krieg erfordert (vgl. Gießmann und Rinke 2019: XII). Frieden könne dementsprechend nur dann nachhaltig sein, wenn kontinuierlich – und so auch in Zeiten des Friedens – das gesellschaftliche Miteinander sowie die Gleichheitsstrukturen gefördert werden (vgl. Rittberger 2009: 48). Außer Frage steht auch, dass Frieden die aktive Beteiligung aller, sprich des Staates, nationaler und internationaler Akteure und Institutionen, der Gesellschaft und somit auch jedes einzelnen Mitglieds der Zivilgesellschaft erfordert. Ein Friedensvertrag stellt dementsprechend lediglich einen Zustand im Sinne einer schriftlichen Ausgangsbasis für die Entwicklung von positiven Frieden dar. Indessen wird ebendiese Ausgangsbasis auch oftmals als Zustand des negativen Friedens definiert. Diesbezüglich konstatiert Grävingholt folgendes Risiko:

> Oft besteht das Risiko, dass mit dem Friedensschluss eine momentane politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Machtverteilung „eingefroren“ wird, die sich im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs in wachsende Ungleichheit zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ des Friedensprozesses übersetzt.
>
> (Grävingholt 2019: 359)

In Kants Moralphilosophie an die Politik angewendet sprach er in seinem Werk ´Zum ewigen Frieden` davon, dass die alleinige Abwesenheit von Kriegszuständen oder dauerhaft aufeinanderfolgende Waffenstillstandsvereinbarungen bei weitem nicht ausreichen, sondern Frieden im Sinne der menschlichen Vernunft aktiv herbeigeführt bzw. gestiftet als auch gesichert werden müsse, um auch die Ursachen, die überhaupt erst zum Ausbruch von Kriegen führen, langfristig zu eliminieren (vgl. Kant [1795] 2008: 191ff). Um dies zu erreichen, appellierte er bereits zu seiner Zeit an die Erschaffung eines rechtsbindenden Völkerbundes, sowie einem Weltbürgerrecht, welches „jedem Individuum – unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einem Staat – auch einen universell gültigen Rechtsstatus gewähren würde“ (Brock 2019: 302). Rund 120 Jahre später verwirklichten sich Kants Forderungen, zumindest auf organisatorischer Ebene, mit der Schaffung des Völkerbundes im Jahr 1919, welcher nach Ende des zweiten Weltkriegs von den Vereinten Nationen abgelöst wurde (vgl. Brühl 2019: 430). Die philosophischen Überlegungen von Kant zum Thema Frieden hatten darüber hinaus einen wesentlichen Einfluss auf die Verfassung der Charta der Vereinten Nationen (siehe auch Mosayebi 2018).

Vor diesem Hintergrund geht auch das Konzept von positivem Frieden nach Galtung weit über die Beseitigung der Konfliktursachen hinaus und stellt folglich einen langjährigen, wenn nicht gar dauerhaften Prozess dar (vgl. Galtung 2000: 65). Aufgrund der Komplexität des Friedensbegriffs sowie der verschiedenen Bedeutungsumfänge in Abhängigkeit der jeweiligen Kontexte, Träger*innen oder Anschauungen, sei es in Bezug auf Demokratie, gesellschaftliche Mediation, auf lokaler bis hin zur globalen Ebene, der Zivilgesellschaft, oder gemäß traditionell philosophischer oder konstruktivistischer Ansätze, besteht eine generelle Schwierigkeit in Bezug auf eine allgemeingültige Begriffsdefinition des Friedens (vgl. Meyers 2019: 20). Die Konflikt- und Friedensforschung entledigt sich dieser Problematik stellenweise, indem sie „Frieden weniger als (Ideal-) Ziel oder Zustand gesellschaftlichen Handelns begreift, sondern als einen in der Geschichte sich entwickelnden Prozess“ (Meyers 2019: 27). Dieses Verständnis umfasst ebenfalls

den Aspekt der Nachhaltigkeit entsprechend der Annahme, dass Frieden kein statisch zu erreichendes Endziel darstellt, sondern es sich dabei um einen dauerhaft anhaltenden Entwicklungsprozess handelt, der stets auch Überlegungen zum Wohl der kommenden Generationen impliziert.

Vor knapp 20 Jahren führte die Politikwissenschaftlerin Mary Kaldor den Begriff der *neuen Kriege* ein und löste damit eine weitreichende Debatte im Bereich der Konflikt- und Friedensforschung aus. Zurückzuführen ist der Begriff auf den Wandel der Kriegsführung, den Rückgang zwischenstaatlicher und das vermehrte Auftreten von innerstaatlichen Konflikten sowie auf die zunehmende Beteiligung nichtstaatlicher Akteure wie bspw. Guerillagruppen und eine erhöhte Gewaltbereitschaft der Zivilgesellschaft. Zudem beruhen die *neuen Kriege* primär auf ökonomischen, statt wie bisher politischen Beweggründen (vgl. Daase 2011: 21ff). Vielfach wird das theoretische Konstrukt der *neuen Kriege* jedoch auch kritisiert. Zum einen heißt es, werde dabei bspw. der historischen Transformation der Kriegsformen eine zu simplifizierte Bedeutung beigelegt, und zum anderen werde der Begriff der neuen Kriege nicht der Heterogenität des globalen Kriegsgeschehens gerecht (vgl. Ide 2017: 21).

In Bezug auf die Bürgerkriege der letzten Jahrzehnte heißt es ferner, dass diese oftmals vor allem auch davon geprägt sind, dass die beteiligten Akteure mitunter gar nicht daran interessiert seien, den Konflikt tatsächlich zu beenden. Grund hierfür ist, dass die Konfliktparteien oftmals wirtschaftlich von den Kriegszuständen profitieren und sie deshalb versuchen den gesetzlosen Kriegszustand weiterhin aufrecht zu erhalten (vgl. Meyers 2019: 13f). Dies kann bspw. unter anderem auf die Hersteller von Rüstungswaren zutreffen, aber auch bei illegalen Einnahmequellen von natürlichen Ressourcen wie bspw. im Kongo oder auch bei Drogenkriegen wie im Fall von Kolumbien. Naheliegender Weise erschwert dies meist massiv sämtliche Friedensbemühungen.

Die Bedingungen dessen, was Frieden und Konflikte konstituiert, sind folglich von vielschichtiger und komplexer Natur, dessen Zusammenhänge sich die Konflikt- und Friedensforschung anzunehmen versucht. Eine von Meyers erstellte Auflistung im Sinne von vier Charakteristika des Friedensbegriffs soll als gültiger Rahmen für das

zugrundeliegende Friedensverständnis der Arbeit dienen. Demgemäß verkörpert Frieden:

- einen Wertkomplex (z. B. aus Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Respekt für den Nächsten, Wohlfahrt, guter Regierung, ökologischer Nachhaltigkeit usw.)
- einen Prozess (nämlich der politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Reduzierung des gewaltsamen Konfliktaustrags durch dessen Verrechtlichung bei zunehmender Gleichverteilung menschlicher Entwicklungschancen)
- einen Zustand (des gewaltfreien und gerechten nachhaltigen Interessenausgleichs zwischen Konfliktparteien)
- eine Vision (zunächst der Gemeinsamkeit der Überlebensbedingungen der Menschheit im Zeitalter des nuklearen Holocausts, sodann weiterreichend des Friedens der Menschen mit sich selbst und der gesamten Schöpfung).

(Meyers 2019: 22f)

Um innerhalb von Post-Konflikt-Situationen nachhaltige Friedensstrukturen gemäß der obigen Dimensionen zu etablieren, als auch um zu vermeiden, dass es zu einem erneuten Ausbruch des Bürgerkriegs kommt, widmen sich sogenannte Peacebuilding Missionen dem Aufbau stabiler Politik- und Wirtschaftsverhältnisse (vgl. Ide 2016: 31). Der Begriff Peacebuilding selbst wurde erstmals ebenfalls von Galtung geprägt (vgl. Pfaffenholz 2019: 793). Die Phase der Peacebuilding Missionen folgen in der Regel auf die der Peacemaking bzw. den Peace Enforcement Phasen, innerhalb der die Waffenstillstände bzw. Friedensverträge zwischen den beteiligten Konfliktparteien ausgearbeitet werden (vgl. Bühl 2019: 431). In der Praxis verfolgt Peacebuilding laut UN das Ziel, „to reduce the risk of lapsing or relapsing into conflict by strengthening national capacities at all levels for conflict management, and to lay the foundations for sustainable peace and development“ (United Nations 2010: 5). Die Komponenten der Reintegration haben dabei einen direkten Einfluss auf die Säulen der Friedenskonsolidierung. Reintegration ist dementsprechend weithin als eines der Schlüsselelemente des Peacebuilding Paradigmas anerkannt (vgl. IOM o.D., online, Zugriffsdatum: 3.3.2020).

Seit knapp zwei Jahrzehnten ist in der Wissenschaft immer wieder die Rede von einem emanzipatorischen *local turn* bzw. *peace from below*, der sich von klassisch liberalen Friedensansätzen distanziert (vgl. Leonardsson & Rudd 2015: 826). Dabei tritt die lokale Dimension des Friedens sowie die Relevanz und Wirkungskraft lokaler Entscheidungsträger*innen in den Vordergrund während gleichzeitig die Effektivität

und epistemologische Wirkung traditionell westlicher Friedensakteure, der (frühere) *top down* Ansatz sowie bestehende Machtdynamiken aus postkolonialer Perspektive kritisch beleuchtet werden (vgl. Mac Ginty & Richmond 2013: 763ff). Auch die UN nimmt eine klare Stellung bzgl. der Relevanz auf lokaler Ebene ein. So heißt es:

> There can be no sustainable development or lasting peace without a social contract deeply rooted in local communities. It is at the local level where people's engagement with public institution is vital and has the most potential of change.
>
> (UNDP o.D., online, Zugriffsdatum: 2.3.2020)

Kritiker*innen hingegen argumentieren, dass ein local turn bis dato lediglich auf rhetorischer Ebene stattfand und implementierte Friedensoperationen aufgrund ihres externalisierten Charakters, der Konzeptualisierung und aufgrund von auf hegemonialen (Friedens)normen gezwungenermaßen zum Scheitern verurteilt sind (vgl. Richmond 2011: 119; Mac Ginti & Richmond 2013: 775f). Zurückzuführen ist dieses Argument vor allem darauf, dass ein Großteil der finanziellen Ressourcen zum Friedensaufbau in der Regel von westlichen Fördergeberinstitutionen stammt (vgl. Ball & van de Goor 2006: 7f).

Um die oben genannten Aspekte und Debatten kontextuell einzubetten, als auch, um die relevanten Hintergründe für das der Arbeit zugrunde liegende Verständnis nachhaltiger Entwicklungspotenziale zu illustrieren, widmet sich das folgende Kapitel einer Erarbeitung der Entstehung der Entwicklungspolitik sowie der hierzu gegenwärtigen Diskurse seit dessen Bestehen.

2.2. Zum Entwicklungsbegriff

Als Präambel für die Entstehung der Entwicklungspolitik gilt die Antrittsrede des US-amerikanischen Präsidenten Harry Truman aus dem Jahr 1949 (vgl. Schmidt & Schröder 2016: 21). Dabei wurde das Konzept von ´Unterentwicklung` in den Ländern der ´Dritten Welt` erstmals als politisches Ziel zur Überwindung von Armut deklariert. Laut Truman ging es dabei vor allem um Modernisierung im Sinne des westlichen Vorbilds, was durch Wirtschaftswachstum, Industrialisierung und der Einbindung in das kapitalistische Weltmarktsystem ermöglicht werden könne. Mit einem Schlag wurde die Welt damit quasi in zwei Teile klassifiziert, bestehend aus den ´peripheren Entwicklungsstaaten`, denen ein Nachahmen westlicher Staaten

nahegelegt wurde, und jenen, die das angeblich allseits erwünschte Ziel der Modernisierung bereits erreicht hätten. Wirtschaft galt dabei im Grunde genommen unhinterfragt im Alleingang als ausschlaggebender Faktor für Entwicklung und als allgemeingültige Maßnahme für Modernisierung. (vgl. Ziai 2012: 134; Schmidt & Schröder 2016: 21ff)

Der dabei entstandene Modernisierungskurs wurde spätestens mit dem Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen von 1987 durch die Etablierung der bis heute geltenden Definition von nachhaltiger Entwicklung abgelöst. Darin heißt es:

> Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.
>
> (United Nations 1987)

Zurückzuführen ist diese Neuausrichtung insbesondere auf die zahlreichen Misserfolge im Bereich der Armutsminderung im globalen Süden sowie der voranschreitenden globalen Umweltkrise. Als wichtiger Meilenstein gilt hierbei die vom Club of Rome im Jahr 1972 veröffentlichte Studie ´Die Grenzen des Wachstum`. Darin wurde argumentiert, dass eine wie bisher fortschreitende Wachstumsdynamik aufgrund des enormen Bevölkerungswachstums und der damit einhergehenden Nachfragesteigerung von Ressourcen und damit verbunden der fortschreitenden Umweltverschmutzung nicht mehr lange tragbar sei (vgl. Maedows et al. 1972). Dabei entstand ferner die Überzeugung, dass globale Ungleichheitsverhältnisse vor allem mit den einseitig ausgerichteten Konsum- und Produktionsweisen des Nordens in Verbindung stehen. Damit war der Diskurs von Nachhaltigkeit als politisches Leitbild geboren, welches es bis heute im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zu erreichen gilt (vgl. Hauff 2014: 13).

Nachhaltige Entwicklung als gesamtgesellschaftliche und globale Aufgabe ist folglich bedingt durch wirtschaftliche, soziale und politische Verantwortung zum Erreich einer würdevollen, gerechten und ökologisch vertretbaren Lebensweise für alle Menschen der Gegenwart sowie für nachfolgende Generationen. Zwar dominiert im öffentlichen Diskurs oftmals nach wie vor die alleinige Komponente des Wirtschaftswachstums, in den Fachkreisen der Entwicklungspolitik und der UN ist hingegen das Verständnis

einer Kombination bestehend aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten der Nachhaltigkeit am stärksten vertreten (vgl. Grävingholt 2019: 357).

Während neoklassische Entwicklungstheorien bei der Untersuchung von menschlicher Lebensqualität oftmals noch immer ausschließlich auf die Indikatoren von Einkommen, Güterverteilung und wirtschaftlichem Wachstum zurückgreifen, plädiert der indische Ökonom, Philosoph und Soziologe Amartya Sen vor allem für die Berücksichtigung elementarer Grundrechte sowie der Freiheits- und Verwirklichungschancen jedes Einzelnen. Laut Sen ist menschliche Entwicklung demgemäß vor allem mit den jeweiligen Wahl- und Handlungsmöglichkeiten wie gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, Meinungsfreiheit, Selbstverwirklichung sowie dem Zugang zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen verknüpft. Sen argumentiert, dass Menschen bei ausreichend gegebenen Möglichkeiten in der Lage sind, ihr Schicksal weitestgehend selbst zu gestalten. (vgl. Sen 1995)

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen sind es in erster Linie die entwicklungspolitischen Prozesse, das ggf. vorhandene Potential nachhaltiger Entwicklungskontexte als auch der Umgang mit den innerhalb des Bürgerkriegs erfahrenen Gewaltzuständen der Post-Konflikt-Gesellschaften, die für die zugrunde liegende Thematik des Reinkorporationsprozesses in das analytische Zentrum rücken. Aus diesem Grund soll nun auch die zuletzt genannte Dimension, welche sich innerhalb der Felder von Transitional Justice und Reconciliation manifestiert, im folgenden Kapitel näher erläutert werden.

2.3. Transitional Justice und Reconciliation

Das Forschungsfeld der Transitional Justice beschäftigt sich mit der Frage des Umgangs und der Aufarbeitung von Post-Konflikt-Gesellschaften mit den Erlebnissen von extremer Gewalt im Rahmen von Bürgerkriegen. Die praktische Ausrichtung dieses Feldes hat sich dabei im Laufe der Zeit als international anerkannte Norm im Zuge von Post-Konflikt-Situationen herausgearbeitet (vgl. Salehi & Williams 2019: 737). Der Begriff Transitional Justice bezieht sich dabei auf rechtliche, politische und gesellschaftliche Strategien und Praktiken innerhalb der Übergangsphase zwischen Krieg und Frieden, um die gewaltvolle Vergangenheit infolge eines Konflikts entsprechend aufzuarbeiten (vgl. Krüger 2013: 2). Darunter fallen jene Maßnahmen, die zur Verwirklichung von Gerechtigkeit, gesellschaftlicher

Versöhnung und Frieden beitragen, wie bspw. die Errichtung einer Wahrheitskommission, die Festsetzung geltender Bestrafungen für die Täter und die Erlassung von Begnadigungen bzw. Amnestien, Kompensationsmaßnahmen für die Opfer des Konflikts als auch Maßnahmen zur Geschichts- und Erinnerungskultur wie bspw. Gedenktafeln, Geschichtsmuseen oder auch öffentliche Entschuldigungs-Zeremonien (vgl. Salehi & Williams 2019: 731f). Wie auch Buckley-Zistel betont, geht es dabei im Sinne der Aufbaustrukturen von Gerechtigkeit folglich nicht ausschließlich nur um strafrechtliche Aspekte (vgl. Buckley-Zistel 2008: 5).

Die folgende Definition der internationalen Organisation für Migration (IOM) ermöglicht an dieser Stelle ein tiefer gehendes Verständnis des Transitional Justice Feldes:

> The full range of processes and mechanisms associated with a society's attempts to come to terms with a legacy of largescale past abuses, in order to ensure accountability, serve justice and achieve reconciliation. These may include both judicial and non-judicial mechanisms, with differing levels of international involvement (or none at all) and individual prosecutions, reparations, truth-seeking, institutional reform, vetting and dismissals, or a combination thereof.
>
> (IOM 2019: 7)

Transitional Justice greift folglich auch weiter als auf den alleinigen Fokus von Vergangenheitsbewältigung, was ferner im Sinne der „Nicht-Bewältigbarkeit der Vergangenheit" (Krüger 2013: 6) oftmals kritisiert wird. Die Ziele der Transitional Justice lassen sich laut Seils (2017: 2) wie folgt zusammenfassen:

- Confronting impunity for massive human rights violations
- Recognition of the dignity of victims of human rights violations as citizens and human rights bearers
- Restoration of citizens' trust in state institutions, especially ones charged with guaranteeing fundamental human rights
- Prevention of future serious human rights violations

Der Begriff Reconciliation[3] – als Teil der Transitional Justice – bezieht sich dabei im Speziellen auf den Prozess der gesellschaftlichen Versöhnung auf Ebene der Aushandlung und Anerkennung zwischen Täter- und Opferrolle, Erinnerungskultur

[3] Da die wörtliche Übersetzung ´Versöhnung` dem Umfang der in der Wissenschaft in Bezug auf Reconciliation verwendete Begriff nur bedingt gerecht wird, wird im folgenden Verlauf auf den englischen Begriff zurückgegriffen.

sowie der Wiederherstellung der sozialen Beziehungen. Wie auch Hughes und Kostovicova aufzeigen, stellen die Felder der Transitional Justice und Reconciliation universell anerkannte Voraussetzungen für die Konsolidierung von Frieden und nationaler Stabilität dar (vgl. Hughes & Kostovicova 2017: 618). In Bezug auf die Forschungsthematik erscheint dabei insbesondere der Aspekt der Versöhnung als unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Wiedereingliederung ehemaliger Kombattant*innen (vgl. Seils 2017: 8).

Im Kontext der theoretischen Darlegungen der vorhergehenden Kapitel soll nun im Folgenden eine genauere Betrachtung der praktischen Umsetzung von DDR-Programmen erfolgen, zu dessen letzter und wohl langfristig auch wichtigsten Komponente die Reintegration der ehemaligen Streitkräfte gehört.

2.4. DDR-Programme als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis

Durch jahrzehntelange Erfahrung im Rahmen von Friedenssicherungseinsätzen nach Bürgerkriegen haben sich gewisse Standards herausgebildet, welche unter der Abkürzung IDDRS (Integrated Disarmement, Demobilization and Reintegration Standards, kurz DDR*)* zusammengefasst werden. Wie Ball und van de Goor argumentieren, sollen DDR-Programme „be seen as part of the political process of consolidating peace and promoting security, and not first and foremost as a technical activity.“ (Ball & van de Goor 2006: 9).

Während der ersten Phase (Disarmement) geben die beteiligten Konfliktparteien in einem organisierten Rahmen ihre Waffen, Munitionen und Sprengstoffe ab (vgl. United Nations 2014: 121). Wie Knight und Özerdem betonen, stellt dies einen überaus symbolischen Akt dar, der die Bereitschaft auf Frieden sowie das offizielle Kriegsende emblematisch darstellt (vgl. Knight & Özerdem 2004: 503). In der Phase der klassischen Demobilisierung werden alle organisatorischen Strukturen der ehemaligen Streitkräfte aufgelöst (vgl. United Nations 2014: 143). Parallel dazu werden die ehemaligen Kombattant*innen registriert, erhalten medizinische Versorgung und werden mit Kleidung und Essen versorgt. All dies geschieht in der Regel in sogenannten reception centers (vgl. Banholzer 2014: 13). Ebenfalls werden in dieser Phase allgemeine Informationen und der Ablauf sowie die Regeln des weiteren Verlaufs vermittelt. Die Übergangsphase zwischen Demobilisierung und

Reintegration wird oftmals auch als Phase der Reinsertion definiert (vgl. Jaramillo et al. 2009: 21). Dabei handelt es sich um einen befristeten Zeitraum von meist einem Jahr, in dem die ehemaligen Kombattant*innen stabilisiert werden und Unterstützung in Form von Ausbildungsprogrammen, Unterkunft, psychosozialer Betreuung und Berufsberatung erhalten (vgl. ebd.). Diese Phase dient somit auch als Vorbereitung für die langfristige Phase der Reintegration in das zivile Leben. Während die Abrüstung in der Regel in der Verantwortung des UN Militärs liegt, wird der Demobilisierungsprozess oftmals bereits von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen begleitet (vgl. United Nations 2014: 144).

Die letzte Phase – das ´R` in DDR – bezieht sich dann auf die langfristige Wiedereingliederung der ehemaligen Kombattant*innen in das zivile Leben. Die folgende Formulierung der UN soll hierfür als allgemeingültige Definition dienen:

> Reintegration is the process by which ex-combatants acquire civilian status and gain sustainable employment and income. Reintegration is essentially a social and economic process with an open time-frame, primarily taking place in communities at the local level. It is part of the general development of a country and a national responsibility, and often necessitates long-term external assistance.
>
> (UN Secretary General 2005)

Die Teilbereiche der Reintegration lassen sich untergliedern in soziale, wirtschaftliche und ggf. auch politische Ebenen. In der Praxis sind diese Teilbereiche in der Regel jedoch stark miteinander verschränkt. So heißt es laut der UN, “that social reintegration is not only as equally important as economic reintegration, but that it can also be a pre-condition and a catalyst for employment and economic security” (United Nations 2014: 172). Die Wiedereingliederung gilt allgemein als das schwächste Glied innerhalb von DDR-Programmen (vgl. Theidon 2007: 66).

Parallel zum steigenden internationalen Interesse und Engagement in Bezug auf die globale Friedensentwicklung wurden DDR-Programme erstmals in den späten 1980er Jahren ausgearbeitet (vgl. Banholzer 2014: 7). Im Laufe der Zeit hat sich der Ansatz stetig weiter entwickelt. Die verschiedenen Phasen werden dabei oftmals in drei Generationen eingeteilt. So war man Mitte der 2000er der Ansicht, dass die Ausrichtung des traditionellen DDR Ansatzes der ersten Generation nicht genügend auf die Phase der Reintegration sowie auf langfristige Friedensfördermaßnahmen eingeht (vgl. IOM 2019: 4). Der primär auf ehemalige Kombattant*innen ausgelegte

Fokus wurde entsprechend auf die gesamtgesellschaftliche Ebene erweitert. Im Rahmen der dritten Generation ab 2010 wurde der Ansatz vor allem auf politischer und sozialer Ebene gestärkt, wie die folgende Formulierung verdeutlicht:

> While third generation DDR builds upon the type of engagement typically seen in the second generation, including strengthening community resilience, fostering constructive debate and dialogue, and promoting education and economic opportunities, it is also more thorough in how it addresses factors that influence the vulnerability of individuals to recruitment by armed groups. Accordingly, third generation DDR is characterized in part by a shift in focus from predominately socioeconomic integration to also include social and political engagement.
>
> (IOM 2019: 5)

Zu bemerken sei an dieser Stelle, dass es ein allgemeingültiges DDR-Programm nicht gibt, da regionale und kontextuelle Gegebenheiten stets von wesentlicher Bedeutung sind, entsprechend jener das jeweilige Programm konzipiert und implementiert wird. Dennoch gibt es einige gemeinsame Merkmale bzw. Probleme denen Post-Konflikt-Länder in der Regel gegenüberstehen und an die sich die IDDRS Standards meist anlehnen. Darunter fallen zum Beispiel schwache bzw. fehlende Regierungsinstitutionen und Sozialsysteme, geringe soziale Kohäsion und Spaltungsverhältnisse, schwache Wirtschaftsstrukturen, Gesetzeslosigkeit sowie ein erhöhtes Maß an Gewaltbereitschaft. (vgl. United Nations 2014: 33)

Grundsätzlich können erfolgreiche Reintegrationsprogramme anderer Post-Konflikt-Regionen zwar als best practice Beispiele herangezogen werden, jedoch ist es wichtig anzuerkennen, dass jeder Konflikt seine eigenen Ursprünge und Facetten aufweist und dementsprechend in einen jeweils eigenen sozialen und kulturellen Kontext eingebettet ist. Im Durchschnitt sind die Programme auf eine Dauer von ein bis zwei Jahre ausgelegt (vgl. Capone 2017: 2). Ferner sind DDR-Programme nicht immer Teil eines Friedensvertrags sondern werden teilweise bereits während Konflikten implementiert (vgl. ebd.). International implementierte DDR-Programme variieren dennoch beachtlich in Bezug auf Größe, Dauer und Kosten. Als ausschlaggebender Faktor für den Umfang solcher Programme gilt in erster Linie die Anzahl der involvierten Kombattant*innen. So beteiligten sich bspw. rund 4.000 Kombattant*innen beim DDR-Programm in Haiti, im Vergleich zu rund 370.000 in Bosnien und Herzegowina (vgl. Banholzer 2014: 4ff). Beim aktuellen Reinkorporationsprogramm in Kolumbien beteiligen sich laut offiziellen Angaben 12.767 ehemalige FARC Kombattant*innen (vgl. ARN 20.4.2020, online,

Zugriffsdatum: 8.8.2020). Während der ´DD` Teil meist von Regierungen oder der UN finanziert wird, ist die Wiedereingliederung tendenziell der gemeinsame Nenner für eine Vielzahl von NGO und EZA Projekten (vgl. Banholzer 2014: 8).

Laut Ball und van de Goor können „DDR processes […] help create an environment in which the overall peace process, political and social reconciliation, social and economic rehabilitation, and long-term development can root“ (Ball & van de Goor 2006: 4). DDR-Programme sind folglich eng verflochten mit dem Peacebuilding Paradigma und vor allem darauf ausgelegt, den größeren Rahmen sowie die notwendigen Voraussetzungen für langfristigen Frieden zu etablieren (vgl. Banholzer 2014: 9). Da DDR-Programme auch den Übergang von den bestehenden Regelungen und informell geltenden Gesetzen der militanten Gruppen bis zur Definition staatlicher Gesetze begleiten, tragen sie auch zum Staatsaufbau bei (vgl. Casas-Casas & Gúzman-Gómez 2010: 58).

Wie Ball und van de Goor ferner argumentieren, sind DDR-Programme hingegen nicht darauf ausgelegt, unzureichenden Willen seitens der Konfliktparteien oder friedensfördernde Maßnahmen vollends zu ersetzen, geschweige denn Entwicklung im Alleingang hervorzubringen (vgl. Ball & van de Goor 2006: 4). Ebenso wenig sind DDR-Programme eine Garantie für eine erfolgreiche Wiedereingliederung (vgl. ebd.). Sie liefern zwar wertvolle Grundvoraussetzungen, jedoch kommt es stets auf eine Vielzahl kontextueller Gegebenheiten an. Zum einen braucht es die Bereitschaft der Bevölkerung und die der ehemaligen Kombattant*innen. Zum anderen kommt es für den langfristigen Erfolg der Wiedereingliederung vor allem auf die institutionelle Umsetzung, die Konzeption des jeweiligen Ansatzes, die Effektivität und Nachhaltigkeit lokaler (EZA) Projekte, sowie die Rahmenbedingungen zur Schaffung von Amnestiegesetzen an.

3. Methodisches Vorgehen

Dieses Kapitel zeigt die Methoden, welche zur Beantwortung der Forschungsfrage herangezogen wurden. Die Vorgehensweise stützt sich dabei auf eine Triangulation qualitativer Forschungsmethoden bestehend aus einer Literaturrecherche, einer Dokumentenanalyse sowie der Durchführung qualitativer Expert*inneninterviews. Ferner gibt dieses Kapitel einen Einblick in den Ablauf des Forschungsprozesses, die Herangehensweise zur Auswertung der empirischen Daten sowie die bestehenden Limitationen der Erhebungsmethodik.

3.1. Literaturrecherche

Eine Literatur- und Internetrecherche bildete das methodologische Fundament zur Erarbeitung des theoretischen Rahmens, des historischen und aktuellen Kontextes als auch in Bezug auf die Erarbeitung der Ergebnisse. Die dabei gewonnen Erkenntnisse dienen als Grundlage zur Interpretation und Kontextualisierung der empirischen Ergebnisse. Die Kriterien zur Auswahl geeigneter Literatur bezogen sich neben Aktualität und Erkenntniswert vor allem auf den Anspruch, auch lokale Studien aus Lateinamerika bzw. insbesondere Kolumbien miteinzubeziehen.

3.2. Dokumentenanalyse

Um den kollektiven Reinkorporationsansatz in seiner Konzeption zu verstehen, als auch um im weiteren Forschungsverlauf auf eine Basis für eine gegenüberstellende Vergleichsanalyse im Hinblick auf den tatsächlichen Verlauf des Prozesses zurückgreifen zu können, wurde das Policy Dokument zur wirtschaftlichen und sozialen Reinkorporation von 2018 (vgl. Gobierno de Colombia 22.6.2018, online, Zugriffsdatum: 30.7.2020) einer qualitativen Dokumentenanalyse unterzogen. Laut Atteslander handelt es sich bei dieser Methodik um eine „*intensive*, *persönliche* Auseinandersetzung mit dem Dokument, welches in seiner Einmaligkeit möglichst umfassend durchleuchtet und interpretiert wird“ (Atteslander zitiert in Mayring 2002: 49). Der Grund für die Wahl des Dokumentes ist, dass dieses besonders dafür geeignet erscheint, um den kollektiven Ansatz im Sinne des organisatorischen Sollzustands als auch die Gesamtvision des kollektiven Ansatzes systematisch zu erfassen.

Die Auswertung der Dokumentenanalyse erfolgte mittels inhaltlicher Strukturierung nach Mayring. Diese eignet sich besonders dafür, „bestimmte Themen, Inhalte [und] Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen“ (Mayring 2015: 103). Dabei werden die Kategorien deduktiv angewendet (vgl. ebd.: 68). Das Kategoriensystem, welches als das Kerninstrument der Analyse betrachtet wird, wurde dementsprechend vor der Analyse erstellt. In Folge wurden die jeweiligen Stellen gemäß der Analyseeinheiten kodiert, diese anschließend paraphrasiert (in diesem Fall auch übersetzt), zusammengefasst und schließlich im Hinblick auf die Forschungsfrage interpretiert (vgl. ebd.: 82). Zur systematischen Erschließung wurde das Softwareprogramm MAXQDA verwendet. Wie Marten hervorbringt, liegt die besondere Herausforderung der Dokumentenanalyse darin, den Inhalt der Regierung nicht unhinterfragt als Abbild der Wirklichkeit wiederzugeben, sondern diesen in einen kritischen Kontext zu setzen um so ggf. verstecke Ideologien und Dynamiken herausfiltern zu können (vgl. Marten 2016: 125). Flick argumentiert hierbei folgendermaßen:

> Die Analyse von Dokumenten […] kann wertvolle Zusatzinformationen liefern, die zu den Erfahrungen in Beziehung gesetzt werden können, welche etwa in Interviews berichtet werden. Als eigenständige Methode stößt die Dokumentenanalyse jedoch häufig an ihre Grenzen.
>
> (Flick 2010: 330)

Denn staatliche Dokumente veranschaulichen im Grunde genommen nur die eine Seite der Medaille. Da es letztlich jedoch vor allem auch darum geht, auf das Potential der kollektiven Reinkorporationsstrategie schließen zu können, sollen die aus der Dokumentenanalyse gewonnenen Ergebnisse mit jenen durch die Literaturrecherche als auch den Erkenntnissen durch die Expert*inneninterviews gegenübergestellt werden. Auf diese Weise werden die textexternen Funktionen, was nicht selten bei der Methode der Dokumentenanalyse als unzureichend kritisiert wird, ebenfalls berücksichtigt. Dementsprechend wurden zur Beantwortung der Forschungsfrage auch Primärdaten in Form von Interviews mit lokalen Expert*innen erhoben, worauf im folgenden Kapitel genauer eingegangen wird.

3.3. Expert*inneninterviews

Nach Meuser und Nagel gilt als Expert*in, „wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung oder wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt“ (Meuser & Nagel 1991: 443). Im Hinblick auf das zugrunde liegende Forschungsinteresse werden daran angelehnt jene Personen als Expert*innen definiert, die als lokale Akteure aufgrund ihrer beruflichen Stellung oder Tätigkeit im Bereich des Reinkorporationsprozesses über einen hohen Wissensfundus bzgl. der Implementierung und Wirksamkeit des kollektiven Reinkorporationsansatzes verfügen.

Insgesamt wurden im Zeitraum zwischen April und Mai 2020 acht Expert*innen von Organisationen mit lokaler Präsenz in Guaviare befragt. Darunter das Hilfswerk International, die UN-Verifizierungsmission, UNDP, die FAO, Fundación Ideas para la Paz, Fundación Raíces de mi Tierra und die staatliche Agentur für Reinkorporation und Normalisierung (ARN). [4] Die thematischen Inhalte der Befragungen drehten sich insbesondere um die Wirksamkeit bzw. Vor- und Nachteile des kollektiven Ansatzes im Vergleich zu individuellen Reintegrations-programmen, die Aufnahme der ehemaligen Kombattant*innen auf lokaler Ebene in Guaviare, die bestehenden Herausforderungen in Bezug auf die Rekonstruktion der sozialen Strukturen, die Entwicklung produktiver Tätigkeit als auch in Bezug auf Angehörige indigener Gemeinschaften, die Abhängigkeit des Reinkorporations-prozesses in Bezug auf die im Friedensvertrag festgesetzten Maßnahmen, sowie Einschätzungen in Bezug auf den allgemeinen Verlauf des Friedensprozesses und der damit verknüpften Zukunftsperspektiven für Kolumbien.[5]

Ziel dabei war es, anhand der gewonnenen Primärdaten realistische und im Idealfall kritische Einblicke bzgl. der Herausforderungen, Limitationen und Potentiale in der Praxis zu gewinnen, um damit zu ermöglichen, auf Gemeinsamkeiten als auch ggf. bestehende Widersprüche im Vergleich zu den Ergebnissen der Literatur- und Dokumentenanalyse schließen zu können. Bei der Auswertung der Interviews wurde auch hier das Softwareprogramm MAXQDA verwendet. Der Ablauf der Auswertung

[4] Eine Beschreibung der befragten Organisationen befindet sich im Anhang unter 8.3.

[5] Der Interviewleitfaden befindet sich im Anhang unter 8.1.

umfasste insgesamt vier Schritte, welche in Anlehnung an das Modell nach Meuser und Nagel durchgeführt wurden:

> 1) **Transkription, Erstanalyse und Paraphrasierung:** Im ersten Schritt werden die Interviews – sofern mündlich durchgeführt – transkribiert. Anschließend folgt eine Erstanalyse der Interviews im Hinblick auf die Forschungsfrage. Die als wesentlich identifizierten Aspekte werden dabei textgetreu mit eigenen Worten paraphrasiert.
>
> 2) **Thematisches Ordnen**: Hierbei werden die verschiedenen Textabschnitte mittels terminologisch textnahen Stichwörtern kodiert.
>
> 3) **Thematischer Vergleich**: In der dritten Stufe werden die einzelnen Textpassagen der verschiedenen Interviews miteinander verglichen und die vorab zugeordneten Stichwörter entsprechend der behandelten Subthemen vereinheitlicht.
>
> 4) **Konzeptualisierung und empirische Generalisierung**: Im letzten Schritt werden die verschiedenen Textpassagen im Kontext der Ergebnisse bzgl. der Literatur- und Dokumentenanalyse untersucht. Durch die damit hergestellten Zusammenhänge können die Aussagen der Interviews entsprechend der forschungsrelevanten Aspekte interpretiert und somit empirisch generalisiert werden.
>
> (vgl. Meuser & Nagel 1991: 457f)

Entsprechend des Interviewleitfadens (siehe Anhang 8.1.) wurden vor der detaillierten Analyse bereits deduktive Codes erstellt. Im Laufe der Textarbeit wurden vorab noch nicht bekannte Aspekte durch weitere induktive Codes ergänzt. Die einzelnen Kategorien wurden dann zunächst einzeln und schließlich im Gesamtkontext der Forschungsarbeit interpretiert.

Das Ziel der Auswertung bestand darin, das „Überindividuell-Gemeinsame herauszuarbeiten, Aussagen über Repräsentatives, über gemeinsam geteilte Wissensbestände, Relevanzstrukturen, Wirklichkeitsstrukturen, Interpretationen und Deutungsmuster zu treffen“ (Meuser & Nagel 1991: 452). Gleichzeitig galt es auch die Normativität, den Eigenanspruch sowie die Selbstreflexivität der interviewten Expert*innen bzw. deren Organisationen kritisch zu hinterfragen. Hierbei sei zu erwähnen, dass die Aussagen der Interviewpartner*innen nicht zwingend der offiziellen Position der Organisationen entsprechen, sondern die befragten Personen basierend auf deren eigenen Erfahrungen im Zuge ihrer Arbeit im Bereich des Reinkorporationsprozesses zu erachten sind. Dies wurde explizit von den Interviewpartner*innen der UN, der UNDP, als auch der ARN betont.

3.4. Details zum Forschungsprozess und Limitationen

Der Kontakt zu den Interviewpartner*innen ermöglichte sich primär durch meine Mitarbeit im Headquarter des Hilfswerk International in Wien. [6] Das lokale Organisationsteam in San José (Hauptstadt von Guaviare) unterstützte mich vor allem bei der Kontaktvermittlung mit lokalen Institutionen und deren Vertreter*innen. Zwei Mitarbeiter des Hilfswerks in Guaviare fungierten selbst als Interviewpartner. Zu erwähnen sei an dieser Stelle, dass ursprünglich eine Forschungsreise zur Erhebung der empirischen Daten geplant war. Über einen hierfür gestellten Antrag für kurzfristige wissenschaftliche Auslandsstipendien (KWA) der Universität Wien wurde bereits positiv entschieden. Da der hierfür geplante Zeitraum der Forschungsreise jedoch exakt mit dem Beginn der globalen CoVid-19-Pandemie korrelierte, konnte diese nicht wie geplant durchgeführt werden. Damit einhergehend wurden etliche Fragen bzgl. des bis dato angedachten Forschungsprozesses aufgeworfen und es kamen Zweifel, ob das Thema ohne einen Feldaufenthalt überhaupt realisierbar sei. Nach weitgehenden Überlegungen, persönlichen und zeitlichen Abwägungen sowie Absprachen mit meiner Betreuerin Prof.in Antje Daniel gelang es letztlich, das Thema sowie das Forschungsdesign entsprechend der Situationserfordernisse neu auszurichten.[7] Der Kontakt zu den Expert*innen war zu diesem Zeitpunkt bereits größtenteils hergestellt und somit konnte rasch in Erfahrung gebracht werden, welche Erhebungsmodelle alternativ umsetzbar sind. Folglich wurden drei der Interviews mündlich per Videokonferenz (Zoom und Skype) durchgeführt. Aufgrund der mangelnden Verbindungsqualität in die Amazonasregion wurden die weiteren fünf Interviews schriftlich per E-Mail durchgeführt. [8] Alle Interviewpartner*innen erwiesen sich dabei als überaus flexibel, lösungsorientiert und entgegenkommend.

---

[6] Das Hilfswerk International setzt unter anderem seit 2004 verschiedene Projekte zur Friedensförderung in Guaviare um, siehe auch: Hilfswerk International (o.D.): Help for Colombia. Hilfswerk International promotes peacekeeping through the cooperation of peasants and the indigenous population. Online: https://www.hilfswerk.at/international/en/countries-projects/colombia/. [Zugriffsdatum: 4.5.2020].

[7] Der ursprüngliche Schwerpunkt lag auf einer ethnografisch ausgerichteten Lokalanalyse. Dabei sollte primär auf die persönlichen Herausforderungen aus Perspektive der ehemaligen FARC Kombattant*innen im Reinkorporationsprozess sowie die Rolle lokaler NGOs eingegangen werden.

[8] Eine Auflistung der interviewten Organisationen sowie der jeweiligen Erhebungsform befindet sich im Anhang unter 8.2.

Zu erwähnen sei auch, dass bei der staatlichen Reinkorporationsbehörde (ARN) zuerst auf offiziellem Weg um ein Interview angefragt wurde. Dieser Prozess stellte sich als überaus intensiv und letzten Endes auch etwas fragwürdig heraus, denn nachdem ein über 10-seitiger Fragebogen zur Beschreibung des Forschungsthemas eingereicht wurde, hieß es in einem ersten Antwortschreiben, der Anfrage werde stattgegeben. Kurze Zeit später kam jedoch erneut eine E-Mail in der erklärt wurde, dass die Anfrage abgewiesen wird. Erst durch die persönliche Kontaktvermittlung eines Interviewpartners gelang es, einen Angestellten der ARN für ein Interview zu gewinnen. Ferner bestätigte ein weiterer Mitarbeiter der UN Verifizierungsmission die Teilnahme am Interview. Nachdem die Leitfragen an diese Person ausgesendet wurden hieß es allerdings, er sei nicht befugt auf diese Art von Fragen zu antworten, obwohl aus der Stellenposition hervorging, dass dieser eine leitende Position habe.

Die Interviewpartner*innen wurden vorab über das Forschungsthema, der wissenschaftlichen Verwendung ihrer Angaben sowie der Möglichkeit der Zusendung eines Ergebnisberichts nach Abschluss der Arbeit informiert. Mit Ausnahme von einem (Interview E3, dieses wurde auf Deutsch durchgeführt), wurden alle Interviews auf Spanisch durchgeführt. Alle im späteren Verlauf der Arbeit angeführten direkten und indirekten Zitate der sieben spanischsprachigen Expert*innen wurden eigenständig vom Spanischen ins Deutsche übersetzt.

Die Audioaufnahme der Interviews erfolgte erst nach Zustimmung der Interviewpartner*innen. Ferner wurden alle Interviewpartner*innen auf die Möglichkeit der Anonymität hingewiesen. Dabei zeigte sich, dass aufgrund der sicherheitssensiblen Thematik drei der Expert*innen großen Wert darauf legten, nicht namentlich genannt zu werden. Dementsprechend wurde aus forschungsethischen Überlegungen im Sinne der Verantwortung zur Vermeidung von Sicherheitsrisiken sowie durch Absprache mit den verbleibenden Expert*innen beschlossen, keine(n) der Interviewpartner*innen namentlich in der Arbeit zu nennen. Die Aussagen wurden einer qualitativen Analyse unterzogen und somit nicht in der Funktion von Publikationsquellen verwendet. Ferner befindet sich der ´Pool` der interviewten Organisationen im Angang (8.2.), sodass sich das in der Wissenschaft stellenweise hervorgebrachte Problem der Anonymisierung von Expert*innen entledigt.

Durch die Adaptierung der Erhebung in Richtung Videokonferenzen und schriftliche Interviews und dem dadurch bedingten Ausbleiben unmittelbarer Face-to-Face Interaktionen bestehen im Vergleich zu konventionellen Interviewformen jedoch gewisse Limitationen. So kommt es bei schriftlichen Interviews laut Bampton und Cowton (2002) – im Vergleich zu persönlichen Gesprächen – zu zwei Arten von Verschiebungen, die sich aus der zeitlich verschobenen Interaktion (Asynchronität) sowie der räumlichen Distanz (Alokalität) ergeben. Dementsprechend können dabei nonverbale Kommunikationsaspekte nicht berücksichtigt werden und die kontextuelle Umgebung des bzw. der Interviewpartner*in bleibt für die forschende Person unersichtlich. Auch findet durch die schriftliche Kommunikation keine Gesprächsspontanität statt. Die befragte Person muss nicht unmittelbar eine Antwort geben, was bedeutet, dass ggf. einzelne Aspekte aus anderen Informationsquellen bezogen werden, die für die Forschung dann nicht ersichtlich sind und somit auch nicht bzw. nur schwer zurückverfolgt werden können. Zum anderen bedeutet dies, dass die Interviews von der forschenden Personen nicht flexibel gesteuert werden können, und so bspw. auf ein unmittelbares Nachfragen einzelner Details (vorerst) verzichtet werden muss. (vgl. Bampton & Cowton 2002)

Hinzu kommt, dass bei schriftlichen Interviews mögliche Inkompetenzen bezüglich des angenommenen Expert*innenstatus nur bedingt überprüft werden können (vgl. Helfferich 2014: 572f). Ebenso wenig kann kontrolliert werden, ob die Antworten tatsächlich eigenständig von der interviewten Person verfasst wurden (vgl. Schiek 2014: 392). Da im Rahmen der Forschung jedoch ausnahmslos alle Interview-partner*innen Mitarbeiter*innen namhafter Institutionen bzw. NGOs sind, kann davon ausgegangen werden, dass ein solches Risiko aufgrund des Professionalitätsgrades nahezu ausgeschlossen werden kann. Festzuhalten bleibt folglich, dass wenn auch die schriftlichen E-Mail-Interviews gewisse Limitationen mit sich brachten, so erwies sich die Möglichkeit einer solchen Erhebung dennoch als nützlich, da aufgrund der Inexistenz von Alternativen andernfalls auf die Aussagen dieser Expert*innen hätte verzichtet werden müssen.

Die Nutzung virtueller Video-Chat-Dienste wie Skype oder Zoom zur Erhebung qualitativer Daten im akademischen Bereich stellen heutzutage keine Seltenheit mehr dar, jedoch gilt dies nach wie vor eher als Alternativoption (vgl. Haw & Hadfield

2011: 27f). Vielfach hervorgehoben werden dabei verschiedene Vorteile wie Einsparungen von Forschungsreisekosten und damit einhergehende Möglichkeiten, wie der weltweit nahezu unbegrenzte Zugang zu potentiellen Interviewpartner*innen (vgl. Janghorban et al. 2014; Lo Iacono et al. 2016). Nonverbale Kommunikationsaspekte wie bspw. der Gesichtsausdruck, die Stimmlage, Gesten und Emotionen des bzw. der Interviewpartner*in können dabei berücksichtigt werden und es wird ein – wenn auch begrenzter – Einblick in den räumlichen Interviewkontext ermöglicht. Dennoch wird dadurch natürlich kein persönliches Face-to-Face Gespräch ersetzt. Einige von Deakin und Wakefield aufgezeigte Limitationen beziehen sich dabei auf eventuelle Wissenslücken der Interviewpartner*innen in Bezug auf die Verwendung notwendiger Technologien, geringeres Engagement und Beteiligung durch die Distanziertheit des Gesprächs und technischen Schwierigkeiten während des Interviews, die dann die Qualität des Gesprächsverlaufs beeinträchtigen können (vgl. Deakin & Wakefield 2013: 613f). Zudem können ethische Aspekte wie bspw. Kamerascheue oder geminderte Privatsphäre, wenn das Video-Interview im eigenen Zuhause des bzw. der Interviewpartner*in stattfindet, eine methodisch limitierende Rolle spielen (vgl. ebd.).

Unter Berücksichtigung und Reflexion der oben angeführten Limitationen kam es bei der Durchführung der Video-Interviews, abgesehen von gelegentlichen Verbindungsschwierigkeiten, zu keinen Problemen. Somit kann festgehalten werden, dass obwohl die Durchführung von Video-Interviews innerhalb der qualitativen Sozialforschung nach wie vor als Sekundäroption gegenüber konventionellen Face-to-Face Interviewmethoden erachtet wird und in der vorliegenden Forschung darauf als Alternative bedingt durch die geografische Distanz aufgrund der CoVid-19 Pandemie zurückgegriffen wurde, so konnte die Erhebungsmethode der zugrunde liegenden Fragestellung dennoch gerecht werden.

4. Historischer Rückblick und aktueller Kontext

Dieses Kapitel widmet sich der Erarbeitung der kontextuellen Rahmenbedingungen eingehend auf die Ursprünge und den Verlauf des kolumbianischen Konflikts, die Rolle und Ideologie der FARC, dem Weg bis zum Abschluss des Friedensvertrags, dem Prozess der Entwaffnung und Demobilisierung sowie der aktuellen Fragilität des Friedens.

4.1. 52 Jahre Bürgerkrieg: Ursprünge, Verlauf und die Ideologie der FARC

Die Ursprünge des kolumbianischen Konflikts reichen zurück bis zu *La Violencia* (dt.: die Gewalt), einem Bürgerkrieg der zwischen 1948 und 1957 unter Konservativen und Liberalen ausgefochten wurde. Ausgelöst wurde dieser durch die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten und damaligen Bürgermeisters von Bogotá, Jorge Eliécer Gaitán, der als Führer der sozialistischen Bewegung Kolumbiens galt. Die politischen Einigungen in Folge dieses Bürgerkriegs waren wesentlich für die bis heute im Staat bestehenden Normen wie bspw. die offiziellen Landesgrenzen oder die zentralisierte Regierungsführung. Die Interessen der kommunistischen Vertreter*innen wurden dabei allerdings weitestgehend ausgeschlossen. Infolgedessen gründeten sich mehrere lokale Guerillabewegungen [9] um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Im Jahr 1964 verordnete die Regierung einen militärischen Angriff gegen die verschiedenen Guerillagruppen mit Unterstützung der USA im Kampf gegen den Kommunismus. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Guerillabewegung jedoch bereits selbst über militärähnliche Strukturen und einer Vielzahl an Waffen. So gelang es den Guerillagruppen sich gegen den Regierungsangriff zu wehren, woraufhin sich 1966 die verschiedenen Splittergruppen offiziell als militärischer Arm der kommunistischen Partei unter dem Namen ´Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens` (FARC) verbündeten. Damals bestand die Bewegung primär aus Bauern und Bäuer*innen sowie ländlichem

[9] Das Wort Guerilla stammt aus dem Spanischen als abgeleitete Kleinform des Begriffs *guerra* (Krieg) und bedeutet wörtlich übersetzt ´Kleinkrieg`. Guerillagruppen setzen sich aus Mitgliedern der Zivilbevölkerung zusammen um gemeinsam (meist gewaltvoll mit Waffen und geplanten Anschlägen) Widerstand im Sinne eines revolutionären Befreiungskampfes zu leisten. Guerillabewegungen sind in der Regel politisch, antikolonial und revolutionär ausgerichtet. Die Mitglieder agieren dabei meist aus dem Untergrund. Dabei werden meist ländliche Regionen und Berge als Rückzugsgebiete eingenommen. Guerillagruppen sind dabei in großem Maße auf die Unterstützung der Zivilbevölkerung angewiesen, die der Guerillabewegung jedoch oft selbst zum Opfer fallen. (vgl. Freudenberg 2008: 245ff)

Lehrpersonal, die das Ziel verfolgten, gemeinsam gegen die nationalen Armuts- und Ungleichheitsstrukturen vorzugehen. Ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen lag bereits zu dieser Zeit in einer gerechteren Landverteilung – ein Thema, das bis heute in großem Maße ungelöst zu schein bleibt. (vgl. Carranza-Franco 2019: 36ff)

Die ersten rechtsgerichteten paramilitärischen Gruppen gründeten sich ebenfalls in den 1960er Jahren um aktiv – teilweise mit logistischer Unterstützung des staatlichen Militärs – gegen die FARC vorzugehen (vgl. ebd.). Diese entsprangen oftmals als informelle Strategie des Staates und aus den Interessen der Elite und Großgrundbesitzer*innen zur Verteidigung gegen die FARC (vgl. Otis 2014: 6). Im Jahr 1997 gründete sich daraus der rechtsgerichtete Dachverband AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia*, dt.: Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens). Lange Zeit bekämpften sich die FARC und die AUC vor allem aufgrund von strategisch wichtigen Drogenrouten und profitablen Anbauflächen (vgl. ebd.). Parallel dazu gründeten sich mit der Zeit weitere Guerillabewegungen, die teilweise noch bis heute aktiv sind. Darunter einerseits die 1964 gegründete ELN (*Ejercito de Liberación Nacional*, dt.: Nationale Freiheitsbewegung) als guevaristische Bewegung und die 1967 gegründete EPL (*Ejército Popular de Liberación*, dt.: Volksarmee der Befreiung) als politisch-maoistische Bewegung, die beide bis heute aktiv sind. Andererseits wurde 1970 von einem ehemaligen FARC Mitglied die M-19 (Movimiento 19 de Abril, dt.: Bewegung 19. April) gegründet (vgl. Zelik 2001: 388). Die verschiedenen Guerillabewegungen schlossen sich zeitweise als Dachverband unter dem Akronym CGSB (Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar) zusammen (vgl. Lessmann 2016: 249).

Die Organisationsstrukturen der FARC entwickelten sich mit der Zeit zu einem hochkomplexen Geflecht. Es herrschte eine klar definierte Befehlsstruktur, und sie verfügte nahezu im gesamten Land über ein ausgedehntes Unterstützungs-netzwerk. Die FARC agierte primär aus für die Regierung nur schwer kontrollierbaren Bergregionen sowie den Wäldern des Amazonas. Anfänglich finanzierten sich die Streitkräfte durch ein eigens eingeführtes lokales Steuersystem innerhalb der besetzten Landgebiete. Der wohl bedeutendste Faktor für die Neuausrichtung der Kampfstrategien der FARC und die Zunahme terroristischer Angriffe und grausamen Massakern liegt im Aufkommen des illegalen

Drogenhandels (insbesondere Kokain) seit Beginn der 1980er Jahre (vgl. Lessmann 2016: 291). Dabei schloss die FARC Bündnisse mit einigen der mächtigsten Drogenkartelle Kolumbiens. Schätzungen gehen davon aus, dass die Guerillabewegung zeitweise bis zu 70% der nationalen Marihuana- und Kokafelder dominierte (vgl. DW 26.12.2016, online, Zugriffsdatum: 7.2.2020). Diese illegalen Finanzierungsquellen ermöglichten der FARC, die Anzahl ihrer Waffen sowie die Mitgliedszahlen maßgeblich zu steigern (vgl. Zelik 2001: 394f). Folglich war die FARC nicht nur die älteste kolumbianische Guerillagruppe, sie entwickelte sich gemessen an der Mitgliederzahl auch zu der größten des Landes (vgl. Theidon 2007: 68). Laut Angaben des ehemaligen Verteidigungsministers Juan Carlos Pinzón steigerte sich die Mitgliederzahl von 1982 mit rund 6.000 Rebell*innen auf knapp 20.000 in den frühen 2000ern (vgl. Otis 2014: 5). Weitere bedeutende Geldquellen bestanden darüber hinaus in der Entführung von Menschen und darauf folgenden Lösegeldforderungen, Erpressungen sowie dem illegalen Abbau natürlicher Ressourcen wie insbesondere Gold.

Als Offensive gegen den anhaltenden Drogenkrieg wurde 1999 unter der Präsidentschaft von Pastrana sowie mit finanzieller und militärischer Unterstützung der USA im Wert von insgesamt 1,3 Milliarden US-Dollar, der weitläufig umstrittene *Plan Colombia,* initiiert (vgl. Zelik 2001: 383). Dabei wurde das kolumbianische Militär für polizeidienliche Zwecke befugt, um so bspw. die Kokafelder mit Herbiziden zu besprühen. In Bezug auf die US-amerikanische Interventionspolitik liegt es nahe, dass deren eigentliches Ziel weniger in der Bekämpfung des Drogenkriegs lag, sondern die Strategien sich vielmehr im Sinne einer antikommunistischen Bekämpfungsstrategie sowie einer Erweiterung des eigenen wirtschaftlichen Machtimperiums ausrichteten. Ähnlich argumentiert auch Zelik:

> Wenn die Sorgen der US-Regierung tatsächlich vorrangig dem Drogenproblem gegolten hätten, dann hätte sich die in diesem Zusammenhang entstandene Strategie nicht ausschließlich gegen die Guerilla richten dürfen.
>
> (Zelik 2001: 401)

Als Gegenzug erklärte die FARC das US-amerikanische Militär zur eigenen Zielscheibe (vgl. Lessmann 2016: 13). So ist anzunehmen, dass die Eskalation des Konflikts mitunter maßgeblich auf die massive Interventionspolitik der USA unter dem vermeintlichen Deckschirm der Drogenbekämpfung zurückzuführen ist. Es

bleibt jedoch zu erwähnen, dass das tatsächliche Ausmaß der FARC an der Beteiligung des Drogenhandel bis heute umstritten ist (vgl. Otis 2014: 8f). Auch variieren die Angaben der tatsächlichen Einnahmen der FARC durch die Involvierung im Drogengeschäft beachtlich. Fest steht jedoch, dass die FARC über eine enorme geographische Präsenz verfügte, und dies vor allem in jenen Gebieten, in denen sich der Großteil der nationalen Kokaanbauflächen befand bzw. bis heute teilweise noch immer befindet.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die FARC aus einer linksgerichteten Gerechtigkeitsbewegung entstanden ist, die jedoch spätestens mit der Involvierung in die Drogengeschäfte seit den 1980er Jahren ihren ursprünglichen Sinn zumindest teilweise verlor, indem sie sich immer mehr zu einer Drogenguerilla entwickelte. Der Konflikt selbst rührt aus einem eng verstrickten Geflecht sozialer, historischer, (interventions)politischer, wirtschaftlicher und drogenkriegerischer Probleme. Nicht minder aufgrund dieser bestehenden Komplexität sind zahlreiche bisherige Versuche hinsichtlich Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Guerillabewegung gescheitert und DDR-Programme weitestgehend erfolglos geblieben. Das folgende Kapitel knüpft an diese Stelle an und widmet sich einer Erarbeitung bzgl. Kolumbiens Erfahrung mit Friedensverhandlungen sowie DDR-Programmen.

4.2. Kolumbiens Erfahrung mit Friedensverhandlungen und DDR-Programmen

Kolumbien verfügt über umfangreiche Erfahrungen bei der Umsetzung von DDR-Programmen. Insgesamt wurden bereits vor dem Friedensvertrag von 2016 rund 60.000 Kombattant*innen demobilisiert (vgl. Segura & Stein 2019: 3). Der folgende Abschnitt skizziert einen Überblick bisheriger (Friedens)politiken unter den jeweiligen Präsidentschaften.

Erstmalige DDR-Programme wurden unter Belisario Betancur (1982-1986) und Virgilio Barco Vargas (1986-1990) mit verschiedenen Guerillagruppen durchgeführt. Bereits damals kam es dazu, dass die FARC eine politische Partei (UP - *Unión Patriótica,* dt.: Patriotische Union) gründete. Trotz nicht zu missachtender Wahlerfolge war dies jedoch nur von kurzer Dauer, da alliierte Gegnergruppen wie Paramilitärs und Drogenbarone sich mit gezielten Gewaltanschlägen gegen die Mitglieder der UP formierten (vgl. Pospisil & Khittel 2014: 25). Unter César Gaviria

(1990-1994) wurden weitere Guerillagruppen demobilisiert (vgl. Carranza-Franco 2019: 45). Gaviria gelang es außerdem, den eingeleiteten Friedensprozess in die Verfassung einzubinden (vgl. ebd.: 26). Somit gab es bereits damals Versuche, Friedensverhandlungen mit der FARC zu führen, welche jedoch primär zu einer Verlängerung und Intensivierung des Krieges führten (vgl. van Broeck 2019: 4). Unter Ernesto Samper (1994-1998) kamen die vorherigen Friedensbemühungen weitestgehend zum Stillstand, was wohl hauptsächlich auf dessen Glaubwürdigkeitsverlust infolge der Aufdeckung seiner durch Drogengelder finanzierten Wahlkampagne zurückzuführen ist (vgl. Pospisil & Khittel 2014: 27). Andrés Pastrana (1998-2002) zeigte sich grundsätzlich bemüht im Zuge der Friedensgespräche mit der FARC, die Verhandlungen selbst blieben jedoch weitestgehend erfolglos (vgl. ebd.). Ferner wurde unter Pastrana auch der umstrittene *Plan Colombia* (siehe S. 30) im Kampf gegen den Drogenkrieg initiiert.

Der nunmehr langanhaltende Misserfolg der Friedensbemühungen spiegelte sich letztlich auch im Wahlverhalten der Menschen wider. So beendete der darauffolgende Präsident Álvaro Uribe (2002-2010) die vormals initiierten Friedensverhandlungen mit der FARC, und setzte sich stattdessen zum Ziel, die Guerillagruppen mittels militärischer Interventionen und durch signifikante Unterstützung der USA zu besiegen (vgl. Pospisil & Khittel 2014: 27f). Die Amtszeit von Uribe stellt folglich einen markanten Wendepunkt in der kolumbianischen Friedenspolitik dar (vgl. Derks et al. 2011: 12). Dies rührte mitunter vor allem daher, dass er als Hauptvertreter der agroindustriellen Elite agierte, und es ihm wohl vor allem auch durch seine nachweisliche Involvierung in illegale Drogengeschäfte seit den 1980er Jahren und damit ein auf die eigenen Interessen ausgerichtetes Anliegen war, linksgerichtete Ideologien mit allen Mitteln zu unterbinden (vgl. Pospisil 2016: 6f). Unter ihm erfolgte ferner ein groß angelegter Abrüstungs- und Reintegrationsprozess von knapp 32.000 Personen der paramilitärischen AUC (vgl. Palou & Méndez in Rettberg 2012: 355ff). In direkter Folge sank das Gewaltniveau in den Großstädten bedeutend, was jedoch laut Pospisil und Khittel primär auf die nun legalisierte Hegemonialposition der paramilitärischen Gruppen zurückzuführen ist (vgl. Pospisil & Khittel 2014: 28). Uribes Militäroffensive besiegte die Rebellengruppen zwar nicht, jedoch ging damit eine massive Eingrenzung ihrer geographischen Kapazitäten einher (vgl. Herbolzheimer 2016: 2). Parallel dazu

wuchs der politische Druck durch das Aufsteigen linker Regierungen in mehreren lateinamerikanischen Ländern. [10] Alle oben genannten DDR-Prozesse wurden wohlgemerkt noch während dem Fortbestehen des Konflikts durchgeführt.

Anzumerken sei, dass der Reintegrationsansatz der AUC unter Uribe ebenfalls kollektiv ausgelegt wurde (vgl. Palma García & Villegas Buitrago 2018: 245f). Die Grundzüge des Ansatzes mit dem Schwerpunkt auf Gemeinschaft und Versöhnung scheinen mit jenem des aktuellen Ansatzes vergleichbar, jedoch wurden dabei nur in geringem Ausmaß Rechte für Opferentschädigungen festgelegt und diesen wurde bei den Aushandlungen auch keine Stimmen gewährt (vgl. Acosta-Navas & Reyes 2018: 126). Die Bedingungen wurden stattdessen einseitig von der Regierung beschlossen. Auch handelte es sich dabei um paramilitärische Gruppen und keine Guerillas, was auf ideologischer Ebene einen bedeutsamen Unterschied darstellt. Das AUC Programm wurde zeitlich auch nur auf nur insgesamt drei Jahre festgelegt, wohingegen der aktuelle Ansatz auf ganze acht Jahre angesetzt ist. Außerdem ging dieser kollektive Ansatz nach Ansicht von Kritiker*innen auch insbesondere im Hinblick auf das Fortbestehen der Konfliktursachen nicht weit genug, da das DDR-Programm nicht im Rahmen eines Friedensvertrags umgesetzt wurde (vgl. Derks et al. 2011: 57ff). Ein Vergleich des kollektiven Ansatzes der AUC mit dem der FARC erscheint daher kaum sinnvoll.

4.3. Der lange Weg bis zum Friedensvertrag im Jahr 2016

Als Juan Manuel Santos 2010 zum Präsidenten gewählt wurde, änderte sich die nationale Friedenspolitik maßgeblich. Schon bald nach seiner Ernennung nahm er inoffiziell die Friedensgespräche mit der FARC auf. Als dies im Herbst 2012 öffentlich bekannt gegeben wurde, war dies für viele Bürger*innen relativ überraschend, da der rechtsliberale Präsident zuvor noch als Verteidigungsminister unter Uribe und dessen harten militärischen Maßnahmen gegen die Guerillas gedient hatte. So kam es auch, dass Uribe, der ursprünglich als Ziehvater von Santos galt, während dem gesamten Zeitraum der Friedensverhandlungen eine groß angelegte Gegenkampagne anführte. Uribe entwickelte sich dabei zum

[10] Darunter bspw. Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador und Hugo Chávez in Venezuela. Auch ehemalige Guerilleros Lateinamerikas wurden zu Anführern wie José Pepe Mugica in Uruguay und Dilma Rousseff in Brasilien. (vgl. Herbolzheimer 2016: 2)

Hauptvertreter der elitären Interessen im Land. (vgl. Pospisil 2016: 3ff)

Die laufenden Verhandlungen zur Ausarbeitung akzeptabler Konditionen für beide Seiten dauerte mehr als vier Jahre und fand hauptsächlich auf neutralem Boden des kommunistischen Inselstaates Kuba statt (vgl. Flores & Vargas 2018: 581ff). Begleitet wurden die Verhandlungen von dem damaligen UN Generalsekretär Ban Ki-moon und weiteren sechs Staatsoberhäuptern aus überwiegend mitte-links Regierungsländern (vgl. Semana 25.6.2016, online, Zugriffsdatum: 12.3.2020). Neben Kuba fungierte zusätzlich die norwegische Regierung als Vermittlerrolle und Garant des Friedensprozesses (vgl. Carranza-Franco 2019: 11). Die USA verkündete zur Unterstützung des Friedensprozesses einen Kreditrahmen von stolzen 450 Millionen US-Dollar jährlich (vgl. ebd.). Die Gespräche der Verhandlungen drehten sich vor allem um die folgenden fünf Bereiche: Ländliche Entwicklung, politische Beteiligung, illegaler Drogenanbau, Opferentschädigung und juristische Verantwortlichkeit sowie die Umsetzung des Abkommens. Die FARC setzte sich dabei kontinuierlich für sämtliche Forderungen in Bezug auf die Beseitigung der Konfliktursachen und insbesondere für die strukturellen Ungleichheitsverhältnisse ein (vgl. Zambrano Quintero 2019: 54). Die Bevölkerung selbst zeigte sich den Friedensverhandlungen gegenüber eher skeptisch. Einer Umfrage aus dem Jahr 2015 zufolge waren 73,4% der Bevölkerung der Ansicht, dass der Friedensvertag auf dem falschen Weg sei (vgl. El Tiempo 23.9.2015, online, Zugriffsdatum: 22.3.2020). Dass der ursprünglich angesetzte Tag zur Unterzeichnung des Friedensvertrags am 23. März 2016 nicht eingehalten wurde, verstärkte diese gesellschaftliche Frustration zusätzlich. Dies spiegelte sich auch im Volksreferendum zum ersten Entwurf des Friedensvertrags im Oktober 2016 wider. Dabei stimmte eine leichte Mehrheit von 50,21% gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags (vgl. The Nation 3.10.2016, online, Zugriffsdatum: 28.2.2020). Die Wahlbeteiligung betrug allerdings gerade einmal 37%, was mitunter auch auf das zeitgleiche Auftreten extremer Wetterbedingungen zurückzuführen war (vgl. ebd.).

Anzunehmen ist ferner, dass die rechtskonservative Gegenstimme Uribes das Referendum im Sinne der Interessen der Eliten im Grunde genommen weg vom Friedensthema hin zu einer Kampagne gegen die FARC drängte. Dabei wurde propagiert, dass die gegebenen Bedingungen des Friedensvertrags nicht zu

Gerechtigkeit führen würden, da die Mehrheit der FARC Mitglieder unbestraft bliebe und sich parallel zu einer politischen Partei formieren dürfe. Auch der Leiter der Division Americas von Human Rights Watch, José Miguel Vivanco, propagierte für die Gegenstimme. Der Seite der Friedensbefürworter*innen war es im Gegensatz nicht erlaubt, mit einer Kampagne zu werben (vgl. The Nation 3.10.2016, online, Zugriffsdatum: 28.2.2020).

Nun könnte man fragen, was so viele Menschen dazu bewegt hat, gegen den Frieden zu stimmen. Die andere Frage wäre jedoch, warum jemand für die Amnestie seines bzw. ihres größten Feindes stimmen sollte – im Extremfall also auch die Begnadigung jener Menschen gut heißen, die Angehörige der eigenen Familie auf brutale Weise getötet haben. Es lag demensprechend wohl vor allem an den Bedingungen des Friedensvertrags, die den Kombattant*innen tatsächlich einen relativ großzügigen Straferlass einräumen sollten (vgl. Gamboa Tapias 2018: 66f). Einige mögen wohl auch um ihre wirtschaftlichen und politischen Vorteile gebangt haben, während andere wiederum schlichtweg aufgrund ihrer Antihaltung zu Santos' Politik gegen das Friedensabkommen stimmten (vgl. ebd.). Im Grunde genommen verdeutlicht das Referendumsergebnis auch die Spaltung innerhalb der Gesellschaft. So zeigte sich, dass hauptsächlich die Bewohner*innen ländlicher Regionen für das Friedensabkommen stimmten, während städtische Regionen wie Bogotá und Medellín überwiegend dagegen stimmten (vgl. The Guardian 3.10.2016, online, Zugriffsdatum: 20.3.2020). Jene Bevölkerungsteile, die am meisten von dem Konflikt betroffen waren, befürworteten folglich das Kriegsende zu den gegebenen Bedingungen.

Nach den Ergebnissen des Referendums wurden verschiedene Anpassungen an den Vereinbarungen vorgenommen, darunter auch eine Verschärfung der Strafen für begangene Menschenrechtsverletzungen und höhere Entschädigungen für die Opfer. Die Regierung entschied sich gegen ein erneutes Referendum und billigte die zweite Fassung direkt im Kongress. Dieser bestand aus einer Mehrheitskoalition von Santos' Partei, weshalb die Zweitfassung auf so schnellem Wege ermöglicht werden konnte. (vgl. Nasi 2018: 40f)

Mit Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Präsident Santos und dem FARC Kommandeur Rodrigo ´Timoschenko` Londoño am 24. November 2016 wurde der

mehr als 50 Jahre anhaltende Konflikt dann offiziell beendet. Für seine Bemühungen, die Pforten des Dialogs zu öffnen und die komplexen Verhandlungen letztlich zu einem friedlichen Abschluss zu bringen, wurde Santos mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das Abkommen umfasst insgesamt sechs zentrale Punkte:

1. Durchführung einer umfassenden Landreform. Ein Treuhandvermögen in Höhe von drei Millionen Hektar Land soll den Bauern, indigenen Völkern und Afrokolumbianern zugute kommen. Das Abkommen schafft die Grundlage für Entwicklungsprogramme, die für die Partnerschaft mit ländlichen Organisationen erforderlich sind.
2. Schaffung von Frieden durch die Einbeziehung aller Parteien in demokratische Prozesse. Das Abkommen schafft ein Oppositionsstatut, das die Rechte von sozialen Bewegungen, Basisbewegungen und politischen Parteien zur Teilnahme an politischen Aktivitäten garantieren soll.
3. Beendigung des Konflikts durch Waffenstillstand und Niederlegung der Waffen.
4. Schaffung einer kollektiven und umfassenden Lösung für das Problem illegaler Drogen.
5. Schaffung eines Systems für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nicht-Wiederholung, das sowohl auf die Gewalt zurückblickt als auch der Nicht-Wiederholung entgegensieht.
6. Schaffung einer Kommission für die Überwachung, Förderung und Überprüfung zur Umsetzung des Friedensabkommens.

(Government of Colombia 2016 – eigene Übersetzung)

Der Inhalt des 400-seitigen Friedensvertrags wurde in weitreichenden Kreisen, wie bspw. dem norwegischen Peacebuilding Zentrum sowie dem Friedensnobelpreis-Komitee, als außergewöhnlich, bahnbrechend und innovativ bezeichnet (vgl. Herbolzheimer 2016: 2ff). Im Vergleich zu bisherigen Verhandlungen sahen sich weder die Regierungsmitglieder noch die FARC als direkte Vertreter der Gesellschaft. Stattdessen wurde die Notwendigkeit der öffentlichen Beteiligung sowie der demokratischen Entscheidungsfindung hervorgehoben, was sich unter anderem auch auf die Lösung der Konfliktursachen bezieht (vgl. ebd.). Auch wurde erstmals die Stärkung von Frauen und ethnischen Minderheitsgruppen sowie weitreichende Maßnahmen zur Entschädigung der Konfliktopfer inkludiert. Der Friedensvertrag bezieht somit vor allem auch Aspekte zur Lösung der Konfliktursprünge und der bestehenden Ungleichheitsstrukturen ein, die nicht selten noch auf dem postkolonialen Erbe beruhen.

4.4. Der Prozess der Entwaffnung und Demobilisierung

Als Folge des Friedensvertrags brachen im Januar 2017 tausende Guerillas in Begleitung der nationalen Armee aus den Bergen und Wäldern Kolumbiens sowie Mitglieder verbleibender FARC-Einheiten in den Städten, als auch zu diesem Zweck freigelassene Häftlinge auf zu den speziell für den Demobilisierungsprozess errichteten und der Öffentlichkeit vorerst unzugänglichen Übergangszonen (ZVTN - Zonas Veredales Transitorias de Normalización, dt.: Vorübergehende Entwaffnungs- und Normalisierungszonen). Die Gesamtzahl der dort eingetroffenen FARC Mitglieder betrug 11.049 Personen (vgl. Carranza-Franco 2019: 12). Insgesamt wurden 24 ZVTNs im gesamten Land errichtet. Die folgende Abbildung veranschaulicht die geographische Verteilung der ZVTNs bzw. der späteren ETCRs.

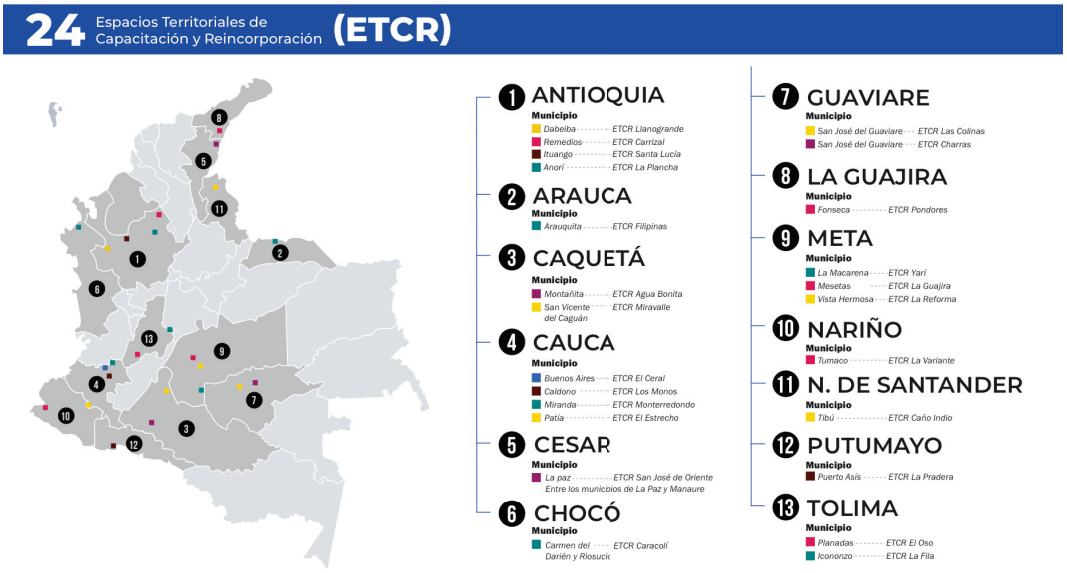


Abbildung 1: Geographische Verteilung der ETCRs (Quelle: ARN)

Nach Angaben der UN galt der Abrüstungsprozess am 26. Juni 2017 mit einer Übergabe von insgesamt 7.132 Waffen als abgeschlossen (vgl. Gehring & Gehrmann 2017). Die gesammelten Waffen der ehemaligen Kombattant*innen wurden in Folge unbrauchbar gemacht und das eingeschmolzene Material soll verwendet werden, um Gedenkstatuen in Kolumbien, New York und Havanna zu errichten (vgl. The Guardian 10.12.2018, online, Zugriffsdatum: 22.4.2020). Neben der in den ZVTNs stattfindenden Waffenübergabe erfolgten über einen Zeitraum von 24 Monaten sämtliche Maßnahmen und Vorbereitungsaktivitäten für die

Wiedereingliederung, darunter die Identifikation der Personen sowie die Einrichtung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung und psychologischer Betreuung. Außerdem wurden die ehemaligen Kombattant*innen in den jeweiligen Ämtern offiziell registriert, und sie erhielten Personalausweise (vgl. Gehring & Gehrmann 2017: 1). Die organisatorische, rechtliche und finanzielle Basis für den langfristigen Prozess der Reinkorporation waren damit geschaffen.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass sich aktuell laut offiziellen Angaben noch 12.767 Personen im Programm der Reinkorporation befinden (vgl. ARN 20.4.2020, online, Zugriffsdatum: 8.8.2020). Nur mehr 2.877 der ehemaligen Kombattant*innen leben noch in den ETCRs, und 9.217 leben außerhalb dieser Zonen (vgl. ebd.). Von jenen die außerhalb leben, nimmt jedoch ein Großteil nach wie vor im Reinkorporationsprogramm teil. Darüber hinaus heißt es laut einer Studie der Fundación Ideas para la Paz, dass die meisten von ihnen mit den ETCRs in Verbindung geblieben sind (vgl. Martínez & Lefebvre 2019: 8).

4.5. Die aktuelle Fragilität des Friedens

Die ersten Präsidentschaftswahlen seit Unterzeichnung des Friedensabkommens fanden im Jahr 2018 statt. Der rechtskonservative Kandidat Iván Duque (*Centro Democrático*) gewann dabei in einer Stichwahl mit rund 54% gegenüber dem linksgerichteten Gustavo Petro (*Colombia Humana*) mit 42% (vgl. Zeit Online 18.6.2018, online, Zugriffsdatum: 27.3.2020). Duque, als dessen Mentor Uribe gilt, warb in seiner Wahlkampagne damit, die Bedingungen des Friedensabkommens neu zu definieren, da er als auch Uribe der Ansicht waren, dass diese von Anfang an zu nachsichtig gegenüber der FARC waren (vgl. New York Times 8.5.2020, online, Zugriffsdatum: 22.4.2020). So hatte die Präsidentschaftswahl erneut eine polarisierende Wirkung auf die ohnehin bereits gespaltene Bevölkerung, da die Wahl im Grunde ein neues Volksreferendum darstellte, das zeigte, ob die Menschen mit dem von Santos' eingeleiteten Friedensprozess einverstanden sind oder nicht. Im August 2019 spitzte sich die Lage zu. In einer öffentlichen Videobotschaft kündigten knapp 20 Guerilleros an, die Waffen wieder aufzunehmen, da die Regierung nicht ihren Verpflichtungen gemäß dem Friedensvertrag nachkomme (vgl. Spiegel 29.8.2019, online, Zugriffsdatum: 27.2.2020). Mitbeteiligt daran waren zwei der

ehemals wichtigsten und bis dato untergetauchten FARC Kommandanten Jesús Santrich und Iván Marquez.

Besonders alarmierend sind die zahlreichen Morde an Ex-Kombattant*innen und Menschenrechtsaktivist*innen, welche Opfer von Gewaltanschlägen krimineller Banden und paramilitärischer Gruppen werden. Die Mehrheit dieser Todesfälle ereignet sich in ländlichen Gebieten mit überdurchschnittlich hohen Armutsraten und in denen illegale bewaffnete Gruppen nach wie vor operieren. Seit Unterzeichnung des Friedensabkommens wurden mindestens 800 Aktivist*innen (vgl. BBC News 21.5.2020, online, Zugriffsdatum: 9.6.2020) und 204 Ex-Kombattant*innen (vgl. UN Security Council 2020) ermordet. Obwohl 2017 ein bilateraler Waffenstillstand mit der ELN vereinbart wurde, kam es durch diese Gruppe Anfang 2019 zu einem Autobombenangriff mit 20 Todesopfern (vgl. Allain 18.2.2019, online, Zugriffsdatum: 11.4.2020). Solche Zustände verstärken die Spannungen unter der Zivilbevölkerung als auch unter den Ex-Kombattant*innen und dämmen das Potential aller Friedensbemühungen ein. Als Hauptschuldiger wird oftmals Präsident Duque genannt, der gar UN Sicherheitsberichte in Frage stellt (vgl. Reuters 27.2.2020, online, Zugriffsdatum: 25.3.2020).

Laut dem nach wie vor politisch aktiven Uribe heißt es: „Es gab nie einen Friedensprozess, sondern nur eine Begnadigung für einige Täter von abscheulichen Verbrechen, verbunden mit hohen institutionellen Kosten.“ (DW 30.8.2019, online, Zugriffsdatum: 20.5.2020). Ende 2019 kam es in Folge dessen zu großräumigen sozialen Aufständen im ganzen Land. Die Forderungen der Aktivist*innen bestanden unter anderem darin, dass Ex-Kombattant*innen und Menschenrechtsaktivist*innen besserer Schutz eingeräumt werden solle, und dass das Friedensabkommen wie vereinbart umgesetzt werden solle (vgl. UN Security Council 2019). Zwar heißt es laut aktuellen Berichten aus dem Frühjahr 2020, dass Duque sich mit UN Generalsekretär Antonio Guterres darauf einigte, sämtliche Bemühungen im Bereich der Friedensmaßnahmen wieder zu priorisieren (vgl. Colombia Reports, 10.3.2020, online, Zugriffsdatum: 8.4.2020), ob er dieses Versprechen jedoch tatsächlich einhalten wird, wird erst die Zukunft zeigen.

Rückbindend an die theoretischen Darlegungen dieser Arbeit kann auf Basis dieses Kapitels festgehalten werden, dass der Konfliktablauf Kolumbiens als auch die seit

bereits Jahrzehnten initiierten Friedensbemühungen in einem enormen politischen und international ausgerichteten Spannungsverhältnis stehen. Auch ist der Wille für ein Kriegsende, bzw. die Schaffung von Frieden durch die gesellschaftliche Heterogenität, insbesondere auch in Form von Stadt-Land Disparitäten sowie unterschiedlicher Ausmaße der Kriegsauswirkungen auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen geprägt. Für die Etablierung positiver Friedensstrukturen bzw. für Peacebuilding Missionen ist es insofern von großer Relevanz, sich zum einen an diesen Gegebenheiten und Bedürfnissen auszurichten, um so langfristig einen auf nationaler Ebene verbindenden, aber dennoch auf die gesellschaftlichen Diversitätsstrukturen ausgelegten Friedenskonsens aufbauen zu können. Zum anderen zeigt sich auch hier, dass die Unterzeichnung eines Friedensvertrags noch lange keine tatsächliche Garantie für Frieden ist, und insbesondere auch die politische Ausrichtung der Folgeregierung zur Umsetzung der im Abkommen festgeschriebenen Maßnahmen von höchster Relevanz für den langfristig ausgelegten Friedensprozess ist.

5. Konzeptualisierung des kollektiven Ansatzes und Herausforderungen bei der Umsetzung in Guaviare

In diesem Kapitel wird nun in einem ersten Schritt, basierend auf den Ergebnissen der Literatur- und Dokumentenanalyse, der kollektive Reinkorporationsansatz in seiner Konzeption, die zugrunde liegende Vision des Friedens sowie der institutionelle Rahmen des Reinkorporationsprozesses dargestellt. Darauf folgt das Kapitel zur Umsetzung in Bezug auf die bestehenden Herausforderungen des Reinkorporationsprozesses im lokalen Kontext von Guaviare. Darin werden, nach einer kurzen Skizzierung der lokalen Ausgangssituation, die identifizierten Problembereiche erörtert. Basierend auf der Erhebung der Primärdaten werden dabei spezifische Herausforderungen rund um das Bestehen der ETCRs als auch in Bezug auf die (Re)konstruktion der sozialen Strukturen, Erschwernisse bei (ehemals) Angehörigen indigener Gruppen sowie die Entwicklung produktiver Tätigkeit dargelegt. Im Anschluss daran werden makrostrukturelle Problemfaktoren dargestellt, welche im Rahmen der Interviewerhebungen als erschwerend festgestellt wurden.

5.1. Der kollektive Reinkorporationsansatz

Die folgenden Unterkapitel widmen sich der Darstellung des kollektiven Ansatzes, eingehend auf die Konzeption und Besonderheiten, die Vision, die Ebenen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reinkorporation sowie dem institutionellen Rahmen des Prozesses.

5.1.1. Konzeption, Vision und Besonderheiten

Im Sinne traditioneller DDR-Modelle wird Reintegration oftmals als individueller und ein auf Sicherheit fokussierter Prozess aufgefasst (vgl. Giustozzi 2012: 17). Entsprechend dem Ziel der gesellschaftlichen Norm sollen die ‚Unnormalen' (ehemaligen Kombattant*innen) formiert und so erfolgreich in das zivile Leben eingegliedert werden (vgl. Zambrano Quintero 2018: 46ff). Ein relevanter Aspekt liegt dabei auf dem Bruch der organisatorischen Strukturen und der Auflösung des gesamten Kollektivs, sprich dem Prozess der Demobilisierung.

Der Ansatz der kollektiven Reinkorporation geht weit über das traditionelle Konzept von DDR-Modellen hinaus, bzw. setzt er sich sogar stellenweise davon ab. Die

Konditionen des Ansatzes sind eng mit dem im Friedensvertrag deklarierten Punkten verknüpft, wodurch unter anderem auch den Ursachen bzw. negativen Folgen des Konflikts wie bspw. dem Problem der ungleichen Landverteilung, der staatlichen Abstinenz im ländlichen Raum und dem Anbau bzw. Handel von Koka entgegengewirkt werden soll. Den Opfern des Konflikts werden dabei weitreichende Entschädigungen zugesprochen, was den Versöhnungs- und somit auch den Reinkorporationsprozess stärken soll. Der Ansatz versteht sich dementsprechend auch im Sinne eines neuen Entwicklungs-Paradigmas, insbesondere in Bezug auf die ländlichen, vom Konflikt am stärksten betroffenen Regionen. So heißt es im Friedensvertag: „[...] it is an essential goal of national reconciliation to construct a new territorial-based welfare and development paradigm to the benefit of broad sectors of the population that have hitherto been the victims of exclusion and despair" (Final Agreement 2016: 3).

Der Reinkorporationsansatz wird im Friedensabkommen folgendermaßen definiert:

> The reincorporation into civilian life shall be a comprehensive, sustainable process of an exceptional and transitory nature which takes into account the interests of the community of the FARC-EP, its members and their families, aimed at strengthening the social fabric across the country's territories as well as coexistence and reconciliation among the inhabitants; furthermore, it is aimed at developing and deploying socially productive activities and local democracy. The reincorporation of the FARC-EP is based on the recognition of individual freedoms and free exercise of the individual rights of all those who are currently members of the FARC-EP and in the process of reincorporation.
>
> (Final Agreement 2016: 69)

Zurückzuführen ist der kollektive Ansatz auf die Forderung der FARC. Festzustellen bleibt jedoch, dass sich die Konfliktparteien im Rahmen der 4-jährigen Verhandlungen erst relativ spät, sprich ab August 2016, mit der Konzeption dieses neuen DDR-Modells befassten (vgl. Segura & Stein 2019: 4). Zu diesem Zeitpunkt war der gesellschaftliche Druck in Bezug auf den Abschluss der Verhandlungen bereits relativ hoch (vgl. ebd.).

Aus dem DDR-Konzept zugrunde liegenden Verständnis von Frieden lässt sich deuten, dass das endgültige Ende des Konflikts und die Entstehung von nachhaltigem Frieden nicht allein durch die Unterzeichnung eine Vertragstextes erwirkt werden könne, sondern es in erster Linie auf die darauffolgende Umsetzung der im Vertrag festgeschriebenen Vorhaben unter Berücksichtigung der Diversität der unterschiedlichen Regionen ankomme. So stellt die Unterzeichnung des

Abkommens zwar eine wesentliche Voraussetzung dar, jedoch müsse Frieden in Folge aktiv, kontinuierlich und in aller Form sowie in allen Regionen des Landes gelebt und gefördert werden. Dies bezieht sich sowohl auf die individuelle Ebene im Sinne der persönlichen Vergangenheitsbewältigung in Bezug auf das erlebte Leid während des Bürgerkriegs, auf zwischenmenschlicher Ebene, auf soziopolitischer Ebene gemäß der verschiedenen kulturellen, ethnischen, religiösen und politischen Gesellschaftsgruppen, als auch auf politischer und institutioneller Ebene zur tatsächlichen Umsetzung des geplanten Vorhabens und zum Wiederaufbau des individuellen und kollektiven Vertrauens in staatliche Funktionen (vgl. Seils 2017: 55f).

Ferner impliziert das DDR-Konzept, dass für die Entstehung von Frieden vor allem eine weitreichende Übergangsjustiz bzw. Transitional Justice Maßnahmen von zentraler Bedeutung sind, und ergo damit verbunden auch die Aufklärung der Verantwortlichkeiten für das Kriegsgeschehen in Verbindung mit geminderten Sanktionen bzw. ggf. Begnadigungen für all jene, die diesen Aufklärungsprozess offen und bereitwillig unterstützen, als auch die aktive Teilnahme an Wiedergutmachungsaktivitäten der beteiligten Kriegsakteure als Beitrag zum gesellschaftlichen Versöhnungsprozess.

Die Distanzierung zum traditionellen, noch unter Uribe eingeführten Reintegrations-ansatz, spiegelt sich auch auf semantischer Ebene wider. So wurde die FARC nicht entwaffnet, sondern sie hörte auf, ihre bisherigen Waffen zu benutzen (vgl. Zambrano Quintero 2018: 46f). Sie wurde auch nicht demobilisiert, denn die kollektiven Organisationsstrukturen sollen weiter bestehen bleiben. Laut einem von Segura und Stein durchgeführten Interview mit einem FARC Mitglied heißt es dazu: „[...] we are not engaging in demobilization; on the contrary, we are aiming to mobilize society with us“ (vgl. Segura & Stein 2018: 10). Auch sei es nicht das Ziel, die FARC im Sinne traditioneller Reintegrationskonzepte wieder in das zivile Leben einzugliedern. Vielmehr reinkorporiert sie sich auf legalem Weg in Form ihrer bisherigen Gesamtorganisation in das bestehende politische System (vgl. ebd.). Basierend auf diesem Verständnis wurde die FARC vom Staat folglich weder besiegt, noch auf klassische Weise demobilisiert, sondern sie versteht sich als Teil einer politischen Mobilisierung (vgl. Palma García & Villegas Buitrago 2018: 248).

Die Ideologie der FARC sollte mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags somit weder degradiert noch ausgelöscht werden, denn im Prinzip kämpfen die ehemalige Kombattant*innen weiter, nun jedoch ausschließlich mit friedlichen Mitteln im Rahmen des bestehenden politischen Systems – so die Idee (vgl. Carranza-Franco 2019: 12). Damit fällt die von Humphreys und Weinstein eingangs erwähnte Problematik in Bezug auf den Bruch der Gruppenzugehörigkeit innerhalb von DDR-Prozessen in diesem Fall auch grundsätzlich weg (vgl. Humphreys & Weinstein 2007: 533ff).

Zu Beginn der Reinkorporationsmaßnahmen wurde eine umfassende Umfrage unter den ehemaligen Kombattant*innen durchgeführt. Insgesamt wurden dabei Daten von 10.015 Personen in Bezug auf Alter, Bildungsstand, individuelle Interessen, dem psychologischen und physischen Gesundheitszustand, ethnischer Zugehörigkeit und Herkunft erhoben. Dabei ergab sich folgender Einblick: 77% der ehemaligen Kombattant*innen sind Männer, 23% sind Frauen; knapp 26% sind zwischen 12 und 26 Jahren; 54% der 18 bis 59-Jährigen haben Kinder; 54% haben zumindest eine Volksschule besucht; 77% sind ländlicher Herkunft und rund 30% identifizieren sich einer ethnischen Minderheitsgruppe zugehörig. (vgl. CONPES 2018: 41ff)

Der Reinkorporationsansatz selbst orientiert sich an den folgenden vier Leitlinien: Stärkung der sozialen Strukturen in den Territorien, Versöhnung zwischen den ehemaligen Kombattant*innen und den lokalen Gemeinden, Entwicklung produktiver Tätigkeit sowie Förderung der lokalen Demokratie (vgl. Government of Colombia 2016: 18).

Im Rahmen der Umsetzung bis 2026 umfasst der Prozess insgesamt sieben Komponenten bestehend aus: 1) Bildung, 2) nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, 3) Unterkunft, 4) psychosoziales Wohlbefinden, 5) Gesundheit, 6) Gemeinschaft und 7) Familie (vgl. ARN o.D., online, Zugriffsdatum: 22.4.2020). Der Prozess besteht aus zwei Phasen, der verpflichtenden Anfangsphase mit einer Dauer von 24 Monaten und einer darauffolgenden freiwilligen und zeitlich unbegrenzten Phase (vgl. ebd.). Die Unterkunft als auch die Versorgungsleistungen werden für die Ex-Kombattant*innen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Es spricht vor allem für den Ansatz, dass im gesamten Verlauf die individuellen Interessen und Bedürfnisse der Ex-Kombattant*innen besonders berücksichtigt werden. Dabei können sie den in den

ETCRs kostenlos angebotenen Kultur-, Sport- und Kunstangeboten nachgehen oder sich auf die jeweiligen Bildungsprogramme fokussieren. Damit wird ihnen ein relativ großer Wahl- und Gestaltungsspielraum in Bezug auf den weiteren Verlauf ihrer individuellen bzw. ggf. auch kollektiv angestrebten Lebenskonzepte eingeräumt.

Wie im offiziellen Grundsatzpapier dargelegt, basiert der kollektive Ansatz auf dem Konzept der menschlichen Entwicklung nach Amartya Sen (vgl. Sen 1995). Dabei wird betont, dass die individuellen Fähigkeiten zwar vor allem mit den jeweiligen Wahl- und Freiheitsmöglichkeiten verknüpft sind, diese jedoch nicht nur im Individuum angesiedelt sind, sondern auch eng mit dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umfeld verbunden sind. Dies greift die Argumentation von Carranza-Franco auf, in der es heißt, dass die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontexte im Rahmen von Reintegrationsmaßnahmen meist eine wesentlichere Rolle spielen als die individuellen Überzeugungen, Interessen oder auch die eigene Persönlichkeit (vgl. Carranza-Franco 2019: 7). Die Ex-Kombattant*innen sind dementsprechend auch nicht als passive Leistungsempfänger*innen zu verstehen, und der Ansatz richtet sich insofern auch nicht allein an sie selbst, sondern auch an deren Familien, die Opfer des Konflikts als auch an die im Umfeld des Wiedereingliederungsprozesses präsenten Gemeindemitglieder.

So impliziert der Ansatz, dass, wenn jede*r Einzelne*r im Hinblick auf die eigenen Potentiale gestärkt wird, er bzw. sie auch einen aktiven Beitrag zum Friedensaufbau leisten kann und ´Friedensbedrohungen` gleichzeitig in einem sich gegenseitig unterstützenden Kollektiv abgefedert werden können. Der Begriff des Kollektivs bezieht sich dabei zum einen auf die FARC, als auch auf die soziale Konstruktion im Sinne einer gemeinsamen Identität und Zusammengehörigkeit der Gesellschaft, innerhalb der geteilte Werte, Erfahrungen und Interessen auf die Erreichung eines gemeinsamen Ziels – in diesem Fall dem Frieden – ausgerichtet sind und zu dem jede*r Einzelne durch das persönliche Handeln beitragen soll.

Ein explizites Querschnittsprinzip liegt auf dem Gender Mainstreaming Ansatz.[11] Dies impliziert die Anerkennung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern sowie die kontinuierliche Förderung der Rechte von Frauen in allen Phasen der Umsetzung. Wie Flisi argumentiert, mangelte es im Rahmen bisheriger DDR-Programme vor allem auch an der Förderung gewaltfreier Männlichkeitsideale (vgl. Flisi 2016). Um Frauen effektiven Zugang zu den implementierten Maßnahmen zu gewähren, sollen bspw. auch Strategien zur Entlastung im Betreuungsbereich entwickelt werden.

Besonders hervor sticht der Ansatz auch in Bezug auf Diversität und Differenziertheit. So sollen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, über 60-Jährigen, Kindern, sowie von Mitgliedern der LGBTI Community besonders berücksichtigt werden. Wie auch Schöb argumentiert, stellt dies einen besonders wesentlichen Faktor für das Gelingen des Reinkorporationsprozesses dar, da die Zusammensetzung der Guerillastrukturen im Laufe der Zeit immer heterogener wurden (vgl. Schöb 2016: 156).

Eine wesentliche Besonderheit bezieht sich wie oben genannt auch auf die Involvierung der Familien der Ex-Kombattant*innen, welche naheliegender Weise den ersten und wohl auch wichtigsten sozialen Bezugspunkt für viele von ihnen darstellt. Wie Carranza-Franco argumentiert, ist es jedoch auch wichtig anzuerkennen, dass „families are not immune to the implications of the wider social and political context, to the extent that they could also be a causal factor for involvement in the armed groups or in criminality“ (Carranza-Franco 2019: 115).

Hinzu kommt, dass durch die lange Abwesenheit der ehemaligen Kombattant*innen es vorkommt, dass viele keine Familie mehr haben, mit der sie sich wieder vereinen können, da bspw. der bzw. die Partner*in sich in der Zwischenzeit bereits ein neues Leben aufgebaut hat (vgl. Palma García & Villegas Buitrago 2018: 251).

[11] Innerhalb der FARC spielten Frauen zunehmend eine bedeutende Rolle. Seit den frühen 1990er Jahre wurden sie aktiv rekrutiert. Im Jahr 2002 betrug der Anteil weiblicher Kombattantinnen zwischen 40% und 45% der damals rund 18.000 Mitglieder. Im Gegensatz zu den bis heute in den meisten Teilen Lateinamerikas kulturell geprägten Überlegenheitsstrukturen von Männern (auch bekannt als *´machismo`*), herrschte innerhalb der Guerillagruppe überwiegende Geschlechtergleichstellung. Frauen nahmen dementsprechend die gleichen Rollen ein wie Männer, bspw. als Wachpersonal, Feldkommandantin, im Bereich der Informationssammlung oder im aktiven Kampf. (vgl. Gonzalez-Perez 2006: 322)

Die ETCRs gewähren ihnen eine Unterkunft in der die FARC Mitglieder mit ihren ehemaligen ´Mitkombattant*innen` als auch mit ihren Familien leben können. Diese Zonen sollen sicherheitstechnisch überwacht werden, um die Ex-Kombattant*innen und ihre Familien vor potentiellen Angriffen zu schützen. Dort wird nun auch nach den langen Erschwernissen des Konflikts das Menschenrecht zur Gründung einer eigenen Familie ermöglicht. Demografische Statistiken zeigen, dass es in Kolumbien nach Abschluss des Friedensvertrags tatsächlich zu einem gewissen FARC-Babyboom kam (vgl. Süddeutsche Zeitung 25.7.2017, online, Zugriffsdatum: 11.4.2020). Bedenkt man das strikte Militärreglement zur Empfängnisverhütung und die Kontrolle sexueller Verhältnisse während des Bürgerkriegs, um Nachwuchs innerhalb der FARC zu verhindern, liegt es nahe, dass sich viele nun den vielleicht schon lang unterdrückten Kinderwunsch erfüllen möchten. Diese neue Generation steht nun gewissermaßen auch symbolisch als Zeichen der Hoffnung – einer Generation, der es nun endlich ermöglicht werden soll, in einem friedlichen Land aufzuwachsen.

Darüber hinaus liegt – basierend auf dem verfassungsrechtlichen Urteil T-485 von 2015 zum Schutz ethnischer und kultureller Vielfalt – ein differenzierter Ansatz in Bezug auf indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften vor. So enthält auch der Friedensvertrag ein eigenes ´ethnisches Kapitel`. Darin heißt es:

> That the National Government and the FARC-EP recognise that the ethnic peoples have contributed to the building of a sustainable and lasting peace, to progress, to the economic and social development of the country, and that they have suffered historical conditions of injustice, resulting from colonialism, slavery and exclusion and from having been dispossessed of their land, territories and resources; that they have also been seriously affected by the internal armed conflict and the maximum guarantees need to be fomented for the full exercise of their human and collective rights in the framework of their own aspirations, interests and world views.
>
> (Final Agreement 2016: 217)

Dies stellt insofern eine Besonderheit dar, da indigene Gruppen und deren Forderungen noch nie explizit in einem Friedensvertrag erwähnt wurden bzw. in die Erarbeitung eines solchen Abkommens, wenn auch erst im letzten Jahr der Verhandlungen, inkludiert wurden. Festzuhalten bleibt bereits an dieser Stelle, dass ein Großteil der rekrutierten Guerilla-Kämpfer*innen ursprünglich indigenen Gruppen angehörte und diese Gruppen in besonders hohem Ausmaß von den Auswirkungen des Konflikts betroffen waren. (vgl. Góngora-Mera 2019: 946)

Ein weiterer Fokus liegt darauf, dass die Zivilbevölkerung beim Reinkorporationsprozess fortlaufend miteingebunden werden soll und die vom Konflikt am stärksten betroffenen Regionen von den Wiedereingliederungsprozessen profitieren sollen. Im Grunde genommen soll Frieden somit als Gemeinschaftsprojekt, basierend auf einer gemeinsamen Vision des Friedens, durch die nachhaltige Stärkung von Potentialen sowie durch die Konstruktion einer neuen gesellschaftlichen Normalität verwirklicht werden. Damit dies gelingt, sollen gleichberechtigte und partizipatorische Räume geschaffen werden, in denen der Versöhnungs- und der Reinkorporationsprozess sowie eine sozioökonomische Entwicklung der ländlichen Gebiete stattfinden kann. Auf diese Weise soll in den vom Konflikt am stärksten betroffenen Regionen das Risiko eines Gewaltrückfalls auf das größtmögliche Minimum reduziert werden.

Bedenkt man, dass Kombattant*innen tendenziell aus den ärmsten Gruppen der Gesellschaft stammen (vgl. Carranza-Franco 2019: 133), liegt es nahe, dass wirtschaftliche Armutsverhältnisse einen wesentlichen Teilaspekt für den ursprünglichen Grund der Beteiligung in der Guerillaorganisation darstellen. Zwingt man diese in ihren früheren Kontext zurück, oder anlehnend an Giustozzi Formulierung, „reintegration [back] into poverty" (Giustozzi 2012: 13), so ist das Risiko dementsprechend relativ groß, dass sie sich möglicherweise erneut illegalen Gruppen anschließen. Dass dies beim kollektiven Ansatz durch den damit verknüpften territorialen Entwicklungsansatz nicht der Fall ist, spricht zweifellos für die Nachhaltigkeit des Ansatzes. Ähnlich heißt es auch laut Carranza-Franco: „It is also about the reincorporation of territories into development, into wealth, into the nation" (Carranza-Franco 2019: 79).

Anlehnend an Giustozzi's Einteilung verschiedener DDR Schulen ist der kollektive Ansatz folglich vor allem auf gemeindebasierte Entwicklung als Voraussetzung zur erfolgreichen Wiedereingliederung der ehemaligen Kombattant*innen ausgerichtet. Diesbezüglich heißt es:

> The developmental [DDR] school support fielding a comprehensive development package which benefits the whole society, as opposed to the neoliberal typical preference for extensive benefits and reintegration assistance.
>
> (Giustozzi 2012: 14)

Eine wichtige Rolle in Bezug auf die regionale Entwicklungskomponente spielen dabei die auf 15 Jahre ausgelegten PDET Pläne (*Programas de Desarrollo con*

Enfoque Territorial) für ländliche Entwicklung mit territorialem Schwerpunkt. Diese sollen ermöglichen, dass „the inhabitants of the areas worst affected by conflict are able to participate in the design of development plans for peace-building at local levels“ (Góngora-Mera 2019: 940). Die in 16 Regionen und 170 Gemeinden eingeteilten PDETs gelten somit als partizipatorische Planungsinstrumente für regionale Entwicklungs- und Versöhnungsprogramme, um einen strukturellen Wandel in den vom Konflikt am stärksten betroffenen ländlichen Gebieten zu fördern (vgl. Segura & Stein 2019: 10). Ziel dabei ist es, die ländliche Armut um 50% zu verringern. Statt Entwicklung wie bisher zentralreglementiert aus den Großstädten zu planen, soll durch die PDETs ermöglicht werden, dass Regionalentwicklung basisdemokratisch von unten organisiert wird.

Insbesondere in Bezug auf die *bottom up* Ausrichtung zum Aufbau von Frieden und Entwicklung distanziert sich der aktuelle Ansatz somit von vorherigen DDR-Programmen in Kolumbien, da diese bisher eher einem *top down* Ansatz zum Aufbau von Friedensstrukturen entsprachen (vgl. Acosta-Navas & Reyes 2018: 126).

5.1.2. Politische, soziale und wirtschaftliche Reinkorporation

Der kollektive Ansatz gliedert sich auf konzeptueller Ebene in die Bereiche der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reinkorporation, welche in diesem Kapitel genauer betrachtet werden sollen.

Insbesondere die politische Komponente kann als eine wesentliche Stärke und Besonderheit des Ansatzes erachtet werden, da sich die FARC dementsprechend nun in Form ihrer bisherigen Struktur auf demokratischem Weg für ihre politischen Überzeugungen einsetzen kann. Als wohl wichtigster Bestandteil gilt hierbei die Transformation der Guerillabewegung in eine politische Partei. Diese wurde am 1. September 2017 offiziell gegründet (vgl. Zambrano Quintero 2018: 46). Hierbei werden der FARC-Partei unabhängig vom Wahlergebnis für die kommenden zwei Legislaturperioden jeweils fünf Sitze im Senat und in der Abgeordnetenkammer zugesagt (vgl. Carranza-Franco 2019: 151). Parteivorsitzender ist der ehemalige Guerilla-Anführer Rodrigo Londoño alias Timoschenko. Beim Akronym FARC blieb es, jedoch steht dieses nun nicht mehr für bewaffnete Streitkräfte, sondern für Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes (*Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común*). In Anlehnung an ihre sozialistische Ideologie wählten sie als Parteisymbol

eine rote Rose (vgl. Gehring & Gehrmann 2017). Laut der offiziellen Website der FARC spricht sich die Partei für soziale Gerechtigkeit, echte Demokratie, der Verwirklichung der Menschenrechte und einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen aus (vgl. FARC, o.D., online, Zugriffsdatum: 14.4.2020). Ihr offizielles Ziel ist es, eine national und international anerkannte Sozialpartei zu werden, die es ermöglicht, dass sich wirtschaftliche, soziale und kulturelle Potentiale innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft entfalten können, um so das Armutsniveau, den ungleichen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie die Entwicklungsdiskrepanz zwischen Stadt und Land zu überwinden (vgl. ebd.).

Bei den Präsidentschaftswahlen 2018 schaffte es die FARC allerdings gerade mal auf 0,33% der Stimmen (vgl. Flores & Vargas 2018: 584). Nicht nur lässt sich dies auf das anzunehmend schlechte Image der FARC aufgrund ihrer gewaltvollen Vergangenheit zurückführen, sondern auch strukturelle Schwierigkeiten scheinen das Vorankommen der Partei zu limitieren, denn sie erhielten bspw. das von der Regierung versprochene Geld für den Wahlkampf erst vier Tage vor dem Wahltag (vgl. Carranza-Franco 2019: 152). Hinzu kommt, dass die Situation einiger Parteimitglieder, insbesondere in Bezug auf juristische Prozesse und laufende Auslieferungsversuche der USA, nach wie vor ungewiss ist (vgl. ebd.: 153).

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass die Gründung einer politischen Partei im Rahmen von DDR-Programmen zwar eine Besonderheit darstellt, jedoch wurden auch in anderen Post-Konflikt-Kontexten politische Parteien gegründet, wie bspw. die paramilitärische IRA (Irish Republican Army bzw. Sinn Féin Partei) in Nordirland oder die Hisbollah Partei im Libanon (vgl. Zambrano Quintero 2018: 50).

Im Hinblick auf die Ergebnisse der Interviews lässt sich an dieser Stelle als erster Punkt festhalten, dass laut Aussage der befragten Expert*innen eine Besonderheit darin liegt, dass es bei bisherigen, meist durch das Militär intervenierten DDR-Programmen, vorgesehen war, dass die ehemaligen Kombattant*innen bestimmte Informationen über noch verbleibende Guerilla Strukturen zur Ergreifung der weiterhin agierenden Anführer*innen und Mitglieder als auch zu Geldvorräten und geplanten Guerilla-Aktionen offenlegen mussten. Das zwingt sie im Grunde

genommen dazu, die (ehemals) eigene Bewegung zu verraten. Beim aktuellen Ansatz hingegen ist dies nicht vorgesehen. (Interview E5, 6. Mai 2020)[12]

Laut der Expert*innen stellt es ferner eine wesentliche Stärke dar, dass sie durch den fortführenden Bestand ihrer kollektiven bzw. politischen Strukturen einen effektiveren Druck ausüben können, um so Problemlösungen offiziell einzufordern, anstatt hierfür erneut in den bewaffneten Kampf ziehen zu müssen:

> Es ist eine Stärke, dass sie gemeinsam mehr Druck ausüben können, mehr Druck auf den kolumbianischen Staat und auf die internationale Zusammenarbeit. [...] In jedem ETCR sind mehr als 100-150 Ex-Kombattanten plus 300 Familienangehörige [...], es gibt einige Probleme die eine Lösung erfordern. Als Kollektiv können sie dabei mehr Druck ausüben, als wenn sie individuell sind.
>
> (Interview E4, 28. April 2020) [13]

Wie auch Mitton betont, geht es bei politischer Wiedereingliederung allerdings nicht ausschließlich nur um die Transformation in eine Partei, sondern vor allem auch um die Beteiligung der ´Demobilisierten` in zivilgesellschaftlichen Organisationen und den öffentlichen Dialog (vgl. Mitton in Carranza-Franco 2019: 147). Global betrachtet verfügen nur wenige Post-Konflikt-Länder über ein bereits so lang bestehendes demokratisches Wahlrechtssystem wie Kolumbien, jedoch ist diese aufgrund von jahrzehntelanger Gewalt, der Marginalisierung verschiedener Bevölkerungsgruppen und durch bestehendes Misstrauen in staatliche Strukturen geschwächt (vgl. Flores & Vargas 585). Friedensaufbau ist daher grundsätzlich auch eng an Demokratieaufbau geknüpft (vgl. ebd.), wofür es ein breites politisches Engagement auf gesellschaftlicher Ebene braucht. So heißt es auch in der öffentlichen Darlegung des Friedensvertrags:

> Building peace requires taking advantage of a democratic opportunity to strengthen pluralism and, as such, the representation of the different visions and interests of society, in order to promote and strengthen citizen participation in matters of public interest, and to outlaw violence as a method of political action.
>
> (Summary of Colombia's Agreement 2016: 19)

---

[12] Im weiteren Verlauf werden die angeführten Interviewpassagen der Expert*innen (abgekürzt mit E) gemäß der Anzahl der Interviewpartner*innen (insgesamt 8) nummeriert und mit dem Zusatz Interview und der jeweiligen Nummerierung (E1 bis E8) vermerkt. Eine Liste der Interviews befindet sich im Anhang (8.2).

[13] Mit Ausnahme von einem (Interview E3, dieses wurde auf Deutsch durchgeführt) wurden alle folgenden direkten und indirekten Zitate der Expert*innen von der Autorin vom Spanischen ins Deutsche übersetzt.

Die Komponente der sozialen Reinkorporation bezieht sich auf die Rekonstruktion der sozialen Strukturen zur Wiedereingliederung der FARC in die Territorien basierend auf einer friedlichen Koexistenz und der Versöhnung zwischen der FARC und der Bevölkerung. Reconciliation wird im kollektiven Ansatz als multipler, dynamischer und freiwilliger Prozess aufgefasst, der ebenfalls von unten nach oben stattfindet und der sich auf zwischenmenschlicher, sozialer als auch politischer Ebene entwickelt. Dabei wurde festgelegt, dass die ehemaligen Kombattant*innen einen Beitrag zur Wiedergutmachung leisten müssen. Diese Aktivitäten beziehen sich bspw. auf den Wiederaufbau beschädigter Infrastruktureinrichtungen, der Beseitigung von Landminen oder der Unterstützung beim Aufbau zu Alternativen für illegale Koka-Felder (vgl. Gamboa Tapias & Díaz Pábon 2018: 72). Die Wiederherstellung der sozialen Strukturen ist auch unmittelbar verbunden mit den festgelegten Rechten der Opfer. Dabei sollen bspw. jene, die während des Konflikts von ihrem Zuhause vertrieben wurden oder deren Grundstücke illegal enteignet wurden, ausreichend entschädigt werden, und es soll eine Rückverteilung an die ursprünglichen Besitzer*innen erfolgen.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Reinkorporation geht es – zurückgehend auf die Ideologie der FARC – um die Schaffung eines auf sozialen und solidarischen Werten basierenden Wirtschaftsmodells. Dafür erhält jede*r ehemalige Kombattant*in eine einmalige Unterstützungszahlung von umgerechnet 2.200 Euro zur Errichtung eines sogenannten Produktionsprojektes (vgl. Segura & Stein 2018: 7). Sie können dabei selbst entscheiden, ob sie sich einem individuellen oder kollektiven Produktions-projekt oder aber auch einer sonstigen beruflichen Tätigkeit widmen möchten. Bei der anfänglichen Befragung bekundeten ganze 95,7% ihr Interesse bzgl. der Schaffung eines solchen Produktionsprojektes (vgl. Martínez & Lefebvre 2019: 11). Zusätzlich zur Errichtung von Einkommensquellen soll dabei durch die aktive Einbindung der lokalen Gemeinden auch ein Beitrag zur Stärkung der sozialen Strukturen und dem Vergebungsprozess geleistet werden. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass jede*r ehemalige Kombattant*in für maximal zwei Jahre eine monatliche Zahlung von umgerechnet rund 180 Euro erhält, was 90% des nationalen Mindesteinkommens entspricht.

Mit der Argumentation, dass der Zeitraum von benötigten Unterstützungszahlungen von Person zu Person unterschiedlich ausfiele, wurden bei vorherigen Programmen die finanziellen Unterstützungsleistungen teilweise nicht mehr zeitlich limitiert (vgl. Derks et al. 2011: 30f). Dies führte laut Derks jedoch zu einer Art demotivierendem Abhängigkeitsverhältnis, da ehemalige Kombattant*innen damit im Grunde genommen nicht mehr gezwungen waren, sich möglichst schnell eine berufliche Beschäftigung zu suchen (vgl. ebd.). Beim aktuellen Ansatz hingegen entfällt die Zahlung sobald ein eigenständiges Einkommen erwirtschaftet wird. Gleichzeitig ist jedoch auch anzunehmen, dass die ehemaligen Kombattant*innen langfristig ohnehin nicht von den finanziellen Unterstützungsleistungen des Staates abhängig sein wollen. So argumentiert die FARC selbst, „that the individual reintegration process is based on an interventionist [...] model that would make the ex-combatants dependent on the state, while the collective route is a sustainable economic model" (Segura & Stein 2018: 9).

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass es sich um einen umfassenden, partizipatorischen, gemeindebasierten, transparenten und ein auf die Stärkung menschlicher Potentiale und territoriale Entwicklungsprozesse ausgerichteten Ansatz handelt. Dem DDR-Konzept zugrundeliegenden Verständnis von Entwicklung kann insofern festgehalten werden, dass nachhaltige Entwicklung als ein gesamtgesellschaftlicher Prozess aufgefasst wird, der insbesondere auch auf die Verwirklichung der individuellen Freiheits- und Verwirklichungschancen entsprechend der regionalen Besonderheiten abzielt. Zudem ist der kollektive DDR-Ansatz durch die Inklusion der lokalen Gemeinden und der Entschädigung der Opfer sehr stark auf Reconciliation ausgerichtet.

Die wohl größte Besonderheit des Ansatzes liegt darin, dass die FARC im Sinne ihrer bisherigen kollektiven Struktur weiter bestehen kann, und dass ihnen damit nun die Chance eingeräumt wird, die Forderungen ihrer politischen Überzeugungen auf friedlichem Weg umzusetzen. Vor allem aber auch in Bezug auf die Differenziertheit gemäß der verschiedenen sozialen Gruppen erscheint der Ansatz nachhaltig konzipiert, da ferner auch davon auszugehen ist, dass die lokalen Gemeinden, in denen die Wiedereingliederungsprozesse stattfinden, keiner kulturellen und sozialen Heterogenität entsprechen.

Abschließend für dieses Kapitel sei jedoch einzubringen, dass sich das Grundsatzpapier des kollektiven Ansatzes primär auf abstrakte und relativ allgemein gehaltene Friedens- und Entwicklungsaspekte bezieht, während vor allem auch die Frage, mit welchen spezifischen Maßnahmen und lokalen Initiativen dieser in der Praxis umgesetzt werden soll, weitestgehend unbeantwortet bleibt. Dies kann jedoch möglicherweise den lokalen Akteur*innen auch einen größeren Spielraum bei der Gestaltung der Umsetzung bzw. der spezifischen Aktivitäten einräumen.

Das folgende Kapitel widmet sich nun einer genaueren Darstellung des institutionellen Rahmens zur Umsetzung des Reinkorporationsprozesses in der Praxis.

5.1.3. Institutioneller Rahmen

Seit 2011 werden die Wiedereingliederungsprogramme von der ACR (*Agencia Colombiana para la Reintegración*, dt.: Kolumbianische Agentur für Reintegration) bzw. der heutigen ARN betreut. Mit dem Friedensabkommen und der damit einhergehenden Anpassung der institutionellen Funktion durch die Erschaffung des kollektiven Ansatzes wurde die ACR umfassend umstrukturiert, und demzufolge von der ACR zur ARN umbenannt (vgl. Palma García & Villegas Buitrago 2018: 259). Der Nationalrat für Reinkorporation (CNR) ist für die Vereinbarung, Festlegung und Überwachung des Reinkorporationsprozesses als auch für die direkte Implementierung verschiedener Aktivitäten zur Reconciliation und für pädagogische Friedensprogramme zuständig. Der CNR besteht aus zwei Mitgliedern der Regierung, darunter der Generaldirektor der ARN, sowie zwei Mitgliedern der FARC-Partei (vgl. Final Agreement 2016: 73f). Die Finanzierung des CNR verläuft nicht über den Staat sondern über nationale und internationale Fördergeber, was jedoch die Handlungsfähigkeit der lokalen Akteure aufgrund von interessensgeleiteten Agenden internationaler bzw. westlicher Fördergeber und deren hegemonialen Friedensnormen beeinflussen kann und somit die tatsächlichen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung möglicherweise in den Hintergrund gestellt werden (vgl. Acosta-Navas & Reyes 2018: 129).

Die Sonderjustiz für den Frieden (*Jurisdicción Especial para la Paz*, kurz JEP) ist dafür zuständig, die unter Santos rund 7.000 angekündigten Amnestien für die ehemaligen Kombattant*innen zu gewähren. Dabei handelt es sich allerdings

ausschließlich um jene, die keine schweren Menschenrechtsverletzungen begangen haben (vgl. Gehring & Gehrmann 2017). Speziell für die kollektiven Produktionsprojekte wurde die unter der Verantwortung der FARC laufende ECOMÚN Kooperative (*Economías Sociales del Común*, dt.: Soziale Gemeinschaftsökonomien*)* initiiert. Außerdem wurde eine spezielle Sucheinheit gegründet, um den Verbleib jener Personen zu klären, die während des Konflikts verschwunden sind (vgl. ebd.). Zusätzlich sollen durch die Wahrheitskommission (*Comisión para el Esclarecimiento de la Verdad, la Convivencia y la No repetición,* dt.: Kommission zur Wahrheitsaufklärung, Koexistenz und Nicht-Wiederholung) die Hintergründe, Verantwortlichkeiten und die Komplexität des Konflikts aufgeklärt werden (vgl. Gamboa Tapias & Díaz Pábon 2018: 70). Dabei fungieren auf lokaler Ebene spezielle Sprecher in den ETCRs als Bindeglied zwischen den ehemaligen Kombattant*innen und der Wahrheitskommission, um so die tatsächlichen Geschehnisse des Konflikts zu ermitteln. Ferner wurde eine spezielle UN-Verifizierungsmission eingerichtet, die zur Überwachung der Umsetzung des Friedensabkommens sowie des Reinkorporationsprozesses zuständig ist.

5.2. Umsetzung und Herausforderungen auf lokaler Ebene

Die folgenden Unterkapitel widmen sich nun der Darstellung der in den Interviews festgestellten Herausforderungen in Bezug auf die Umsetzung des Ansatzes in Guaviare. Insbesondere die bestehende Komplexität des kollektiven Ansatzes sowie der erforderliche Zeitraum den es braucht, um diesen entsprechend umzusetzen, gelten als allgemeine Herausforderungen. So heißt es, dass die von der Regierung angesetzten Zeiträume nicht mit den auf lokaler Ebene erforderlichen Zeiträumen harmonisieren (Interview E3, 7. Mai 2020). Der Vergebungsprozess brauche in den meisten Regionen länger als ursprünglich erwartet, was vor allem auf die fortwährenden Gewaltanschläge in vielen Regionen zurückzuführen ist (Interview E1, 6. Mai 2020).

Bevor nun auf die spezifischen Herausforderungen im Detail eingegangen wird, soll in einem ersten Schritt die Ausganssituation im lokalen Kontext von Guaviare erläutert werden.

5.2.1. Ausgangssituation in Guaviare

Das *Departmento del Guaviare* hat eine Größe von 52.957 km². Die Hauptstadt ist San José del Guaviare. Mit nur rund 117.494 Einwohner*innen ist die Region eine der am dünnsten besiedelten Gegenden des Landes (vgl. DANE 2018, online, Zugriffsdatum: 8.4.2020). Circa 10% der Bevölkerung in Guaviare gehören indigenen oder afrokolumbianischen Gemeinschaften an, darunter bspw. die Jiw, Sikuani, Tukano oder die Nukak (vgl. Sinic o.D., online, Zugriffsdatum: 25.2.2020).

Das Department ist unterteilt in vier Munizipien: *Calamar*, *El Retorno*, *Miraflores* und *San José del Guaviare*. Die ETCRs befinden sich wie in folgender Abbildung dargestellt mittlerweile beide in *San José del Guaviare*. Wie im späteren Verlauf noch genauer erklärt wird, befand sich eines der ETCRs zu Beginn noch in *El Retorno*. Die folgende Karte gewährt einen geographischen Überblick über die Region sowie den aktuellen Standort der beiden ETCRs in Charras und Colinas:

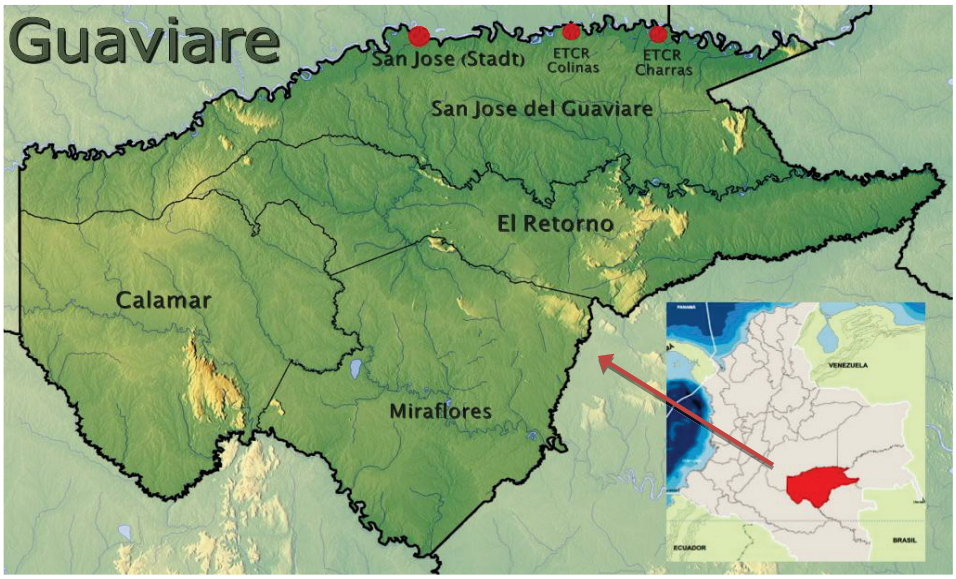


Abbildung 2: Karte von Guaviare mit ETCRs

Neben dem illegalen Anbau bzw. der Verarbeitung von Koka ist der Agrarsektor, sprich die land- und forstwirtschaftliche Produktion sowie die Fischerei, der wesentlichste Wirtschaftssektor der Region. Aufgrund der ökologischen Vielfalt durch die Amazonas Regenwaldvegetation als auch aufgrund der dortigen

Reservate indigener Gruppen stehen ganze 92% der Region unter bestimmten Schutzbestimmungen und somit unter eingeschränktem landwirtschaftlichem Nutzen (vgl. García Muñoz 2019: 5). Trotz der bestehenden Gesetze rückte Guaviare aufgrund der dort voranschreitenden Abholzung des Regenwaldes vor allem in den letzten Jahren immer wieder in das Licht der medialen Aufmerksamkeit.

Guaviare war bedingt durch die dort sehr starke Ausbreitung der FARC, dem intensiven Anbau von Koka sowie der Errichtung von Laboratorien zur Herstellung von Kokain unmittelbar stark von den Auswirkungen des Konflikts betroffen. Gleichzeitig zählt Guaviare zu den Regionen, die vom Staat in der Vergangenheit am meisten vernachlässigt wurden (vgl. Colombia Reports 27.10.2017, online, Zugriffsdatum: 8.4.2020). Als Folge der Militärintervention gegen die FARC Mitte der 2000er wurden viele Häuser und Geschäfte verlassen, was dazu führte, dass die Region bis heute nur sehr dünn besiedelt ist. Ferner fehlt es den meisten Regionen an grundlegenden Infrastruktureinrichtungen wie der Zugang zu Trinkwasser oder zum Gesundheitssystem (vgl. ebd.). Aus diesem Grund fallen auch alle vier Munizipien von Guaviare unter die Priorisierung der PDET Pläne. Die folgenden Unterkapitel zeigen nun, in welchem Maß die Reinkorporation auf lokaler Ebene bisher gelang und welche Herausforderungen bei der Umsetzung im Rahmen der empirischen Erhebung festgestellt wurden.

5.2.2. Die ETCRs: Charras und Colinas

Eines der in Guaviare zu Beginn der Reinkorporationsmaßnahmen errichteten ETCRs ist das nach einem früheren Guerilla-Kämpfer benannte *Marco Aurelio Buendía* in Charras, in dem aktuell noch rund 100 ehemalige Kombattant*innen und 80 Familienangehörige leben (Interview E4, 28. April 2020).[14] Das zweite ETCR Guaviares ist das nach einem damaligen Mitglied der UP Partei benannte *Jaime Pardo Leal* in Las Colinas, in dem aktuell noch rund 227 ehemalige Kombattant*innen und 120 Familienangehörige leben (Interview E4, 28. April 2020). Relativ typisch für die ETCRs sind bunte Wandmalereien mit Friedenssprüchen oder Portraits kommunistischer Vorbilder der FARC. Die folgende Abbildung zeigt eine

[14] Da keine aktuellen Informationen bzgl. der noch in den ETCRs verbleibenden Personen ausfindig gemacht werden konnte, wurde hierbei auf die Information eines Interviewpartners zurückgegriffen.

solche Wandmalerei, die im ETCR von Charras gemeinsam von Angehörigen indigener Gruppen, ehemaligen FARC Kombattant*innen und jungen Campesinos gezeichnet wurde. Der Schriftzug ´*Un mundo nuevo en el corazón*` bedeutet übersetzt so viel wie ´Eine neue Welt im Herzen`.

Abbildung 3: Bemalte Häuserwand im ETCR Charras (Foto: Hilfswerk International)

Zur Bestimmung der geographischen Lage der ETCRs sollten ursprünglich mehrere Kriterien berücksichtigt werden. Erstens sollten diese in abgelegenen Gebieten fernab von Städten errichtet werden, um sowohl die Sicherheit für die ehemaligen Kombattant*innen als auch die der Zivilbevölkerung gewährleisten zu können. Zweitens galt es, sie abgegrenzt von indigenen Reservaten und Nationalparks zu errichten. Und drittens sollten sie nicht mit Gegenden kollidieren, in denen Koka-Felder vorhanden sind, um so den Anreiz einer erneuten Involvierung im Bereich illegaler Drogengeschäfte zu minimieren. In der Praxis zeigte sich jedoch, dass die Berücksichtigung einiger dieser Kriterien nicht erfüllt wurde, was zum einen auf die bestehende Schwierigkeit aus einer Kombination aller Kriterien zurückzuführen ist, als auch aufgrund der Tatsache, dass freies Land eine überaus mangelnde Ressource im nationalen Kontext darstellt. Letztlich wurden die ETCRs vor allem in jenen Gebieten erschlossen, in der die FARC bereits historisch präsent war, was dies auch zu Gebieten macht, die besonders von den Auswirkungen des Konflikts betroffen waren. Für die FARC war dies wohl auch ein strategischer Zug, um ihre politische Präsenz idealerweise vor allem in jenen Gebieten zu erschließen, in denen sie zuvor aktiv waren und die vom Staat seit jeher vernachlässigt werden. (vgl.

Segura & Stein 2019: 6ff)

Da sich das ETCR in Charras innerhalb des Amazonas Naturschutzgebietes und gleichzeitig im Einzugsgebiet des indigenen Reservats der Nukak in der Region *El Retorno* befand, wurde dieses kürzlich in die Nähe des ETCRs in Colinas umgesiedelt (siehe Abbildung S. 56). Durch den ursprünglich nur temporär geplanten Erhalt der ETCRs entstehen nun zahlreiche Ungewissheiten, da einige Fragen in Bezug auf den weiteren Status, Standort und Verbleib der ETCRs ungeklärt sind. So haben die ETCRs durch Ablauf des geplanten Zeitraums von 24 Monaten seit August 2019 keinen offiziell rechtlich anerkannten Status mehr (vgl. ARN o.D., online, Zugriffsdatum: 26.4.2020). Zum aktuellen Zeitpunkt gelang es der Regierung laut einem der Experten auch nicht wie geplant die Grundstücke der ETCRs in Guaviare vollständig zu erwerben (Interview E4, 28. April 2020).

Zwar ist und bleibt die Ausrichtung des Ansatzes auf dem Weiterbestehen des Kollektivs der FARC ausgerichtet, allerdings können die ehemaligen Kombattant*innen seit offizieller Akkreditierung auf Wunsch die ETCRs verlassen, was viele auch taten. Bedingt durch die Freiwilligkeit sei hierbei laut einer Expertin allerdings einzubringen, dass wenn sie die ETCRs verlassen, es schwieriger sein kann, dem Überblick bzw. der Überwachung der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse nachzukommen (Interview E1, 6. Mai 2020). Da vor allem die wirtschaftlichen und bildungstechnischen Möglichkeiten in den ETCRs begrenzt zu sein scheinen, zogen somit bereits einige in der Hoffnung auf bessere Perspektiven in die größeren Städte des Landes (Interview E7, 12. Mai 2020). Dort durchlaufen zwar manche weiterhin ihren Reinkorporationsprozess, jedoch stellt sich dabei die Frage, inwiefern sie von dort aus noch mit dem Kollektiv in Verbindung bleiben oder ob sie die Gruppenzugehörigkeit zur FARC letztlich aufgegeben haben. Hinzu kommt, dass Schätzungen eines Experten zufolge circa 15-20% der Ex-Kombattant*innen aus Guaviare wieder in die Dissidenz gezogen sind (Interview E3, 7. Mai 2020).

Zurück in den ETCRs bleiben vor allem jene, die noch an die ursprüngliche Vision des Kollektivs innerhalb der Territorien glauben. Dabei heißt es bei den verbleibenden ehemaligen Kombattant*innen indirekt von einem Experten zitiert: „Nein, wir können uns nicht aufteilen, die Regierung muss endlich anfangen uns als

Kollektiv zu helfen“ (Interview E4, 28. April 2020). Dabei kristallisiert sich an dieser Stelle bereits eine gewisse Willensschwäche seitens der Regierung in Bezug auf die ursprüngliche Idee zum Erhalt des Kollektivs heraus. Zurück bleiben laut einem Experten allerdings auch jene, die aufgrund von finanzieller Stellung, Altersschwäche oder Krankheit keine andere Möglichkeit haben, als in den ETCRs zu bleiben (Interview E4, 28. April 2020).

Die Infrastruktureinrichtungen beider ETCRs in Guaviare sind laut Expert*innen eher mangelhaft: „Diese Häuser wurden mit einfachen Materialien gebaut, die es nicht erlauben, ein würdevolles Leben zu ermöglichen“ (Interview E4, 28. April 2020). Bestehende Probleme betreffen die Abwasserversorgung sowie den Zugang zu sauberem Trinkwasser und Elektrizität. Hätten die ETCRs von Beginn an einen dauerhaft sicheren Standort zugewiesen bekommen, so wäre es eventuell auch eher zu nachhaltigeren Investitionen im Bereich der Infrastruktur gekommen. Auch liegt es nahe, dass der unsichere Status der ETCRs eine psychische Belastung für die ehemaligen Kombattant*innen darstellt, da sie nicht wissen, wir lange sie an diesem Standort tatsächlich noch bleiben können.

5.2.3. (Re)konstruktion der sozialen Strukturen

Wie Daly argumentiert, ist „the relationship between ex-combatants and the communities in which they live [...] perhaps the most important determinant of their attitudes towards transitional justice“ (Daly in Flores & Vargas 2018: 584f). Nur wenn es gelingt, dass die Bevölkerung das bestehende Misstrauen gegenüber den ehemaligen Kombattant*innen überwindet, kann ein Vergebungsprozess und somit eine erfolgreiche Wiedereingliederung im Rahmen der Transitional Justice stattfinden.

Bei der Befragung der Expert*innen bestand relativ große Einigkeit im Hinblick auf den Vorteil des Ansatzes durch die Transparenz und die damit einhergehende Involvierung der lokalen Gemeinden. So heißt es: „Jeder in der Community weiß, worum es geht, was die Verpflichtungen der Zurückkehrenden sind [...], diese Transparenz ist auch im Sinne der Nachhaltigkeit, der Kommunikation und Akzeptanz“ (Interview E3, 7. Mai 2020). Allerdings ist der Erfolg des kollektiven Ansatzes im Vergleich zu individuellen Programmen damit auch wesentlich stärker von der Bereitschaft der Bevölkerung abhängig (Interview E5, 6. Mai 2020).

Diesbezüglich heißt es wiederum, dass sich die Gemeinden in Guaviare, in denen die Reinkorporationsprozesse stattfinden, der Bedeutung dieses Vorhabens für den Friedensaufbau in ihren Gebieten sehr wohl bewusst sind (Interview E1, 6. Mai 2020).

Eine wesentliche Schwierigkeit liegt laut Expert*innen darin, dass sich die ehemaligen Kombattant*innen aufgrund der Transparenz und Involvierung der Gemeinden zu einem gewissen Grad kontinuierlich exponieren müssen, während im Vergleich ihre Identität bei individuellen Reintegrationsansätzen weitestgehend geschützt bleibt. Dies wirkt sich zum einen auf eine höhere Sicherheitsgefährdung für die ehemaligen Kombattant*innen aus, da jeder in der Gegend darüber Bescheid weiß, wer diese Leute sind und somit potentielle Angreifer*innen ein relativ leichtes Spiel haben, vor allem wenn sich die ehemaligen Kombattant*innen außerhalb der ETCRs aufhalten. Zum anderen kann es eine hohe psychische Belastung für den bzw. die Ex-Kombattant*in sein, sich permanent den Schuldzuschreibungen, öffentlichen Entschuldigungs-Zeremonien und ggf. auch Anfeindungen aussetzen zu müssen. Viele möchten sich das langfristig nicht antun und verlassen somit die ETCRs (Interview E3, 7. Mai 2020).

Von NGOs implementierte Veranstaltungen auf lokaler Ebene mit den ehemaligen Kombattant*innen und der Zivilbevölkerung setzen auf gemeinschaftliche Themen der Region wie bspw. Umweltschutz und Nahrungssicherheit, um den gemeinsamen Dialog und somit auch den Versöhnungs- und Reinkorporationsprozess als auch die Entwicklung der Region zu stärken, was laut dem befragten FAO Experten einen erfolgversprechenden Beitrag zu liefern scheint (Interview E4, 28. April 2020). Die ehemaligen Kombattant*innen sind zwar nicht dazu verpflichtet, bei solchen Veranstaltungen oder auch bei speziellen Versöhnungs-Zeremonien teilzunehmen, jedoch kann ihnen dies für noch laufende gerichtliche Strafprozesse positiv angerechnet werden (vgl. Acosta-Navas & Reyes 2018: 126). Somit liegt es nahe, dass bei diesen auf Freiwilligkeit basierenden Events auch nur jene ehemalige Kombattant*innen teilnehmen, die dem Reinkorporationsprozess ohnehin Willens gegenüber stehen bzw. sich dadurch einen Justizvorteil einzubringen erhoffen.

Bezüglich der Intervention internationaler Friedensakteure argumentiert de Coning,

> [...] that for a peace process to become self-sustainable, resilient social institutions need to emerge from within, i.e. informed by the local culture, history and socio-economic context. International peacebuilders can assist this process, but if they interfere too much they end up undermining the self-organising processes necessary to generate and sustain resilient social institutions.
>
> (de Coning 2017: 166)

Zu Beginn standen die lokalen Gemeinden rund um die beiden ETCRs in Guaviare dem Vorhaben des Wiedereingliederungsprozesses laut den Aussagen der Expert*innen jedoch eher skeptisch gegenüber. Es herrschte Misstrauen und ein gewisses Maß an Angst (Interview E6, 16. Mai 2020).

> Zuerst wollten die bäuerlichen Gemeinschaften sie dort nicht sehen, offensichtlich weil sie sie nicht als zu reinkorporierende Menschen ansahen, die sich für den Frieden entschieden haben, sondern nach wie vor als Guerillas, als bewaffnete Menschen, die morden, bedrohen, erpressen und entführen.
>
> (Interview E5, 6. Mai 2020)

Auch bestätigte sich bei der Expert*innenbefragungen, dass die Regierung den für den Vergebungsprozess erforderlichen Zeitraum unterschätzt hatte, da die negativen Auswirkungen des Krieges in der Region nach wie vor stark präsent zu sein scheinen:

> [...] während des Krieges sorgten die bewaffneten Gruppen für Angst und Schrecken, sie zerstörten Häuser [...], dies kann nicht von einem Moment auf den anderen überwunden werden. Meiner Meinung nach ist es weiterhin notwendig, den Versöhnungsprozess zu stärken, weil es noch immer eine große Kluft zwischen den Gemeinschaften gibt.
>
> (Interview E7, 12. Mai 2020)

Bedenkt man die vielen Jahrzehnte gewaltvoller Gräueltaten an der Bevölkerung, ist zu Beginn der Friedensmaßnahmen an tatsächliche Versöhnung wohl auch noch nicht zu denken. Es liegt daher nahe, sich diesem Ziel in kleinen Etappen zu nähern, indem es den lokalen Gemeinden zunächst gelingt, dass die physische Präsenz der ehemaligen Guerillagruppe im eigenen Umfeld akzeptiert wird. Um diesen Prozess zu unterstützen werden auf lokaler Ebene von verschiedenen NGOs sowie der UN regelmäßige Reconciliation-Veranstaltungen gemeinsam mit den ehemaligen Kombattant*innen, den indigenen Gemeinschaften sowie der lokalen Bauernschaft durchgeführt. Die folgende Abbildung zeigt eine solche Veranstaltung im ETCR von Charras, bei der Indigene der Sikuani und der Nukak Geimeinschaften im Sinne der

Konfliktaufarbeitung über ihre persönlichen Erlebnisse während des Konflikts sprechen. [15]

Abbildung 4: Reconciliation-Veranstaltung im ETCR Charras (Foto: Interviewpartner E4)

Dabei soll den indigenen Gruppen die Möglichkeit gewährt werden, den erlebten Konflikt aus ihrer Perspektive darzulegen, denn die Rekrutierung einzelner Personen aus verschiedenen sozialen und kulturellen Kontexten hat naheliegender Weise viel Schmerz bei den Verbliebenen verursacht. Zudem gibt es bspw. gastronomische Veranstaltungen, bei denen die Ex-Kombattant*innen Gerichte für die Gemeinschaft zubereiten, um zu zeigen, auf welche Weise sie sich während der Guerilla-Zeit ernährt haben. Statt die Erlebnisse des Konflikts innerlich zu unterdrücken, sollen diese gemeinsam und offen aufgearbeitet werden. Ziel dabei ist es, den sozialen Zusammenhalt, das Verständnis füreinander, den Vergebungsprozess und die Anerkennung bzw. Wertschätzung der Interkulturalität zu stärken. So argumentieren auch Kapplan und Nussio, dass gesellschaftliche Partizipation ein wesentlicher

[15] Siehe auch: Misión de la verificación de la ONU en Colombia (5.2.2020): Los indígenas del Guaviare, buscan su armonicación con un territorio en paz. Online: https://colombia.unmissions.org/los-ind%C3%ADgenas-del-guaviare-buscan-su-armonizaci%C3%B3n-con-un-territorio-en-paz. [Zugriffsdatum: 2.6.2020].

Erfolgsfaktor für das Gelingen von Wiedereingliederungsprogrammen ist (vgl. Kaplan & Nussio 2015: 144f).

Laut einem Experten scheint in Bezug auf die Versöhnung vor allem die Aufklärung des Konflikts durch die Wahrheitskommission einen förderlichen Einfluss zu haben, da auf diese Weise die hauptverantwortlichen Schuldpositionen zumindest teilweise neu definiert werden und damit ans Licht kommt, für welche Taten die FARC letztendlich tatsächlich verantwortlich waren und für welche nicht (Interview E5, 6. Mai 2020). So weisen die Zahlen des nationalen Zentrum für Menschenrechtsverletzung und politische Gewalt (CINEP) darauf hin, dass für 86% der 14.483 Opfer zwischen 2009 und 2016 das Paramilitär, das staatliche Militär oder die Polizei verantwortlich war, während in diesem Zeitraum ´nur` 5% der Gewalttaten auf die FARC zurückzuführen sind (vgl. CINEP in Maher & Thomson 2018: 2153).

Gemäß der Argumentation von Acosta-Navas und Reyes kann ein solcher auf die Gemeinschaften fokussierter Ansatz allerdings auch zu Schwierigkeiten führen, da diese mit ihren bestehenden Strukturen im Endeffekt keiner ´Kontrollinstitution` zur Rechenschaft verpflichtet sind, was bedeutet, dass „[u]nhealthy power dynamics in local communities may be further entrenched if these bottom-up approaches to justice remain unchecked and unaccountable“ (Acosta-Navas & Reyes 2018: 126). Dies kann unter Umständen zu einer verstärkten Ausgrenzung einzelner Gruppen führen. Diese Problematik wurde auch von einem der befragten Experten in Bezug auf die Strukturen der sogenannten *Juntas de Acción Comunal* genannt. Diese fungieren offiziell als repräsentative Community Boards der lokalen Bauernschaft sowie der indigenen Gemeinschaften, jedoch heißt es:

> Die Organisationsstrukturen sind scheinbar autonom und repräsentieren die Stimme des Volkes, aber sie sind abgenutzt, veraltet und verzerrt, weil es dieselben Strukturen sind, durch deren Politik [...] das Volk schon früher getäuscht wurde, da sie die Macht des Militärs und der Guerillakräfte nutzen, um die Bevölkerung zu bedrohen. Sie sind Teil größerer Organisationsstrukturen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, durch Sprecher oder Vertreter, die mit solchen Institutionen interagieren.
>
> (Interview E5, 6. Mai 2020)

Durch die bestehende Transparenz des Ansatzes haben die ehemaligen Kombattant*innen die Möglichkeit, ihren Willen zur Reinkorporation offiziell zu zeigen. Das schafft relevante Grundvoraussetzungen zur Schaffung eines Dialogs, der Partizipation und der Aufarbeitung des Konflikts im Rahmen des Reconciliation

Prozesses. Laut Zuckerman Daly fühlen sich ehemalige Kombattant*innen allerdings oft nicht schuldig für die Taten bzw. Verbrechen, die sie begangen haben, da ihnen gewissermaßen ein Bewusstsein für die gängigen sozialen und moralischen Normen fehlt (vgl. Zuckerman Daly 2018: 262). In Bezug auf Guaviare hingegen heißt es:

> Die große Mehrheit der Guerilleros [...], die haben auch ihren Willen gezeigt, wirklich. Einige der Anführer der Burschen, der Ex-FARC, die sind sehr, sehr gut, sehr beliebt und ziemlich engagiert mit dem Herzen [...] auch nicht nur aus politischen Gründen, viele von ihnen engagieren sich sozial, und sie haben Familien [...], ja eine große Anzahl von den Leuten werden dort akzeptiert so langsam. Und man hat auch gesehen, dass sie ehrlich sind.
>
> (Interview E3, 7. Mai 2020)

Damit zeigt sich auch eine bestätigende Tendenz, dass – wie von Carranza-Franco argumentiert – bestehende Schwierigkeiten im Wiedereingliederungsprozess nicht unbedingt auf die mangelnde Bereitschaft der ehemaligen Kombattant*innen zurückzuführen ist (vgl. Carranza-Franco 2019: 7). Auch scheinen die Ex-Kombattant*innen in Guaviare laut einem befragten Mitarbeiter der UN grundsätzlich nicht stigmatisiert zu werden:

> Im Allgemeinen [...] werden die Reinkorporierten nicht stigmatisiert, sie können friedlich durch die städtischen Zentren gehen und ich wage zu behaupten, dass sie sich zu fast 100% ohne der Gefahr von Übergriffen bewegen können.
>
> (Interview E2, 6. Mai 2020)

Nicht zu missachten sei hierbei, dass viele der ehemaligen Kombattant*innen zum einen ursprünglich aus der Gegend stammen und somit zumindest teilweise bereits soziale Beziehungen bestehen, sowie zum anderen, dass die ehemaligen Kombattant*innen auch während der Zeit des Konflikts im Sinne sozialer Kontrolle in der Region präsent waren und sie dabei auch auf die Unterstützung der Zivilbevölkerung angewiesen waren. Dies führt laut einem Experten dazu, dass „sie nicht als Fremde, sondern als Menschen gesehen werden, die bereits früher auf die Region geschaut haben“ (Interview E4, 28. April 2020). Ferner heißt es laut Knight und Özerdem, dass vor allem aufgrund der stärkeren sozialen Netzwerke in ländlichen Gebieten im Vergleich zu Stadtgebieten die Wiedereingliederungs-programme dort meist erfolgreicher laufen (vgl. Knight & Özerdem 2004: 502f).

Außerhalb der Gegenden um die ETCRs bzw. generell auf nationaler Ebene scheint das Problem gesellschaftlicher Stigmatisierung gegenüber den Ex-Kombattant*innen hingegen sehr wohl präsent zu sein. Laut einem Interviewpartner ist es vor allem das

polarisierende Bild der Kommunikationsmedien, welche die FARC oftmals als Inbegriff des ´Bösen` projiziert: „Aufgrund der Kontrolle der Medien ist die Gesellschaft desinformiert, gespalten, verwirrt und polarisiert“ (Interview E5, 6. Mai 2020). Ferner heißt es:

> Außerhalb der ETCRs und den nahe gelegenen Städten sind sie nicht gut angesehen, ihr Image ist sehr schlecht, und da sich der Großteil der Bevölkerung in den Städten des Landes befindet, ist ihnen nicht bekannt, was in den ETCRs geschieht. Wenn du mit einem Ex-Guerillero kollaborierst, dann kann es sein, dass sie dich auch als Guerillero abstempeln. [...] Die Regierung und die Kolumbianer müssen die Wahrnehmung der Ex-Kombattantinnen und Ex-Kombattanten ändern, ihr Image muss verbessert werden, weg von marschierenden Bösewichten als Gefahr für die Gesellschaft, hin zu Subjekten des Friedens, die zum Aufbau eines inklusiven, friedlichen und fähigen Landes beitragen wollen.
>
> (Interview E5, 6. Mai 2020)

Darauf bezogen bleibt festzustellen, dass frühere Revolutions- und Freiheitskämpfer wie bspw. Che Guevara hingegen bis heute in vielen Ländern Lateinamerikas (unabhängig von Stadt- oder Landregion) als nationale Symbolhelden gelten, die für ihre Taten gefeiert werden, wenn auch deren Vorgehen nicht nur mit friedlichen Mitteln vonstatten ging. Wie McMullin darlegt, gelten Guerillas in den *new wars* hingegen eher als bösartig, irrational und gewaltvoll (vgl. McMullin 2013: 22). Im kolumbianischen Kontext bestätigt sich diese Gegenüberstellung.

Ein ausschlaggebender Faktor dafür, wie positiv oder negativ die ehemaligen Kombattant*innen auf lokaler Ebene aufgenommen werden, mag vor allem damit zusammenhängen, welche tatsächlichen Vor- oder Nachteile die Errichtung der ETCRs für die jeweilige Region mit sich bringt. Ähnlich lautet auch die Argumentation der UN: „Reintegration activities that benefit local communities are key to both the sustainability of such communities and to the fostering of long-term reconciliation“ (UN Security Council 2019). Während manche Regionen durch den Ausbau von Infrastruktureinrichtungen profitieren, gibt es in anderen Regionen des Landes Beschwerden durch negative Folgen für die Gegend wie bspw. durch Verschmutzung des Grundwassers (vgl. Carranza-Franco 2019: 112).

In Guaviare hat sich hierbei ein recht positives Bild abgezeichnet und es scheint als würde die lokale Bevölkerung bzw. die Region tatsächlich von den ETCRs profitieren. So heißt es laut einem NGO Mitarbeiter:

> Durch die ETCRs in den Gemeinden entsteht Entwicklung, es werden Straßen gebaut, es kommen Projekte der internationalen Zusammenarbeit und staatliche Projekte rund um die ETCRs [...], die Gemeinden betrachten die ETCRs gewissermaßen als eine staatliche Hilfsquelle.
>
> (Interview E4, 28. April 2020)

Waren es früher rund 15 Autostunden von der Hauptstadt San José nach Charras, so erreicht man die Gegend heute in knapp zwei Stunden über eine neue Straße, die aufgrund dem dort errichteten ETCR gebaut wurde. Ferner heißt es:

> Die ETCRs brachten Menschen in die Region wie Touristen, Akademiker, Forscher, Beamten, Experten, Leute der Polizei und des Militärs, Politiker, und sogar berühmte Sänger und Schauspieler. Die ETCRs brachten staatliche Investitionen in die Region [...] Mit der Zeit sahen die Gemeinden damit eine Möglichkeit Geld zu verdienen, denn durch den zunehmenden Zustrom an Menschen in die Region begannen sie Restaurants, Herbergen, Lebensmittelgeschäfte und andere kleine Läden, Billard-Salons und Bierlokale zu errichten.
>
> (Interview E5, 6. Mai 2020)

Darüber hinaus zeigte sich, dass vor der oben erwähnten Umsiedlung des ETCRs von Charras die lokale Bevölkerung Unterschriften sammelte, um dies zu verhindern, da sie um den Verlust der Vorteile durch das ETCR bangte (Interview E3, 7. Mai 2020). Dies kann grundsätzlich als ein wesentlicher Indikator für die lokale Akzeptanz der ehemaligen Kombattant*innen und die Wahrnehmung der entstandenen Vorteile für die Region gesehen werden.

Hinsichtlich dieser Ausführungen lässt sich konkludieren, dass die soziale Aufnahme der ehemaligen Kombattant*innen in Guaviare im Allgemeinen einen relativ positiven Verlauf zu nehmen scheint. Dennoch ist die (Re)konstruktion der sozialen Strukturen keine leichte Aufgabe. So beziehen sich die dazu bestehenden Herausforderungen insbesondere auf die Abhängigkeit des Willens der lokalen Bevölkerung und deren, vor allem zu Beginn der Maßnahmen, bestehenden negativen Gefühle wie Angst und Misstrauen. Darüber hinaus ist die zu einem gewissen Grad erforderliche Exponierung der ehemaligen Kombattant*innen und damit einhergehende Sicherheitsrisiken und psychische Belastungen, die erforderliche Länge und Komplexität des Versöhnungsprozesses, die Stigmatisierung vor allem innerhalb jener Gebiete, die nicht aktiv in den Prozess involviert werden als auch verzerrte mediale Diskurse als Herausforderungen zu konstatieren. Ferner birgt der *bottom up* Ansatz das Risiko, dass alte und teilweise fragwürdige Strukturen damit noch weiter verfestigt werden. Gleichzeitig bestätigt die Interviewerhebung allerdings auch, dass

Entwicklungsprozesse einen positiven Einfluss auf die soziale Aufnahme bzw. Akzeptanz der ehemaligen Kombattant*innen in der Region haben können.

5.2.4. Wiedereingliederung in indigene Gemeinschaften

Eine zu Beginn der Forschung unterschätzte Herausforderung bezieht sich auf die Wiedereingliederung jener ehemaligen Kombattant*innen, die einst Mitglieder indigener Gemeinschaften waren. Laut der offiziellen Datenerhebung zu Beginn des DDR-Programms gaben auf nationaler Ebene Kolumbiens rund 30% der ehemaligen Kombattant*innen an, einer indigenen Gruppe anzugehören (vgl. CONPES 2018: 41f). De facto zeigte sich allerdings im Laufe der Zeit, dass diese Zahl weitaus höher ist. Grund hierfür ist, dass gemäß der kommunistischen Ideologie der FARC und der damit einhergehenden Gleichstellung aller Menschen sich viele nicht im Sinne ihrer ursprünglichen Gruppenzugehörigkeit identifizierten. So heißt es: „[...] bei der FARC hat es geheißen, hier gibt es keinen Unterschied, hier sind alle Menschen gleich [...], da gibt es keine Indigenen“ (Interview E3, 7. Mai 2020). In Bezug auf Charras heißt es hinsichtlich der anfänglichen Aufnahme der ehemaligen Kombattant*innen: „dort hat man gesehen, dass alle Burschen unter 25 Indigene waren, dort hast du keine ´Weißen` gesehen“ (Interview E3, 7. Mai 2020, eigene Formatierung). Generell in Bezug auf Guaviare heißt es, dass „fast alle von ihnen Indigene [waren], aber keiner von ihnen identifizierte sich offiziell als Indigen“ (Interview E4, 28. April 2020). Hinzu kommt, dass die indigenen Gruppen der Region, wie bereits erwähnt, diejenigen waren, die am stärksten unter dem Konflikt gelitten haben. So heißt es laut einem Experten, „die Regierung [hat] eine Verpflichtung, der Staat hat große Schulden bei der Gesellschaft [...] und die, die am meisten gelitten haben, waren die Indigenen“ (Interview E3, 7. Mai 2020). Auch bringt Góngora-Mera hervor, dass die indigenen Gruppen Kolumbiens besorgt waren, dass die ETCRs entgegen der ursprünglichen Planung teilweise in der Nähe ihrer Reservate errichtet wurden (vgl. Góngora-Mera 2019: 946).

Wie auch Kaplan und Nussio betonen, müssen ehemalige Kombattant*innen die einer indigenen Gruppe angehörten, oftmals spezielle Gemeinschaftsarbeiten ableisten, um wieder in der Gruppe aufgenommen zu werden (vgl. Kaplan & Nussio 2018: 139). Auch bei der Erhebung bestätigte sich, dass es hierbei vielerlei Besonderheiten zu berücksichtigen gibt:

> Die Rückkehr zu ihren indigenen Gemeinschaften oder in ihre indigenen Reservate ist ganz anders, ihre Weltanschauung, das, was sie glauben, ihre Sitten, Gebräuche, Traditionen, Regeln und Sanktionen, aber die Regierung hat sie einfach alle auf die gleiche Weise charakterisiert.
>
> (Interview E4, 28. April 2020)

Entgegen der offiziellen Konzeption, im Sinne eines differenzierten Ansatzes, zeigt sich bei Angehörigen ethnischer Gruppen in der Praxis, dass zur schadlosen und nachhaltigen Wiedereingliederung die Bedingungen in der Umsetzung kaum gerecht werden und Indigene auf die selbe Weise wie alle anderen Ex-Kombattant*innen behandelt werden. Zudem fehlt es laut einem lokalen NGO Mitarbeiter vor allem an finanzieller Unterstützung, um dieser Diskrepanz entsprechend nachzukommen:

> Wir haben einen Projektantrag zur Unterstützung der Wiedereingliederung in indigene Gemeinschaften gestellt. Als wir diesen Antrag der ARN zur Finanzierung vorlegten, wurde er abgelehnt mit der Begründung, dass sie ihre Ressourcen auf den Bau von Unterkünften konzentrieren. Zu dieser Zeit war kein Geld für ethnische Fragen vorhanden. [...] Wir versuchten es erneut, aber wieder wurde der Antrag abgewiesen. Das Thema wurde als weniger relevant behandelt. So sind viele Indigene eigenständig in ihre Reservate zurückgekehrt, was zu internen Problemen in diesen Gruppe geführt hat.
>
> (Interview E4, 28. April 2020)

Die Expert*innen sprechen dabei immer wieder von der Relevanz der kulturellen Revitalisierung, wobei die indigenen Ex-Kombattant*innen im Sinne ihrer ursprünglichen Spiritualität, Kosmovision, Sprache und kulturellen Traditionen wieder in ihre Gemeinschaft zurückfinden sollen (Interview E3, 7. Mai 2020). Bisher jedoch, so heißt es, „wurde kein seriöser und realer Weg festgelegt, wie diese Gemeinschaften erreicht werden sollen und wie die Regierung sie unterstützen soll“ (Interview E4, 28. April 2020). Somit hat sich die Relevanz eines eigenen Ansatzes für diese Gruppen herausgestellt, was aus staatlicher Sicht nun auch anerkannt wurde. Folglich wird derzeit laut dem interviewten Mitarbeiter der ARN ein solches Programm erarbeitet, das auf Basis der Auffassung indigener Gruppen in Bezug auf deren Glauben, Gebiete und Kulturen ausgerichtet wird. Erschwerend kommt dabei allerdings aktuell aufgrund von CoVid-19 hinzu, dass die Expert*innen zur Konzeption dieses separaten Ansatzes derzeit aufgrund der Infektionsgefahr keine Befragungen mit den Mitgliedern der indigenen Gruppen durchführen können (Interview E8, 29. Mai 2020).

Was an dieser Stelle allerdings offen bleibt, ist die Frage, inwiefern es aus ethischer Perspektive sinnvoll ist, die ehemaligen Kombattant*innen mittels externer Intervention bei ihrer Rückkehr in ihre indigenen Gemeinschaften zu begleiten, oder ob es im Sinne ihrer Selbstbestimmung und zur Vermeidung eines (hegemonialen) Eingriffs in ihre Strukturen angebrachter bzw. nachhaltiger wäre, ihnen den Verlauf der Wiedereingliederung selbst zu überlassen. So postuliert einer der befragten Experten: „Gott sei Dank brauchen die Indigenen nicht die Gutmütigkeit von der Regierung, nicht immer“ (Interview E3, 7. Mai 2020). Dennoch – und darauf sei das hinzugefügte ´nicht immer` dieses Experten auszurichten – braucht es gewisse Rahmenbedingungen, damit der Wiedereingliederungsprozess für diese Gruppen überhaupt funktionieren kann. So konstatiert dieser NGO Mitarbeiter gleichzeitig:

> Das ist das wo wir uns eigentlich einklinken wollten, dass wir das machen, ein Modell zur Reintegration indigener Ex-Kämpfer, aber das interessiert keinen Mensch. Indigene sind für diese Leute nur ein Problem. Am liebsten hätten sie es wie Bolsonaro in Brasilien, dass sie alle sterben, damit sie dann ihre natürlichen Ressourcen dort rausholen können.
>
> (Interview E3, 7. Mai 2020)

Auch die nationale Organisation der indigenen Gemeinschaften Kolumbiens (ONIC) gibt ein klares Bekenntnis dafür, dass sie trotz der offiziellen Anerkennung ihrer Rechte noch immer der aus dem Konflikt resultierenden Gewalt ausgesetzt sind, was ihre Autonomie und auch ihr Überleben gefährdet (vgl. ONIC o.D., online, Zugriffsdatum: 8.6.2020). Insofern liegt zweifellos die höchste Dringlichkeit im Rahmen dieser Problematik darin, dass der Staat die Rechte der indigenen Gruppen sowie ihre Territorien bedingungslos anerkennt, und zwar nicht nur auf dem Papier. Denn dies war ursprünglich mitunter auch einer der wesentlichen Gründe, warum viele Angehörige der indigenen Gruppen sich der FARC freiwillig anschlossen, da sie innerhalb des Staates auf niedrigster Rangordnung stehen, und es somit in ihrer Intention lag, gegen die schlechten und ungerechten Bedingungen ihrer Gruppen vorzugehen bzw. dafür zu kämpfen.

So kommt dieses Unterkapitel zu dem Schluss, dass hierbei eine beachtliche Diskrepanz zwischen theoretischem Ansatz und praktischer Umsetzung besteht, denn entgegen der differenzierten Grundkonzeption in Bezug auf die Berücksichtigung der Bedürfnisse indigener Gemeinschaften werden diese in der Praxis vom Staat weitestgehend ignoriert. Zwar mag nun eine Neukonzeption der

ARN bzgl. dieser Thematik erarbeitet werden, jedoch wird auch dieser nur eine beschränkte Reichweite haben, wenn die grundsätzlichen Rechtsansprüche dieser Gruppen vom Staat weiterhin missachtet werden.

Das folgende Unterkapitel widmet sich nun den identifizierten Herausforderungen im Rahmen der Entwicklung produktiver bzw. wirtschaftlicher Tätigkeit.

5.2.5. Entwicklung produktiver Tätigkeit

Bei früheren Reintegrationsansätzen setzte man in erster Linie auf passive Unterstützungszahlungen sowie Bildungsprogramme und erhoffte sich, dass damit quasi automatisch die wirtschaftliche Komponente Erfolg haben würde (vgl. Segura & Stein 2018: 10). Es zeigte sich jedoch, dass kaum jemand bereit war, ehemalige Kombattant*innen im eigenen Betrieb anzustellen (vgl. ebd). Hinzu kommt, dass Jobmöglichkeiten innerhalb von Post-Konflikt-Situationen oftmals ohnehin äußerst beschränkt sind (vgl. Giustozzi 2012: 12f).

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle allerdings, dass nicht alle Fähigkeiten, welche die ehemaligen Kombattant*innen während ihrer Zeit in der Guerillagruppe erworben haben, ethisch falsch oder wirtschaftlich nutzlos sind. Erfahrungsbereiche – wenn auch nicht zertifiziert – gleichen dabei zum Teil jenen des regulären Arbeitsmarktes wie bspw. im Bereich der medizinischen Versorgung, Logistik, Schneiderarbeit, im Organisationsmanagement oder im Bereich der Fortbildung (vgl. Palma García & Villegas Buitrago 2018: 253ff). Gleichzeitig sollte das Bestehen solcher Erfahrungen jedoch auch nicht zu optimistisch betrachtet werden, da sich bspw. gezeigt hat, dass vor allem jene ehemaligen Kombattant*innen, die bereits mit jungen Jahren rekrutiert wurden, mangelnde Lese- und Schreibfähigkeiten aufweisen (vgl. CONPES 2018: 61). Eine erste Herausforderung im Bereich der wirtschaftlichen Reinkorporation bezieht sich somit auf den wohl wenig überraschenden niedrigen Bildungsstand der ehemaligen Kombattant*innen. So heißt es: „viele dieser Menschen sind ungebildet, sie haben kein Wissen und keine Fähigkeiten, die ihnen einen Lebensunterhalt ermöglichen“ (Interview E4, 28. April 2020).

Wie bereits erwähnt, liegt die wesentliche Neuerung des Ansatzes in Bezug auf die wirtschaftliche Komponente in der Schaffung von Produktionsprojekten. Diese sollen zum einen ermöglichen, dass die ehemaligen Kombattant*innen eigenständig und

auf legale Weise wirtschaften können, und zum anderen soll dies die Entwicklung der ländlichen Regionen als auch den Versöhnungsprozess durch die Involvierung der lokalen Bevölkerung stärken. Die Praxis zeigt jedoch, dass die Umsetzung dieser Projekte aufgrund etlicher Schwierigkeiten zu einem Großteil scheitert. Laut aktuellem Stand gibt es auf nationaler Ebene derzeit zwar immerhin 54 kollektive und 1.305 individuelle Projekte, welche insgesamt 4.116 Ex-Kombattant*innen zu Gute kommen (vgl. ARN 15.5.2020, online, Zugriffsdatum: 22.5.2020), jedoch bedeutet dies gleichzeitig, dass rund 70% von ihnen an keine dieser Produktionsprojekte gebunden sind.

In einigen anderen Regionen Kolumbiens gibt es verschiedene Paradebeispiele der Produktionsprojekte, wie bspw. die Herstellung einer Biersorte in Tolima, eine Schneiderei für Rücksäcke in Antioquia, die sogar nach Argentinien und Spanien exportiert oder ein speziell von Frauen geleitetes Projekt im Cauca-Tal bei dem Spielzeugpuppen für Kinder genäht werden (vgl. El Espectador 30.4.2019, online, Zugriffsdatum: 28.3.2020). Einige andere widmen sich Tourismusprojekten, wie bspw. das ETCR Pondores (La Guajira), in dem Besucher*innen im Sinne einer Geschichtsrekonstruktion einen Einblick in das Leben der FARC zu Guerilla-Zeiten bekommen sollen (vgl. El País 12.12.2018, online, Zugriffsdatum: 28.3.2020). Gegenwärtig gibt es laut der Aussage eines Experten in Guaviare hingegen kein einziges nachhaltiges Produktionsmodell (Interview E4, 28. April 2020). Laut Segura und Stein heißt es in Bezug auf die generelle Problematik dieser Projekte:

> One of the main obstacles for the development of these economic projects […] is that the characteristics that made the ZVTN ideal for the disarmament process make them particularly inconvenient for the development of economic enterprises. These zones are remote, there are often no roads that connect them to markets, many lack the minimum services needed, and some are not apt for agricultural production.
>
> (Segura & Stein 2019: 9)

Diesbezügliche Recherchen ergaben, dass in Kolumbien etwa 0,4 Prozent der Bevölkerung ganze 67% der produktiven Grundstücke besitzen, während 84% der Grundbesitzer*innen nur Zugang zu 4% des Landes haben (vgl. Reuters 30.11.2016, online, Zugriffsdatum: 28.4.2020). Somit wird eine überwiegende Anzahl der Produktionsprojekte aufgrund des Mangels an freien Landflächen auf gepachteten Grundstücken durchgeführt (vgl. UN Security Council 2019: 7). Im Friedensvertrag wurde festgelegt, dass während des Konflikts illegal erworbenes Land als auch freie

Flächen neu zugeteilt werden sollen, jedoch kommt dieser Umverteilungsprozess nur sehr schleppend voran. Darüber hinaus sollen die Standorte der Produktionsprojekte auch hierbei nicht mit Gebieten geschützter Waldreservate, Nationalparks oder Reservate indigener Gruppen kollidieren (vgl. García Muñoz 2019: 24), weshalb wie oben erwähnt, auch das ETCR in Charras umgesiedelt wurde. Der mangelnde Zugang zu Land stellt folglich auch in Guaviare insbesondere in Bezug auf die meist auf landwirtschaftlich ausgerichteten Kollektivprojekte eine der größten Herausforderungen dar. Zudem eignet sich laut einem Experten die organische Bodenbeschaffenheit der Region nur bedingt für landwirtschaftlichen Anbau (Interview E4, 28. April 2020).

Auch der bereits genannte Bildungsstand der ehemaligen Kombattant*innen erschwert die Konzeption dieser Projekte. So konstatiert der Interviewpartner der ARN:

> Um ein Produktionsprojekt auf die Beine zu stellen, müssen sie einige Voraussetzungen für die Formulierung eines solchen Projekts erfüllen. Die Konzeption dieser Projekte ist sehr komplex, sie kommen aus einer Logik des Konflikts mit einer bewaffneten politischen Struktur, und nun werden sie dazu aufgefordert, ein Produktionsprojekt zu konzipieren [...]. Diese Menschen haben ein niedriges Bildungsniveau, und sie haben keine Ahnung, wie man ein solches Projekt durchführt und wie man ein Budget konzipiert.
>
> (Interview E8, 29. Mai 2020)

Ein weiteres Problemfeld, welches von fast allen Expert*innen genannt wurde, ist sowohl das Fehlen eines potentiellen Absatzmarktes in der Region als auch die Tatsache, dass keine Markt- bzw. Produktanalysen durchgeführt werden. So heißt es laut dem befragten Experten der FAO:

> Wenn sie [die Ex-Kombattant*innen] zuhören [den Kooperativen von ECOMÚN oder anderen nationalen und internationalen Produktions- und Fördergebern] und denken, es könnte gut sein, dann bitten sie um Geld dafür, und dann wird es ihnen gegeben. Dann aber scheitern sie, so war es schon mit dem Anbau von Paprika, Passionsfrüchten, Yuka und der Züchtung von Schweinen. Das liegt daran, dass sie keinen klaren strategischen Entwicklungsplan haben um bestimmte Produktlinien zu identifizieren die einen Markt haben, weil das große Problem ist der Markt [...]. Bevor ich produziere muss ich wissen, an wen ich verkaufe und wie ich verkaufe.
>
> (Interview E4, 28. April 2020)

So mussten zahlreiche Ernteeinträge in der Vergangenheit sogar weggeschmissen werden. Laut einem anderen Experten heißt es jedoch gleichzeitig, dass es sehr hinderlich sein kann, wenn große Organisationen wie die UN und die FAO detaillierte

Studien durchführen, um somit bspw. auch ökologische Zertifizierungen zu ermöglichen, da dies enorm viel Zeit in Anspruch nimmt (Interview E3, 7. Mai 2020). Zeit, die in einem landwirtschaftlichen Betrieb nicht vorhanden ist, da dies den Ausfall einer gesamten Erntesaison und den damit einhergehenden finanziellen Einbußen bedeutet.

Zum anderen basieren die Produktionsprojekte meist auf Primär- und Rohstoffgütern, die nur eine geringe Wertschöpfung generieren. Wie der befragte Mitarbeiter der FAO argumentiert, könnte die Wertschöpfung bestimmter Produktlinien insbesondere durch verschiedene Haltbarkeitsstrategien, wie bspw. durch die Herstellung von Kochbananenmehl oder Paprikasoßen, aufgewertet werden (Interview E4, 28. April 2020). Allerdings ist auch die Kommerzialisierung durch die Abgelegenheit der Region ein großes Problem, denn durch die langen Transportwege steigen die Kosten, was die Produkte für größere Supermarktketten im Land unattraktiv macht (Interview E7, 12. Mai 2020).

Eine Entwicklung, die sich laut den Expert*innen in Guaviare ferner zeigt, ist, dass sich entgegen dem speziell zum Erhalt der kollektiven Strukturen der FARC konzipierten Ansatz, die ´Essenz` der FARC zu einem gewissen Grad aufzulösen scheinen:

> Die Disziplin, die die Ex-Kombattanten damals hatten, ist verloren gegangen. Es gibt keine Kontrollen mehr, es gibt kein, wie soll ich sagen, Organigramm mehr [...]. Das hat dazu geführt, dass jeder angefangen hat, seinen eigenen Weg zu gehen und nach dem zu suchen, was für ihn selbst am besten ist, und nicht mehr so sehr im Sinne der Gemeinschaft gedacht wird.
>
> (Interview E4, 28. April 2020)

Dies ist möglicherweise auch ein Grund für den quantitativen Unterschied zwischen den individuell und kollektiv bestehenden Produktionsprojekten (siehe S. 72).

Ferner erschwert die von der nationalen Elite als auch durch internationale Interessen unterstützte neoliberale Wirtschaftspolitik die nachhaltige Umsetzung der Produktionsprojekte, da auf diese Weise global alle Produktionsstandorte und Lohnpreise miteinander in Konkurrenz stehen:

> Was bspw. die Frage der Ernährungssouveränität anbelangt, so verfügt Kolumbien über einen günstigen rechtlichen Rahmen für ausländische Produkte, die jedoch auch im Inland von Bauern und sogar von Ex-Kombattanten im Rahmen ihrer Produktionsprojekte hergestellt werden könnten. In diesem Sinne ist es für den Staat jedoch nicht vorrangig, in die nationale Produktion (Infrastruktur, ländliche Entwicklung) zu investieren, da die Importe im Kontext einer globalisierten Wirtschaft stärker begünstigt werden.
>
> (Interview E1, 6. Mai 2020)

So zeigt dieses Unterkapitel, dass die Umsetzung der auf Basis von Solidarität und Gemeinschaft angedachten Produktionsprojekte vor etlichen Herausforderungen steht und die ursprüngliche Konzeption dieser Idee mit einem gewissen Grad an Naivität gepickt war. Die Probleme beziehen sich insbesondere auf die geringe Wertschöpfung, mangelnde Absatzmöglichkeiten in der Region, den niedrigen Bildungsstand der ehemaligen Kombattant*innen, den fehlenden Zugang zu Land, schlechte Böden sowie Diskrepanzen aufgrund von unterschiedlichen Planungsansätzen zwischen großen UN Organisationen und kleineren NGOs. Somit konkludiert dieses Unterkapitel in der Argumentation, dass die Grundbedingungen für das angedachte alternative Wirtschaftsmodell für die Region nicht nachhaltig genug gedacht wurde und es hierfür maßgeblich an Unterstützung fehlt. Auch lässt sich feststellen, dass die Ex-Kombattant*innen in wirtschaftlicher Hinsicht dabei im Grunde genommen den selben Problemen wie die lokale Bauernschaft gegenüber stehen, da es äußerst schwierig zu sein scheint, innerhalb der Region lukrative Geschäfts- bzw. Landwirtschaftsmodelle zu errichten.

Rückbindend an den theoretischen Teil dieser Arbeit lässt sich aus den obigen Ausführungen schließen, dass, auch wenn Friedensprozesse in Vertragstexten ursprünglich als umfassend, alternativ, emanzipatorisch und unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten bzw. strukturellen Benachteiligungen angedacht sind, die Umsetzung in der Praxis insbesondere abhängig ist von den jeweils gegebenen strukturellen Verhältnissen innerhalb des Landes. Bestehen enorme Ungleichheitsverhältnisse, wie dies in Kolumbien der Fall ist, ist es äußerst schwierig und komplex, de facto tatsächlich wie geplant nachhaltige Friedens- und Entwicklungsprozesse anzukurbeln bzw. diese aufgrund der vielen Einflussfaktoren gezielt zu steuern. Auch zeigt dies, dass wenn auch groß angelegte Transitional Justice und Reconciliation Initiativen umgesetzt werden, dies nicht als bedingungsloser Garant gilt für die Entstehung von positiven Friedensstrukturen, da auch hier die übergeordneten und ggf. auf regionaler Ebene bestehenden

Ungleichheitsverhältnisse enorm aufwiegen können. Folglich bringt uns dies zu der Erkenntnis, dass so detailliert und ggf. auch holistisch friedens- und entwicklungspolitische Ansätze ursprünglich auch erarbeitet sein mögen, so sind sie in der Praxis von äußerster Dynamik und Komplexität geprägt und demgemäß zum Teil auch und nur bedingt auf organisatorischer bzw. institutioneller Ebene steuerbar.

Ein Versuch zum Ausbruch aus den wirtschaftlich unrentablen Strukturen und der individuellen Perspektivlosigkeit als beeinträchtigender Faktor zur Verwirklichung der eigenen Freiheits- und Verwirklichungschancen in Guaviare, liegt daher bis heute noch für viele im Anbau von Koka, worauf mitunter im folgenden Kapitel bzgl. der identifizierten Probleme auf makrostruktureller Ebene eingegangen werden soll.

5.3. Probleme auf makrostruktureller Ebene

Wie sich im Rahmen der empirischen Erhebung gezeigt hat, sind es in erster Linie vor allem die auf makrostruktureller Ebene bestehenden Probleme, welche die nachhaltige Umsetzung des kollektiven Reinkorporationsansatzes in der Praxis enorm erschweren. Demnach sollen diese in den folgenden drei Unterkapiteln dargestellt werden.

5.3.1. Koka, Drogenkartelle, Korruption und illegale Gruppierungen

Als zentraler Punkt des Friedensvertrags gilt die Erschaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten für Koka-Bauern und -Bäuer*innen, was, wie in Kapitel 5.2.1. erwähnt, eine wesentliche Bedeutung für Guaviare darstellt. Wenn auch die Koka-Kultivierung in dieser Region einen quantitativ abnehmenden Trend einzunehmen scheint, so ist das Problem nach wie vor präsent, denn einige Drogenkartelle sind weiterhin in der Region aktiv (vgl. UNODC 19.9.2020, online, Zugriffsdatum: 28.4.2020). Der wesentliche Faktor hierbei ist – wie auch bei vielen anderen Problemen in Kolumbien – die mangelnde Präsenz des Staates im ländlichen Raum (vgl. Gehring & Gehrmann 2017). War ein Großteil der illegalen Anbauflächen früher in der Hand der FARC, wird dieses Machtvakuum nun begierig von verschiedenen paramilitärischen Gruppen und anderen kriminellen Banden eingenommen. Diese waren nicht Teil des Friedensvertrags und mit ihnen hat die Regierung auch bis heute noch keine Gesprächsverhandlungen aufgenommen. Dies bringt nicht nur enorme Unsicherheit für die gesamte Region, auch sind die

bestehenden Drogenkartelle eng verbunden mit der Problematik der Korruption im Land, was wiederum die grundsätzliche Entwicklung der Friedens- und Demokratisierungsprozesse erschwert. So heißt es laut einem der Experten:

> Und das andere ist die Durchsetzbarkeit [...], unter diesem Präsidenten ist es schwierig. Es sind immer wieder diese reellen Mächte, das ist das Problem, diese Machtzentren in Kolumbien, diese Drogenbarone, diese korrupten Barone der jeweiligen Regionen [...], die alles verhindern, die das Regieren so schwer machen. Die Drogengeschichte und die Korruption sind die zwei Dinge, das zu lösen, ohne das wird es schwierig sein sich Richtung Frieden zu entwickeln und so eine Vision zu erahnen. Unsere Politik, unser Krieg ist abhängig von diesem Kokainkonsum. Eins zu eins. Die Korruption mit diesem Kokain die unterwandert unsere Behörden. Unser Militär usw. die sind geschwächt. Das kolumbianische Heer müsste eigentlich das beste der Welt sein, weil es so viel Erfahrung hat, aber es ist das schwächste und korrupteste Heer, das es auf der Welt gibt, wegen Kokain, und generell sind alle im Auftrag von diesen Baronen. Von daher muss es ein gesellschaftlicher, permanenter Kampf sein, der zu Transparenz, Demokratie und Frieden führt.
>
> (Interview E3, 7. Mai 2020)

In Bezug auf die Forschungsthematik resultiert das Koka-Problem vor allem in einem erhöhten Risiko, dass die ehemaligen Kombattant*innen erneut in die Illegalität abdriften. Durch ihre bereits damalige Involvierung in die Koka-Geschäfte und der damit einhergehenden Dezimierung ihrer ideologischen Ausrichtung, wird von einem der interviewten Experten vermutet, dass die wieder bewaffneten FARC Dissident*innen in Guaviare zu ihrem Selbsterhalt möglicherweise bald wieder die gesamte Kontrolle des Koka-Anbaus in der Region übernehmen könnten (Interview E4, 28. April 2020). Auch steigt damit das Risiko, dass dadurch die noch verbleibenden Ex-Kombattant*innen erneut von den wieder in den Krieg gezogenen FARC Dissident*innen oder auch anderen Guerillagruppen rekrutiert werden, und sie so dem Friedensprozess den Rücken kehren. Doch auch für jene, die gewillt sind im Reinkorporationsprozess zu bleiben – und unter ihnen sind anzunehmender Weise auch einige, die mit der Ideologie der FARC gebrochen haben (vgl. Carranza-Franco 2019: 110), und die nun einfach in Ruhe und Frieden leben möchten (Interview E3, 7. Mai 2020) – führt die Koka-Problematik für sie, als auch für die Zivilbevölkerung dazu, dass sie einem allgemein erhöhten Sicherheitsrisiko ausgesetzt werden.

Viele lokale Familien sind bereits seit Jahrzehnten in das Koka-Geschäft involviert. Hinsichtlich dem auf individueller Ebene bestehenden Anreiz für Menschen, sei es für die ehemaligen Kombattant*innen oder die lokale Bauernschaft, lässt sich aus ökonomischer Perspektive gegenüberstellend darlegen, dass traditionelle

Landwirtschaftsmodelle wie bspw. der Anbau von Bananenstauden in der Regel ein gesamtes Jahr bis zur Ernte benötigen. Durch die Abgelegenheit der Region fallen für den Verkauf hohe Transportkosten an, und letzten Endes ist, wie oben erwähnt, oft kaum jemand bereit, die Produktion zu den damit erforderlichen Preiskonditionen zu kaufen. Koka-Blätter hingegen können bis zu sieben Mal pro Jahr geerntet werden. Meist werden sie direkt ab Hof zu einem Preis verkauft, von dem eine Familie zumindest halbwegs leben kann. Finanziell wohlhabend werden sie dadurch zweifellos nicht, denn der eigentliche Profit bleibt bei den Drogenkartellen oder anderen darin involvierten illegalen Gruppen. Je mehr Menschen auf diese Einkommensquelle zurückgreifen, desto mehr illegale Gruppen tauchen in der Gegend auf, um das für sie so lukrative Modell in der Region entsprechend zu verwalten. (Interview E4, 28. April 2020)

Im Vergleich zu anderen Regionen des Landes kam es Recherchen zufolge in Guaviare seit Unterzeichnung des Friedensvertrags zu fast keinen Gewalttaten und nur selten zu Morddrohungen. Dennoch ist die Sicherheitslage in der Region zu einem gewissen Grad kontinuierlich angespannt. Erst kürzlich wurde eine der befragten NGOs in Guaviare in einem bedrohlichen Schreiben der Dissident*innen erwähnt, in dem es hieß, die Organisation fungiere als Vertreter des Imperialismus (Interview E3, 7. Mai 2020). Dabei heißt es, dass die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen unzureichend sind, denn vor allem in den ländlichen Gebieten des Landes ist die Sicherheitssituation prekär, was ferner die geringe Kapazität der staatlichen Kontrolle in diesen Gebieten widerspiegelt (Interview E1, 6. Mai 2020). Ein anderer Experte vergleicht die Situation in Guaviare mit dem Zustand der Herdenimmunität, sprich irgendwann hätte sich quasi jede*r daran gewöhnt, dass es dort nicht sicher ist: „[...] es ist so gefährlich, dass dieser Zustand schon normal ist“ (Interview E3, 7. Mai 2020).

Recherchen zufolge wurde seit Unterzeichnung des Friedensvertrags in Guaviare zwar ´nur` ein ehemaliger Kombattant Opfer eines Mordanschlags (vgl. El Espectador 12.5.2019, online, Zugriffsdatum: 26.5.2020), dennoch haben auch die Geschehnisse anderer Regionen in gewisser Weise einen negativen Einfluss auf das Bestehen der lokalen Strukturen in Guaviare, denn oftmals sind unter den Gewaltopfern innerhalb der anderen Regionen vor allem jene ehemaligen Kombattant*innen, die besonders politisch aktiv sind. Dies schwächt folglich auch die

Ursprungsidee der politischen Mobilisierung der FARC. Ferner konstatiert einer der befragten NGO Mitarbeiter:

> Es ist kein Geheimnis, dass der Präsident die Wahl [...] von Gustavo Petro gestohlen hat, indem er Stimmen für Geld von den korrupten und den Drogenbaronen gekauft hat. Das heißt, dass die Befürworter von Iván Duque all jene die Petro unterstützten, als Guerilleros ansahen. Unmittelbar zu Beginn der gegenwärtigen Regierung begann der Tod der gesellschaftlichen Führer, die als Sozialisten, Kommunisten, Guerilleros und Attentäter abgestempelt wurden. [...] Die kolumbianische Rechte kontrolliert seit vielen Jahren die Macht und tötet alles, was die Opposition repräsentiert.
>
> (Interview E5, 6. Mai 2020)

Während dies vielleicht eine etwas gar verallgemeinernde und zugespitzte Formulierung darstellt, so heißt es laut aktuellen Berichten aus dem März 2020, dass sich Duque mit der Unterstützung von Uribe tatsächlich einen beachtlichen Anteil an Stimmen erkauft habe, die ihm letztlich zum Wahlsieg verholfen hätten (vgl. Colombia Reports 5.3.2020, online, Zugriffsdatum: 12.4.2020). Aufgrund dieses vermeintlichen Betrugsskandals wurden kürzlich investigative Untersuchungen eingeleitet, welche nun allerdings aufgrund der CoVid-19 Situation im Land in den medialen Hintergrund gerückt sind.

Folglich scheint, unabhängig vom Potential des Ansatzes, die nachhaltige Umsetzung nahezu unmöglich, wenn die durch Drogenhandel und Korruption bestehenden Probleme im Land ungelöst bleiben. Auch Segura und Stein bringen diese Argumentation hervor (vgl. Segura & Stein 2018: 9). Bedingt durch die Komplexität und Verflechtung dieses Problems in sämtliche Strukturen wirkt eine Lösung dessen jedoch nahezu utopisch. So heißt es laut einem Experten, dass „diese illegalen Wirtschaften weiter bestehen werden, weil es eine weltweite Nachfrage gibt“ (Interview E8, 29. Mai 2020). Dennoch müssten zum einen zumindest attraktive Perspektiven sowohl für die ehemaligen Kombattant*innen als auch die Bauernschaft geschaffen werden, um zu verhindern, dass sie den illegalen Anbau fortführen bzw. in diesen Bereich zurückfallen. Zum anderen müsse auch die Präsenz des Staates im ländlichen Raum erhöht werden, um die Kontroll-mechanismen in Bezug auf illegale Anbautätigkeiten zu gewährleisten, als auch verstärkt im Sinne des Bevölkerungsschutzes agiert werden. Denn vor allem die staatliche Abstinenz im ländlichen Raum vermeidet, dass der Friedensprozess wie ursprünglich geplant umgesetzt werden kann, wie auch das folgende Interviewzitat darlegt:

> Ich denke, dass es kompliziert ist, dass der Krieg oder der Konflikt in irgendeiner Weise nachlassen wird, solange der Staat nicht präsent ist. Aber wenn ich von der Präsenz des Staates [...] spreche, dann spreche ich von einer sozialeren staatlichen Präsenz, und ich spreche von der Präsenz des Staates für Gesundheit, für Projekte, für Wohnraum, für Zugang zu Land, aber eine solche Präsenz gibt es nicht.
>
> (Interview E4, 28. April 2020)

Und zum anderen, so argumentiert es auch einer der befragten Experten, müsse der Staat seine Sozialpolitik auf die eigentlich wahre Bevölkerung ausrichten und in den Ausbau von Infrastruktureinrichtungen investieren und die Politik nicht mittels korrupter Involvierungen primär auf diejenigen ausrichten, die ihre Macht basierend auf illegalen Strukturen ausüben (Interview E8, 29. Mai 2020). Damit dies gelingt, muss der Staat transparent, fair und demokratisch agieren, um zu aller erst das gebrochene Vertrauen der Zivilbevölkerung in die staatlichen Strukturen wieder aufzubauen, was ferner wie oben genannt auch als Komponente der Reconciliation Maßnahmen zu verstehen ist. Dies würde möglicherweise auch neue Möglichkeiten eröffnen, um potentielle politische und wirtschaftliche Alternativen im ländlichen Raum hervorzubringen bzw. diese nachhaltig zu stärken.

5.3.2. Mangelnde Unterstützung

Eine weitere Problematik, die im Rahmen der empirischen Erhebung mehrfach argumentiert wurde, liegt darin, dass wie bereits oben angeschnitten, die staatlichen Institutionen den Ansatz nicht im ursprünglichen Sinne der Kollektivität zu fördern scheinen, wie das folgende Interviewzitat verdeutlicht:

> Die ARN setzt auf individuelle Wiedereingliederung und Unterstützung dieser Menschen, was zu Unbehagen bei dieser Bevölkerung geführt hat, weil sie kollektiv arbeiten wollen, und dies hat zu Zusammenbrüchen in der Gemeinschaft geführt.
>
> (Interview E7, 12. Mai 2020)

Dies erscheint vor allem deshalb problematisch, da es der FARC im Rahmen der 4-jährigen Verhandlungen schließlich genau darum ging, einen *neuen* Friedensrahmen zu konzipieren, der sich sowohl inhaltlich, insbesondere im Hinblick auf die strukturellen Ungleichheiten, der politischen Legalisierung der FARC, als auch auf institutioneller Ebene zur Koordinierung des Reinkorporationsprozesses von den DDR Szenarien unter Uribe distanzieren sollte. Möglicherweise beabsichtigt die Regierung damit auch bewusst, dass die ehemaligen Kombattant*innen einzeln die ETCRs verlassen, um so die kommunistische Gruppierung zu Gunsten der eigenen

politischen Interessen zu schwächen. Laut dem befragten Mitarbeiter der ARN hingegen werden die ehemaligen Kombattant*innen allerdings jeweils auf die Art und Weise betreut, wie sie es wünschen, sprich individuell oder kollektiv (Interview E8, 29. Mai 2020). Inwiefern die Essenz der Kollektivität in der praktischen Umsetzung tatsächlich Beachtung findet, bleibt an dieser Stelle also unbeantwortet.

Allgemein scheint die Regierung nur mangelhafte Unterstützungsmechanismen bereitzustellen. So heißt es: „[...] sie geben [den Ex-Kombattant*innen] die finanzielle Unterstützung und dann werden sie alleine gelassen, was dazu führt, dass die Initiativen scheitern und Unbehagen erzeugt wird“ (Interview E7, 12. Mai 2020). Dieser Lücke versuchen lokale NGOs entsprechend entgegen zu arbeiten, wie auch folgendes Interviewzitat verdeutlicht:

> Der Staat glänzt durch seine Abwesenheit, und deshalb arbeiten wir NGOs und Stiftungen hier, denn die ehemaligen Kombattant*innen sind müde, ohne Geld, ohne gute Bildung und sie haben Angst, dass sie umgebracht werden.
>
> (Interview E5, 6. Mai 2020)

Wenn es auch eine oft aufgeführte Grundsatzkritik von NGOs darzustellen vermag, dass ihre Arbeit nicht mit ausreichenden finanziellen Mitteln unterstützt werde, so betont auch Bermúdez Liévano, dass unter Duque’s Regierung vor allem im Transitional Justice Bereich sämtliche Modifizierungen und finanzielle Kürzungen vorgenommen wurden, was die erforderliche Aufarbeitung des Konflikts und folglich auch die Versöhnung und den Reinkorporationsprozess erschwert (vgl. Bermúdez Liévano 2019). Zudem scheint der Staat grundsätzlich, entgegen der Erwartungen, für die betroffenen Regionen, keine bzw. zu wenig finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen:

> Regionen wie Guaviare gingen davon aus, dass ihnen die nationale Regierung Ressourcen bereitstellen würde, um die Ex-Kombattanten zu betreuen. Aber das tat die Regierung nicht. ´Hier sind sie. Jetzt müsst ihr euch um sie kümmern` [...] Mit den gleichen Ressourcen die ursprünglich zur Betreuung der Gesamtbevölkerung Guaviares zur Verfügung standen, muss man sich jetzt auch um einige sehr grundlegende Situationen in den ETCRs kümmern.
>
> (Interview E4, 28. April 2020)

So scheint sich die oben genannte Kritik von Knight und Özerdem zu bestätigen, dass auch im kolumbianischen Kontext dem Wiedereingliederungsprozess zu wenig Beachtung gewidmet wird und hierfür vom Staat nicht genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden (vgl. Knight & Özerdem 2004: 511f).

5.3.3. Die leeren Versprechungen des Friedensvertrags

Was auf makrostruktureller Ebene die wohl mit Abstand größte Schwierigkeit darstellt, ist die fehlende Umsetzung der im Friedensvertrag vereinbarten Punkte. So wurde das Abkommen unter Santos gewissermaßen in Richtung einer anti-neoliberalen Agenda ausgearbeitet, die eine soziale und nachhaltige Absicht zum Aufbau eines chancengleichen, sicheren und gerechten Landes darstellt. Die aktuelle Regierung unter Duque scheint jedoch erneut ausschließlich zugunsten elitärer Macht- und Kontrollverhältnisse zu regieren, was die ursprünglich geplante und nachhaltige Umsetzung des Abkommens weitestgehend scheitern lässt. Dies führt naheliegender Weise zu enormer Frustration, vor allem innerhalb der FARC. So heißt es diesbezüglich laut einem der interviewten Experten:

> Was man wirklich beobachten kann ist, dass die Regierung das Friedensabkommen nicht vollständig eingehalten hat, und das veranlasst einige Mitglieder die ETCRs zu verlassen. Wir wissen nicht, ob sie zu den Dissidenten oder in andere Teile des Landes gingen, aber das Versäumnis der Regierung, sich an die Vereinbarungen zu halten, hat ein Unbehagen verursacht, ein großes Unbehagen bzgl. der Probleme die in einigen Gebieten von Guaviare weiterhin bestehen [...], beim Zugang zu Land und profitablen Produktionsmodellen, die Böden hier sind sehr schlecht, die Straßen sind schlecht, es gibt kaum staatliche Unterstützung, aber es gibt Menschen, die von etwas leben müssen. Koka ist dann eine Option. Viehzucht ist eine weitere Option. Landraub und Entwaldung sind weitere Optionen.
>
> (Interview E4, 28. April 2020)

Ebenfalls basiert die von Santrich und Jesus angekündigte Wiederaufnahme der Waffen im August 2019 (siehe Kap.: 4.5.) auf der Argumentation, dass die Regierung ihren Verpflichtungen gemäß dem Friedensvertrag nicht nachkomme. Laut dem FARC Parteiführer Timoschenko heißt es:

> Als wir entschieden, das Abkommen zu unterzeichnen, wussten wir, dass die Unterschrift allein noch keine Garantie dafür ist, dass alles, was auf dem Papier steht, auch erfüllt wird. Dies war der Ausgangspunkt, um einen noch viel komplexeren und schwierigeren Kampf zu beginnen, bei dem wir von breiten Sektoren der kolumbianischen Gesellschaft und sogar von Teilen der herrschenden Klasse begleitet werden mussten.
>
> (eigene Übersetzung von: BBC News 4.9.2019, online, Zugriffsdatum: 9.6.2020)

Hinzu kommt, dass kolumbianische Zivilist*innen, Menschenrechtsaktivist*innen und jene, die sich aktiv für die Rechte der Bauernschaft, Frauen und ethnische Minderheitsgruppen einsetzen, Berichten zufolge weiterhin mit Morddrohungen konfrontiert werden (vgl. Human Rights Watch World Report 2018). Wenn diejenigen, die sich im Land politisch für die Rechte dieser benachteiligten

Gesellschaftsgruppen einsetzen, um ihr Leben bangen müssen, und die konservativen und neoliberalen Lager weiterhin mit allen Mitteln gegen das Aufsteigen linker Bewegungen im Klassenkampf vorgehen, so kann zweifelsfrei auch kein positiver Frieden im Land entstehen. Laut einem der befragten Experten heißt es diesbezüglich:

> Jugendliche, Indigene und Bauern, die die Rechte der Bevölkerung einfordern, gestohlenes Land beanspruchen, und die nichts mit der Guerilla zu tun haben, sind Drohungen von multinationalen Konzernen ausgesetzt, oder wenn sie einem Politiker sagen, er solle nicht stehlen, dann werden sie ermordet und als Guerilla gebrandmarkt.
>
> (Interview E5, 6. Mai 2020)

Die offizielle Stellungnahme der UN bezüglich der prekären Sicherheitssituation im Land lautet:

> Peace will not be fully achieved if the brave voices of social leaders continue to be silenced through violence and if those former combatants who laid down their weapons and are committed to their reintegration continue to be killed.
>
> (UN Security Council 2020: 3)

Auch gelang es Präsident Duque bislang nicht, die Friedensgespräche mit der ELN wieder aufzunehmen und in Bezug auf eine gerechtere Landverteilung ist bisher auch nicht viel passiert. Zu starr scheint die Elite am Landbesitz festzuhalten. Dennoch bleibt zu erwähnen, dass im Friedensabkommen an keiner Stelle die Rede von radikaler Enteignung ist. Die kolumbianischen Großgrundbesitzer*innen bleiben folglich weiter im mehrheitlichen Besitz des Landes, das jedoch die Bauernschaft und auch die ehemaligen Kombattant*innen für ihre Produktionsprojekte so dringend bräuchten.

Stockt die Umsetzung der im Friedensvertrag festgesetzten Vereinbarungen weiterhin und zeigt sich die kolumbianische Regierung fortwährend unwillig, entsprechende Unterstützungsmaßnahmen insbesondere im ländlichen Raum zu leisten, so bleibt auch der weitere Verlauf des Reinkorporationsprozesses überaus ungewiss. Denn wie auch Giustozzi argumentiert, „[w]hen the political will is missing, DDR has no chance of being successfully implemented“ (Giustozzi 2012: 15).

Daran anknüpfend bringen Segura und Stein die makrostrukturelle Problematik zusammenfassend folgendermaßen auf den Punkt:

> The absolute lack of movement on certain points of the agreement - plus serious reverses, such as the implementation of drug policies that openly contradict the accord, as well as the assassination of both ex-combatants and social leaders - show that a holistic implementation of the ambitious agenda set in Havana is unlikely.
>
> (Segura & Stein 2019: 12)

Wenn es auch zu diesem Zeitpunkt womöglich noch zu früh sein mag zu behaupten, der Friedensprozess Kolumbiens wäre durchweg gescheitert, so herrschte bei den Interviewpartner*innen ein allgemein vereinender Konsens: Kolumbien ist vom realen Frieden noch weit entfernt. Ein Experte offenbarte gar, dass wenn es so weitergehe, er sich aufgrund seiner bestehenden Frustration nicht mehr lange in seinem NGO Berufsfeld sehe: „Ich habe den Mangel an Menschlichkeit, die Schädigung des Ökosystems, und diese Art von Wirtschaft und Ungleichheit satt“ (Interview E5, 6. Mai 2020). Zwar versucht die internationale Gemeinschaft weiterhin den Prozess aktiv zu unterstützen, so konstatiert ein Experte, „wenn das Friedensabkommen nicht die Garantie der internationalen Begleitung gehabt hätte, wäre vieles bereits gescheitert“ (Interview E4, 28. April 2020). Jedoch sind es, wie aus dieser Arbeit deutlich hervorging, vor allem die großen Probleme des Landes, das politische System, die sich weiterhin erhaltenen korrupten und konservativen Machtstrukturen, als auch die internationalen Verflechtungen und damit verbunden auch die weiterhin bestehende hohe Nachfrage an Kokain, welche die illegalen Strukturen im Land kaum eingeschränkt fortleben lassen, und damit einhergehend den Friedensaufbau im Land als auch den geplanten Reinkorporationsprozess der ehemaligen FARC Kombattant*innen immens erschweren. Daran anlehnend heißt es laut dem befragten Mitarbeiter der ARN:

> Andere Friedensprozesse in der Welt haben gezeigt, dass der Ausweg aus einem Konflikt kein kurzzeitiges Thema ist, sondern ein Thema von Jahren und Generationen. Nehmen wir also an, dass der Aufbau eines Landes viele Generationen dauert, so sehe ich das als eine optimistische Vision, aber auch in der Erkenntnis, dass es strukturelle Probleme gibt, die nur schwer zu ändern sind, weil sie nicht nur von einer nationalen, sondern auch von einer internationalen Logik abhängen.
>
> (Interview E8, 29. Mai 2020)

Dennoch sollte bei diesen negativen Szenarien nicht vergessen werden, dass jene ehemaligen Kombattant*innen, die nach wie vor im Reinkorporationsprozess sind, sich bewusst für den Frieden entschieden haben, und sie sich diesem weiterhin tagtäglich mit einem wohl enorm hohen Kraftaufwand widmen. Und sie können dabei, wie aus der empirischen Erhebung weitgehend hervorging, auch auf die

Unterstützung, die Akzeptanz und die Zusammenarbeit der lokalen Gemeinden in Guaviare setzen.

Rückbindend an die theoretischen Darlegungen dieser Arbeit bestätigen uns diese Ergebnisse folglich vor allem, dass Frieden kein statisch zu erreichendes Ziel gemäß vorab strategisch festgelegter Planpunkte darstellt, sondern alle auf dieses Ziel ausgerichteten und erforderlichen Prozesse in einem langfristigen wenn nicht gar dauerhaftem und überaus dynamischen Rahmen gebündelt sind, innerhalb dessen zum tatsächlichen Erreich, der Wille und die aktive Beteiligung aller, sprich des Staates, der nationalen und internationalen Akteure und Institutionen, der Gesellschaft und somit auch jedes einzelnen Mitglieds der Zivilgesellschaft als auch der ehemaligen Kriegsakteure vorauszusetzen ist.

Ferner rechtfertigen die dargestellten Ergebnisse die Annahme, dass insbesondere in jenen nationalen Post-Konflikt-Kontexten, die von enormen sozialen und sozio-ökonomischen Ungleichheitsstrukturen geprägt waren und dies noch immer sind, nachhaltige Entwicklung und positiver Frieden nur durch reale und vom Staat sowie der Politik langfristig unterstützte Transformations- und ggf. auch Umverteilungs-prozesse stattfinden kann, um letztlich in erster Linie auch die eigentlichen Ursachen und Motive, die ursprünglich zum Kriegsausbruch innerhalb der Bevölkerung geführt haben, langfristig zu eliminieren. Nur so kann es gelingen, die notwendige Basis für nachhaltige Friedens- und Entwicklungsprozesse gemäß der verschiedenen Dimensionen von Chancengleichheit, Selbstverwirklichung und einem Leben in Sicherheit und Würde zu ermöglichen. Denn erst dann, wenn anlehnend an die obige Formulierung nach Lutz, Situationen, die als Alternative nur Krieg zulassen (vgl. Lutz 2003: 18), politisch abgefedert und langfristig eliminiert werden, und wenn letztendlich *alle* Menschen in Würde, Freiheit, Zufriedenheit gemäß der Befriedigung der eigenen Grundbedürfnisse, dem Ausleben der individuellen und kollektiven Verwirklichungschancen inklusive politischer Partizipation und Meinungsfreiheit in einem sicheren Zustand leben, werden Gewalt- und Konfliktpotentiale auf kollektive Weise auf das größtmögliche Minimum beschränkt und die wesentlichen Grundstrukturen für den Zustand von positivem Frieden gelegt. Dieser kann schließlich zulassen, dass sich alle Mitglieder uneingeschränkt an dessen Erhalt und Förderung beteiligen können und dies auch wollen.

6. Schlussfolgerungen

Das letzte Kapitel dieser Arbeit widmet sich einer Zusammenfassung der Ergebnisse sowie einer konkludierenden Schlussfolgerung im Konnex mit dem theoretischen Teil dieser Arbeit ausgeführten Erkenntnissen zur Beantwortung der Forschungsfrage. Ferner geht dieses Kapitel auf die bestehenden Limitationen dieser Forschung ein und gibt einen Ausblick für den zukünftigen Forschungsbedarf.

6.1. Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse

Das aktuelle DDR-Programm Kolumbiens baut auf frühere, meist erfolglose Versuche individueller Reintegrationsansätze. Basierend auf diesen Erfahrungen wurde beschlossen, die Guerillagruppe diesmal nicht auf klassischem Wege zu demobilisieren, sondern es wurde der FARC im Rahmen des kollektiven Ansatzes zuerkannt, als politische, soziale und wirtschaftliche Einheit bestehen zu bleiben, mit der Idee, dass sie sich nun mit friedlichen Mitteln für ihre ideologischen Ziele einsetzen können. Wesentlicher Bestandteil des Abkommens war es deshalb auch, dass die FARC nicht als von der Regierung besiegte Einheit deklariert wird, sondern dass sie im Rahmen der Reinkorporation zu einer legalen politischen Bewegung wird. Es stellt in Kolumbien zudem das erste DDR-Programm dar, das im Rahmen eines Friedensvertrags und nicht wie bisher auf kurzfristig vereinbarten Waffenstillständen basiert. Insofern handelte die FARC mit der Regierung sämtliche Punkte zum Ausgleich der auf nationaler Ebene bestehenden Ungleichheitsstrukturen aus. Während ehemalige Kombattant*innen bei individuellen und klassischen Reintegrationsprogrammen meist in ihr ursprüngliches sozioökonomisches Umfeld zurückkehren, in denen die kontextuellen Bedingungen oftmals dazu führten, dass die Waffen überhaupt erst aufgenommen wurden, so ist der kollektive Ansatz folglich in direkter Verbindung mit den Vereinbarungen des Friedensabkommens in Bezug auf ländliche Entwicklung, Demokratieaufbau, der Stärkung der sozialen Strukturen als auch weitreichenden Opferrechten konzipiert. Somit kann der Friedensvertrag als gemeinsam erarbeiteter Beschluss zwischen der Regierung und der FARC im Sinne eines beidseitig ideologischem Entgegenkommen der Konfliktparteien erachtet werden, um Frieden und Chancengleichheit für das Land zu ermöglichen. Daran anlehnend sollte folglich durch den Friedens- und Reinkorporationsprozess auch eine Art Hebelwirkung im

Sinne regionaler Entwicklung in den vom Konflikt am stärksten betroffenen und ehemals von der FARC besetzten Territorien erwirkt werden.

Die Konzeption der kollektiven Reinkorporation, welche sich in die dritte Generation von DDR-Programmen eingliedern lässt, kann folglich als ein umfassender, emanzipatorischer und gemeindebasierter Ansatz gesehen werden, bei dem sowohl die persönlichen Interessen der ehemaligen Kombattant*innen berücksichtigt, als auch deren Familienangehörige aktiv in den Prozess involviert werden. Darüber hinaus soll der Prozess auf lokaler Ebene transparent gestaltet, und somit auch die Bevölkerung der lokalen Aufnahmegemeinden miteinbezogen werden. Dies schafft wesentliche Grundvoraussetzungen für den Aufbau von Vertrauen und den langwierigen Vergebungsprozesses, als auch für den Abbau bestehender Vorurteile und Stereotypisierungen gegenüber den ehemaligen Kombattant*innen.

Im Sinne des Gender-Mainstreaming Ansatzes sollen ferner in jeder Phase der Umsetzung die Rechte der Frauen berücksichtigt bzw. gefördert werden (vgl. Flisi 2016). Dies bietet auch eine Chance, die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der traditionellen kolumbianischen Gesellschaftsstrukturen langfristig zu stärken und Frauen zu aktiven Friedensakteurinnen zu befähigen. Zu erwähnen sei allerdings, dass keine(r) der interviewten Expert*innen das Thema Gender von sich aus angesprochen hat. Aus Perspektive nachhaltiger Entwicklung sind Gender Themen zweifelsfrei von wesentlicher Bedeutung, allerdings scheinen diese Aspekte im lokalen Kontext aufgrund anderer Problembereiche eher (noch) im Hintergrund verortet zu sein.

Darüber hinaus schafft der Ansatz auf Basis der Ausrichtung auf gesellschaftliche Heterogenität durch die Anerkennung von Diversität und Differenziertheit wie bspw. in Bezug auf Kultur, Glauben, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung einen potentiellen Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe im Land. Somit impliziert der Ansatz im weitest gehenden Sinne auch, dass innerhalb des Reinkorporationsprozesses die individuellen Potentiale und damit gleichzeitig die Vielfalt der Gesellschaft gestärkt werden solle, und sich die Menschen somit aktiv bei der Verwirklichung bzw. dem Aufbau eines positiven Friedens beteiligen können. Vor allem die *bottom up* Konzeption von Frieden als kollektives Leitbild und das Streben zur Schaffung einer bewusst gelebten gesellschaftlichen Kultur des Friedens wirkt

somit überaus vielversprechend und bietet deshalb ein hohes Potential für die Schaffung positiver Friedensstrukturen.

Der Ansatz stellt folglich einen beispiellosen und innovativen Versuch zur Wiedereingliederung ehemaliger Kombattant*innen dar, den es in einer solchen Form bis dato wohl weder in Kolumbien noch einem anderen Land gab und der dementsprechend auch im Rahmen anderer Post-Konflikt-Kontexte bzw. Friedensprozesse in Bezug auf politisch ausgerichtete Gruppen grundsätzlich von großer Bedeutung sein.

Wie sich jedoch im Rahmen dieser Arbeit gezeigt hat, wird die nachhaltige Umsetzung des Ansatzes in der Praxis jedoch durch zahlreiche Herausforderungen und Problemfelder gehemmt. Zumindest mittelfristig mag der Reinkorporationsprozess in Guaviare zwar zu wirksamen und positiven Veränderungen geführt haben, da durch die Schaffung der ETCRs in der Region im Grunde genommen auch territoriale Entwicklungsprozesse angekurbelt wurden, jedoch klappt vieles nicht so, wie es auf konzeptueller Ebene vorgesehen war. Zum einen fehlt es an entsprechenden Infrastruktureinrichtungen innerhalb der ETCRs und es kommt zu organisatorischen Schwierigkeiten, da die ETCRs mittlerweile keinen rechtlich anerkannten Status mehr haben. Zum anderen ist der auf Transparenz ausgerichtete Ansatz zu einem hohen Maß von der Bereitschaft der Bevölkerung abhängig und darüber hinaus kann dies für die ehemaligen Kombattant*innen aufgrund der damit erforderlichen Exponiertheit auf psychologischer als auch sicherheitsgefährdender Ebene eine belastende Herausforderung darstellen. Darüber hinaus dauert der Vergebungsprozess länger als ursprünglich geplant, was anzunehmend auf die teilweise nach wie vor bestehende soziale Kluft zwischen den ehemaligen Kombattant*innen und der lokalen Bevölkerung zurückzuführen ist. Auch scheinen sich durch den gemeindebasierten Ansatz die alten und teilweise korrupten Strukturen aufgrund fehlender Rechenschaftspflichten stellenweise zu verfestigen, statt neue, ggf. alternative Stimmen und Potentiale hervorzubringen. Während die ehemaligen Kombattant*innen auf lokaler Ebene von Guaviare im Allgemeinen nicht mit Stigmatisierung zu kämpfen haben, so scheint dies auf nationaler Ebene hingegen ein großes Problem darzustellen, das langfristig vor allem das angedachte politische Vorankommen der FARC-Partei hindern wird.

Eine weitere grundsätzliche Herausforderung die sich im Rahmen der Erhebung gezeigt hat, bezieht sich auf die Wiedereingliederung ehemaliger Kombattant*innen, die einst indigenen Gruppen angehörten. Durch das kommunistische Gedankengut der FARC identifizieren sich nur mehr wenige zu diesen Gruppen zugehörig. Hinzu kommt, dass diese Gruppen oftmals jene sind, die am stärksten von den negativen Auswirkungen des Konflikts betroffen waren. Entgegen dem auf Differenziertheit ausgelegten Ansatz werden nach Aussagen der Expert*innen alle auf die selbe Weise behandelt, jedoch kommt es hierbei auf komplett andere Erfordernisse wie bspw. der Wiedererlernung der jeweiligen Sprache und des spirituellen Glaubens dieser Gruppen an. Wird über diese Bedürfnisse einfach hinweggeschaut, kann es zu internen Konflikten innerhalb der indigenen Gruppen kommen.

Ferner fehlt es an finanzieller Unterstützung für lokale NGOs, um dieser Diskrepanz nachzukommen, als auch grundsätzlich an der staatlichen Anerkennung der Rechte dieser Gruppen. Die gegenwärtige Intention der ARN, einen solchen differenzierten Ansatz zu erarbeiten, weist grundsätzlich in die richtige Richtung und zeigt, dass auf bestehende Schwierigkeiten reagiert wird. In Anbetracht der CoVid-19 Pandemie und der aktuell damit verbundenen erschwerten Kontaktaufnahme mit diesen Gruppen bleibt an dieser Stelle jedoch noch abzuwarten, wann dieser Ansatz fertig konzipiert sein wird, als auch, welche Verbesserungen im Rahmen der Implementierung damit tatsächlich erwirkt werden können.

In Bezug auf die Entwicklung produktiver Tätigkeit hat sich gezeigt, dass die Idee der Produktionsprojekte im Sinne eines alternativen Wirtschaftsmodells grundsätzlich zwar vielversprechend ist. Aufgrund der oftmals bestehenden Schwierigkeit, für die Ex-Kombattant*innen eine Anstellung im Privatsektor zu finden, scheint jedoch der Ansatz hierbei von Anfang an nicht weit genug gedacht gewesen zu sein. Die FARC wird dabei im Grunde genommen mit den selben Herausforderungen wie die lokale Bauernschaft konfrontiert. Die Probleme beziehen sich neben dem oftmals geringen Bildungsstand der Ex-Kombattant*innen auf die neoliberalen Wirtschaftsdynamiken und dem damit einhergehenden Konkurrenzdruck, das Fehlen eines potentiellen Absatzmarktes durch die Abgelegenheit der Region, geringer Wertschöpfung aufgrund hoher Transportkosten und die Herstellung von Primärgütern als auch mangelnde bzw. fehlende Kommerzialisierungs- und Haltbarkeitsstrategien. Bleiben

die wirtschaftlichen Möglichkeiten so beschränkt wie bisher, dann steigt sowohl das Risiko, dass sich die ehemaligen Kombattant*innen langfristig aufgrund von Armutsverhältnissen erneut illegalen Einkommensmöglichkeiten zuwenden, als auch, dass sie möglicherweise finanziell reizvolleren Angeboten von nach wie vor bewaffneten und illegal agierenden Gruppen nachgehen.

Was jedoch letztlich in Bezug auf die Herausforderungen am schwerwiegendsten ins Gewicht fällt, sind die Probleme auf makrostruktureller Ebene, die insbesondere durch die aktuellen politischen Dynamiken beeinflusst werden. Dabei fehlt es vor allem am staatlichen Willen zur Unterstützung sowohl des Prozesses selbst als auch zur Umsetzung der Vereinbarungen des Friedensvertrags. Dies bezieht sich zum einen auf das nach wie vor in Guaviare präsente Problem des Koka-Handels bzw. dem diesbezüglichen Anbau, den damit genährten Korruptionsstrukturen sowie die Hemmung von Demokratie- und Entwicklungsprozessen, als auch die Sicherheitsgefährdung für die lokale Bevölkerung. Ferner ergaben die Expert*inneninterviews, dass der Staat den Ansatz nicht im Sinne der konzipierten Kollektivität zu fördern scheint, und lokalen NGOs und der Region selbst fehlt es generell an finanziellen Ressourcen zur effektiven Unterstützung des Reinkorporationsprozesses.

So nachhaltig konzipiert und innovativ gedacht der aktuelle Ansatz ursprünglich auch sein mag, wenn die schwerwiegenden Probleme im Land bestehen bleiben, wird eine nachhaltige Entwicklung geschweige denn positiver Frieden für Kolumbien in naher Zukunft kaum möglich sein, denn die Wurzeln des Konflikts liegen in den nach wie vor bestehenden strukturellen Ungleichheitsverhältnissen des Landes, welche den Menschen den Zugang zu sozialer und politischer Gerechtigkeit verwehren.

Durch die bestehende Transparenz des Ansatzes ist zwar anzunehmen, dass der Übergang von Krieg zu Frieden auf lokaler Ebene als bewusste und einmalige Chance für gesellschaftlichen Wandel aufgefasst wurde. Sämtliche Restriktionen durch den Mangel auf Ebene der Umsetzung führen jedoch dazu, dass in der Praxis das Potential des Ansatzes maßgeblich beschränkt ist. Somit mag der kollektive Reinkorporationsansatz zwar verschiedene innovative Aspekte zur Förderung eines positiven Friedens aufgreifen. Kolumbien befindet sich jedoch trotz Friedensvertrag im Grunde genommen nicht einmal im Stadium eines negativen Friedens, da die

Probleme struktureller Gewalt, Unterdrückung, Korruption und Ungleichheit weiterhin bestehen.

Dementsprechend weist die aktuelle Situation auch gewisse Grundtendenzen auf bzgl. des von Grävingholt (vgl. 2019: 359) argumentierten Risikos, dass bei einem Friedensvertrag die aktuelle Machtverteilung oftmals eingefroren wird, und daraus die eigentlichen ´Gewinner` und ´Verlierer` des Landes hervorgehen. Was demzufolge bleibt, ist die Tatsache, dass die erforderlichen Konditionen der Konfliktparteien zwar innerhalb eines Friedensvertrag unterzeichnet werden können. Frieden selbst jedoch ist ein langwieriger wenn nicht gar dauerhafter Prozess, der in hohem Maße von sozialen, wirtschaftlichen und auch vor allem politischen Dynamiken abhängig ist.

Die Grundargumentation dieser Arbeit liegt folglich darin, dass der Erfolg der Reinkorporation sowie die Entstehung eines positiven Friedens in erster Linie durch die makrostrukturellen Probleme und damit einhergehend durch das Versagen der Politik beeinträchtigt werden. Denn es wäre allem voran die Aufgabe der Regierung gewesen, sich aktiv, langfristig und wie vereinbart für den Vertragstext der Friedenspolitik einzusetzen, die Konfliktursachen zumindest schrittweise zu beseitigen und parallel dazu das entstandene Machtvakuum der FARC einzunehmen. Dies mag mit Sicherheit alles andere als eine leichte Aufgabe sein, jedoch fehlt es scheinbar bereits am offiziellen Willen hierfür, denn unter Präsident Duque kam der Friedensprozess quasi zu einem Stillstand.

So rechtfertigen die Ergebnisse dieser Arbeit insbesondere die Annahme, dass Entwicklungs- und Friedensprozesse von einer enormen Komplexität, unzähligen Faktoren und teilweise vor allem von einer nur bedingt beeinflussbaren Dynamik geprägt sind. Das Erreichen eines Idealzustands als Basis für positive Friedensstrukturen ist erst dann gelegt, wenn *alle* Menschen in Würde, Freiheit, Sicherheit, und im Sinne der Befriedigung der eigenen Grundbedürfnisse und Verwirklichungschancen leben, in dessen Rahmen sämtliche Gewalt- und Konfliktpotentiale minimiert werden und sich alle Mitglieder der Gesellschaft am Erhalt und der Förderung des Friedens beteiligen können und dies aufgrund ihrer Lebensbedingungen auch wollen.

Während Forschungsarbeiten zum Thema Friedensaufbau und nachhaltiger Entwicklung letzten Endes stellenweise gar mehr Fragen aufwerfen mögen, als tatsächlich Antworten zu liefern, bleibt an dieser Stelle dennoch zu hoffen, dass die Erkenntnisse dieser Masterarbeit dazu beitragen konnten, relevante Bruchlinien und Grenzen in Bezug auf Wiedereingliederungsprozesse aufzuzeigen, an denen sich auch zukünftige Überlegungen und Ansätze im Rahmen der Friedens- und Entwicklungsforschung ausrichten können. Ergo bleibt finalisierend festzuhalten, dass wenn die Bedingung gegeben ist, dass ein Friedensvertrag holistisch, auf die Beseitigung der Konfliktursprünge sowie auf die gesellschaftliche, ideologische und ethnische Diversität des Landes ausgerichtet ist, und wenn dieser auf die Schaffung gleichberechtigter und demokratischer Strukturen hinstrebt, so ist dies eine relevante Basis, jedoch noch lange keine Garantie für die tatsächliche Entstehung von Frieden. Denn bestehen lokale Konfliktquellen, wie bspw. bedingt durch Korruption und Ungleichheit auch nach offizieller Beendigung eines Konflikts und somit im Zustand eines negativen Friedens weiterhin, werden ländliche Regionen von der Regierung weiterhin vernachlässigt, sind die wirtschaftlichen Kapazitäten auf lokaler Ebene in drastischem Ausmaß beschränkt, und fehlt es insbesondere am staatlichen und politischen Willen zur Schaffung realer und nachhaltiger Entwicklungspotentiale, dann ist auch die Chance, dass positive Friedensstrukturen überhaupt entstehen können, um so geringer. Je eher die Menschen und auch die ehemaligen Kriegsakteure wiederum die Möglichkeit haben, in partizipatorischer und politischer Freiheit, Würde, Selbstverwirklichung, Sicherheit und im Rahmen wirtschaftlicher Kapazitäten und Möglichkeiten zu leben, desto weniger entstehen potentielle Feindseligkeiten und kommt es zum tatsächlichen Ausbruch von Konflikten.

6.2. Limitationen

Letztlich bleibt zu erwähnen, dass Forschungen, unabhängig von qualitativer oder quantitativer Ausrichtung, stets ein begrenztes Ergebnispotential aufweisen. So stellt auch die vorliegende Studie auf Basis einer Dokumenten- und Literaturanalyse sowie einer qualitativen Stichprobe von acht lokalen Expert*inneninterviews nur einen gewissen Ausschnitt der Realität dar. Die Erkenntnisse dieser Arbeit sind insofern auch nicht unhinterfragt auf andere Regionen übertragbar. Jedoch kann insbesondere in Bezug auf die identifizierten Aspekte auf makrostruktureller Ebene

vermutet werden, dass diese Probleme auch in anderen Regionen Kolumbiens zum Tragen kommen.

Insbesondere sei an dieser Stelle zu vermerken, dass zwar zum aktuellen Zeitpunkt die bestehenden Herausforderungen bereits erforscht werden können und sich daraus gewisse Tendenzen bzgl. des Erfolgs bzw. Misserfolgs des kollektiven Ansatzes ableiten lassen, sich jedoch erst frühestens in einigen Jahren bzw. nach Beendigung der Reinkorporationspolitik (2026) abschließend feststellen lassen wird, welches Potential dieser Ansatz in der Praxis langfristig tatsächlich erwies.

Ferner bestehen, wie in Kapitel 6.2. genauer ausgeführt, gewisse Limitationen aufgrund der in der Forschung ausgerichteten Adaptierung der Erhebungsmethode in Richtung Videokonferenzen bzw. schriftliche Interviews. Dadurch bedingt fanden keine unmittelbaren Face-to-Face Befragungen statt. Zum einen konnten somit bei den schriftlichen Interviews die nonverbalen Kommunikationsaspekte als auch die räumliche Umgebung des bzw. der Interviewpartner*in nicht mitberücksichtigt werden. Zum anderen mag bei den mittels Videokonferenz-Tools durchgeführten Interviews ein gewisses Maß einer höheren persönlichen Distanz zwischen Interviewpartner*in und Interviewerin bestanden haben, im Vergleich dazu, dass die Interviews wie ursprünglich geplant Face-to-Face vor Ort durchgeführt worden wären.

Auch sei zu erwähnen, dass im Rahmen dieser Forschung nicht auf *alle* potentiellen Faktoren zu den bestehenden Herausforderungen in Guaviare eingegangen werden konnte. Die Erkenntnisse dieser Arbeit fokussierten sich insbesondere auf die Perspektiven von NGO und UN Expert*innen, die den Reinkorporationsprozess in der Praxis aktiv mitbegleiten, was in Anbetracht der Forschungsfrage zu den Potentialen, Limitationen und Herausforderungen bei der Umsetzung des kollektiven Reinkorporationsansatzes auch durchaus sinnvoll ist. Eine wesentliche Limitation dieser Forschung mag allerdings darin liegen, dass die befragten Expert*innen wohl nur bedingt die Effektivität und Nachhaltigkeit ihrer eigenen Arbeit bzw. die Projekte ihrer Organisationen in Frage stellen. Auch sei zu betonen, dass die Forschung nicht die persönliche Sicht, Erfahrungen als auch psychologische Aspekte der ehemaligen Kombattant*innen miteinbeziehen konnte, als auch, dass keine Interviews mit Mitgliedern der verschiedenen sozialen Gruppen wie der lokalen Bauernschaft oder

Angehörige indigener Gemeinschaften durchgeführt wurden. So bestehen insbesondere Limitationen zur tatsächlichen Bewertung des sensiblen und anzunehmend nur schwer zu erforschenden Vergebungsprozesses.

6.3. Ausblick

Nachdem in dieser Arbeit der kollektive Reinkorporationsansatz sowie die Potentiale und Herausforderungen bei der Umsetzung in Guaviare im Kontext der Friedens- und Entwicklungsforschung schematisch identifiziert und dargelegt wurden, ist es schlussendlich angebracht zu bemerken, dass noch viel Arbeit zu diesem Themabereich vor uns liegt. Schlussendlich bestätigt auch dieses Forschungsthema, dass bestehende Macht- und Ungleichheitsverhältnisse in nahezu allen nationalen und internationalen Kontexten einen entscheidenden Einfluss auf nachhaltige Friedens- und Entwicklungspotentiale haben. Die meisten der oben angeführten Aspekte haben über ihre analytische Dimension hinaus eine enorm wichtige Auswirkung auf die reale soziale Gerechtigkeit der Menschen in Kolumbien, deren Recht, in Frieden und Würde zu leben und deren gemäß nach Sen definierten Freiheits- und Verwirklichungschancen zur Gestaltung des eigenen Schicksals. Insofern ist dies ein Grund mehr, der uns dazu auffordern sollte, über derzeitige Mainstreams hinaus zu denken, um zukünftig wirksame, alternative und auf Gleichheit beruhende Entwicklungsprozesse hervorbringen zu können.

Im Zusammenhang mit den in dieser Arbeit gewonnen Erkenntnissen wäre es aus Perspektive der Entwicklungsforschung insofern von besonderer Bedeutung, bspw. die speziellen Rollen, Identitäten und Visionen von Frauen im Aufbau der lokalen Friedensstrukturen zu ermitteln oder der Frage nachzugehen, welche Art von Programmen für Erwachsenenbildung in den ETCRs Anwendung finden. Auch wäre es lohnenswert zu untersuchen, wie nachhaltig und effektiv die internationalen EZA Projekte bzw. Programme in diesem Bereich gestaltet sind. Ferner wäre eine Analyse von Bedeutung, die sich speziell den Herausforderungen bzgl. jener Ex-Kombattant*innen widmet, die sich mittlerweile außerhalb der ETCRs ein neues Leben aufgebaut haben. Dabei wäre es im Sinne der politischen Komponente des kollektiven Ansatzes besonders interessant zu erfahren, inwiefern sich diese weiterhin mit der politischen Zugehörigkeit der FARC identifizieren, oder ob sie

letzten Endes den ursprünglichen Kampf ihrer sozialistischen Gerechtigkeitsbewegung ein für alle mal aufgegeben haben.

Diese Arbeit hat vor allem bestätigt, dass die Umsetzung von DDR-Konzepten in der Praxis und insbesondere der Erfolg der letzten Komponente im Rahmen von Reintegrationsprogrammen von zahlreichen dynamischen, teilweise nur bedingt steuerbaren Faktoren sowie insbesondere vom politischen und staatlichen Willen und der Bereitschaft der Regierung zur Unterstützung und Umsetzung gemäß des Friedensabkommens abhängig ist. Der grundsätzliche Willen zur Beendigung des Konflikts seitens der FARC war 2016 gegeben, was zum einen die Unterzeichnung des Abkommens, die Waffenübergabe als auch deren großräumiger Einzug in die verschiedenen ETCRs des Landes bestätigte. Diese Bereitschaft besteht zu einem Großteil vier Jahre später nach Unterzeichnung noch immer, was durch den erschwerten Verlauf dieses Prozesses wohl nicht als selbstverständlich zu erachten ist. So hat sich im Rahmen dieser Arbeit gezeigt, dass insbesondere die Gegebenheiten bzw. Probleme Kolumbiens auf makrostruktureller Ebene, wie unter anderem Korruption, mangelnde Unterstützung des Staates für jene ländliche Regionen, in denen die Reinkorporationsprozesse stattfinden, die weiterführende Präsenz illegaler Gruppen, wirtschaftliche Einschränkungen, als auch fehlende finanzielle Mittel zur Umsetzung der Wiedereingliederung auf lokaler Ebene von Guaviare erschwerend auf den Reinkorporationsprozess wirken und diesen maßgeblich limitieren.

So bleibt an dieser Stelle nur zu hoffen, dass sich die in dieser Arbeit identifizierten Herausforderungen in Bezug auf den Reinkorporationsprozess Kolumbiens mit der FARC im weiteren Verlauf nicht noch weiter zuspitzen werden bzw. spätestens ab der kommenden Legislaturperiode im Jahr 2022 letztlich – im Vergleich zur aktuellen Situation – nachhaltigere staatliche und politische Weichen zur Besserung der bestehenden Probleme gestellt werden, um so insbesondere der leidtragenden Bevölkerung des Landes nach so vielen Jahren des Bürgerkriegs, Gewalt und nicht enden wollender Unruhen letzten Endes endlich ein Leben in Frieden, Würde und Sicherheit zu ermöglichen.

7. Bibliographie

Acosta-Navas, Diana & Carlos Felipe Reyes (2018): From combatants' boots: Reincorporation and reconciliation. In: Díaz Pabón, Fabio Andrés (Hrsg.): Truth, Justice and Reconciliation in Colombia. Transitioning from Violence. London & New York: Routledge.

Agenda 2030: Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, verabschiedet am 25. September 2015. Online: https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf. [4.4.2020].

Allain, Mathilde & Julie Massal (2019): Two Years On From the Peace Agreement With the FARC. Interview with Julie Massal. In: Noria - Network of researchers in international affairs, 18.2.2019. Online: https://www.noria-research.com/two-years-on-from-the-peace-agreement-with-the-farc-what-prospects-for-peace-in-colombia-interview-with-julie-massal/. [11.4.2020].

Annan, Jeannie (2011): Reintegration, civil war and gender in Northern Uganda. In: Journal of Conflict Resolution 55(6), 877-908. Online: https://www.researchgate.net/publication/227574349_Civil_War_Reintegration_and_Gender_in_Northern_Uganda. [20.2.2020].

ARN - Agencia para la Reincorporación y la Normalización. Online: http://www.reincorporacion.gov.co/en. [26.4.2020].

ARN – Agencia para la Reincorporación y la Normaliación (15.5.2020): EN LAS REGIONES. La ARN destaca que 4.116 excombatientes, en proceso de reincorporación, tienen proyectos productivos con una inversión de $41.315 millones. Online: https://id.presidencia.gov.co/Paginas/prensa/2020/ARN-4116-excombatientes-reincorporacion-tienen-proyectos-productivos-con-una-inversion-de-41315-millones-pesos.aspx. [22.5.2020].

ARN – Agencia para la Reincorporación y la Normaliación (o.D.): Cartilla de Reincorporación social y económica. Online: http://www.reincorporacion.gov.co/es/reincorporacion/Ruta_de_Reincorporacion/Cartilla_Ruta_de_Reincorporacion.pdf. [22.4.2020].

ARN – Agencia para la Reincorporación y la Normaliación (o.D.): Espacios Territoriales de Capacitación y Reincorporación (ETCR). Online: http://www.reincorporacion.gov.co/es/reincorporacion/Paginas/Los-ETCR.aspx. [26.4.2020].

ARN – Agencia para la Reincorporación y la Normalización: Así avanza la Reoncorporación (30.4.2020). Online: http://www.reincorporacion.gov.co/es/reincorporacion/La%20Reincorporacion%20en%20cifras/Reincorporacio%CC%81n%20en%20cifras%20-%20corte%2030042020.pdf. [8.8.2020].

Ball, Nicole & Luc van de Goor (2006): Disarmement, Demobilization and Reintegration. Mapping Issues, Dilemmas and Guiding Principles. Netherlands Institute of International Relations.

Bampton, Roberta & Christopher J. Cowton (2002): The E-Interview. Forum: Qualitative Social Research. Vol. 3(2) Art. 9.

Banholzer, Lili (2014): When Do Disarmament, Demobilization and Reintegration Programmes Succeed?. Discussion Paper. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.

BBC News (21.5.2020): Colombia: How armed gangs are using lockdown to target activists. Online: https://www.bbc.com/news/world-latin-america-52661457. [9.6.2020].

BBC News (4.9.2019): FARC y el proceso de paz en Colombia: "No sé si narcotráfico o qué, pero veo una motivación personal", dice Timochenko, líder del partido FARC, sobre la rebelión de exguerrilleros. Online: https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-49574540. [9.6.2020].

Berdal, Mats & David H. Ucko (2013): Introduction to the DDR Forum: Rethinking the Reintegration of Former Combatants. *International Peacekeeping*. Vol. 20(3), 316-320.

Bermúdez Liévano, Andrés (30.7.2019): In Colombia, Transitional Justice is caught up in Politics. Online: https://www.justiceinfo.net/en/tribunals/national-tribunals/42052-colombia-transitional-justice-is-caught-up-in-politics.html. [20.5.2020].

Brock, Lothar (2019): Frieden und Demokratie. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Broeck van, Anna Marie; Guasca, Monica & Dominique Vanneste (2019): Tourism Initiatives as a Lever for Reintegration of Former FARC Combatants in Colombia. *Via Tourism Review*. Vol. 15.

Brühl, Tanja (2019): Frieden und internationale Institutionen. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Buckley-Zistel, Susanne (2008): Transitional Justice als Weg zu Frieden und Sicherheit. Möglichkeiten und Grenzen. SFB-Governance Working Paper Series. Vol. 15, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin.

Capone, Francesca (2017): An Overview of the DDR Process Established in the Aftermath of the Revised Peace Agreement between the Colombian Government and the FARC: Finally on the Right Track?. Global Jurist. 2017-0007.

Carranza-Franco, Francy (2019): Demobilisation and Reintegration in Colombia. Building State and Citizenship. London und New York: Routledge.

Casas-Casas, Andrés & Juanita Gúzman-Gomez (2010): The Eternal Yesterday? The Colombian Reintegration Process as Social Dilemma. Papel Politico. Vol.15(1), 47-85.

Colombia Reports (10.3.2020): Colombia vows to accelerate implementation of peace after meeting UN Secretary General. Online: https://colombiareports.com/colombia-vows-to-accelerate-implementation-of-peace-after-meeting-un-secretary-general/. [8.4.2020].

Colombia Reports (27.10.2017): Colombia's frontlines of the drug war: Guaviare. Online: https://colombiareports.com/colombias-frontlines-drug-war-guaviare/. [8.4.2020].

Colombia Reports (5.3.2020): Colombia's 2018 election fraud: investigations against Uribe and Duque piling up. Online: https://colombiareports.com/investigations-against-uribe-and-duque-pile-up-over-colombias-2018-election-fraud/. [12.4.2020].

Coning de, Cedric (2016): From peacebuilding to sustaining peace: Implications of complexity for resilience and sustainability. *Resilience*. Vol. 4(3), 166–181.

CONPES 3931 (2018): Política Nacional para la Reincorporación Social y Ecónomica de Exintegrantes de las FARC-EP. Online: http://www.reincorporacion.gov.co/es/Documents/conpes_finlal_web.pdf. [3.3.2020].

Daase, Christopher (2011): Neue Kriege und neue Kriegführung als Herausforderungen für die Friedenspolitik. In: Werkner, Ines-Jacqueline & Ulrike Kronfeld-Goharani (Hrsg.): Der ambivalente Frieden. Die Friedensforschung vor neuen Herausforderungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

DANE – Departamento Administrativo Nacional de Estadística. Censo Nacional de Población y Vivienda 2018. Online: https://www.dane.gov.co/files/censo2018/informacion-tecnica/cnpv-2018-presentacion-3ra-entrega.pdf. [8.4.2020].

Deakin, Hannah & Kelly Wakefield (2013): Skype Interviewing: Reflections of two PhD researchers. Qualitative Research 14(5), 603-616.

Derks, Maria; Rouw, Hans & Ivan Briscoe (2011): A Community Dilemma: DDR and the changing face of violence in Colombia. Peace Security and Development Network. No. 00030.

Duden (o.D.): Friede, Frieden, der. Online: https://www.duden.de/rechtschreibung/Friede. [22.5.2020].

DW – Deutsche Welle (30.8.2019): FARC: Kolumbiens Krieger kehren zurück. Online: https://www.dw.com/de/farc-kolumbiens-krieger-kehren-zur%C3%BCck/a-50221817. [20.5.2020].

El Espectador (12.5.2019): Asesinan a excombatiente de las FARC en Guaviare. Online: https://www.elespectador.com/noticias/nacional/asesinan-excombatiente-de-las-farc-en-el-guaviare-articulo-860227/. [26.5.2020].

El Espectador (30.4.2019): Los tres productos más taquilleros de los excombatientes de las Farc. Online: https://www.elespectador.com/colombia_2020/pais/los-tres-productos-mas-taquilleros-de-los-excombatientes-de-las-farc-articulo-857922. [28.3.2020].

El País (12.12.2018): La nueva vida de las FARC en Pondores. Online: https://elpais.com/elpais/2018/12/08/album/1544288813_499088.html#foto_gal_1. [28.3.2020].

El Tiempo (23.9.2015): En adelante, la batalla más dura en negociaciones será la política. Online: https://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-16385360. [22.3.2020].

EUR-Lex. Access to European Union law (2007): Gemeinsamer Standpunkt 2007/871/GASP des Rates vom 20. Dezember 2007 zur Aktualisierung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts. Online: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32007E0871. [7.3.2020].

FARC – Partido FARC: Online: https://partidofarc.com.co/farc/multimedia-transparencia/. [14.4.2020].

Final Agreement (2016): Final Agreement To End The Armed Conflict And Build A Stable And Lasting Peace. Online: http://especiales.presidencia.gov.co/Documents/20170620-dejacion-armas/acuerdos/acuerdo-final-ingles.pdf. [14.4.2020].

Flick, Uwe (2010): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Flisi, Isabella (13.2.2017): The Reintegration of Former Combatants in Colombia. In: Oxford Research Group. Online: https://www.oxfordresearchgroup.org.uk/blog/the-reintegration-of-former-combatants-in-colombia. [10.4.2020].

Flores, Thomas & Juan Vargas (2018): Colombia: Democracy, violence, and the peacebuilding challenge. Conflict Management and Peace Science, Vol. 35(6), 581-586.

Freudenberg, Dirk (2008): Theorie des Irregulären: Partisanen, Guerillas und Terroristen im modernen Kleinkrieg. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Galtung, Johan (2000): Die Zukunft der Menschenrechte. Vision: Verständigung zwischen den Kulturen. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Gamboa Tapias, Camila de & Fabio Andrés Díaz Pabón (2018): The Transitional Justice Framework agreed between the Colombian Government and the FARC-EP. In: Díaz Pabón, Fabio Andrés (Hrsg.): Truth, Justice and Reconciliation in Colombia. Transitioning from Violence. London & New York: Routledge.

García Muñoz, Lina María (2019): Efectos tempranos de la firma de acuerdo de paz en el departamento del Guaviare. Univsersidad de los Andes. Documento de trabajo. No. 3. Online: https://cider.uniandes.edu.co/es/publicaciones/node%3Atitle%5D-46#gsc.tab=0. [8.3.2020].

Gehring, Hubert & Anne Gehrmann (15.11.2017): Ein Jahr nach dem Friedensvertrag in Kolumbien. Fortschritte und Probleme bei der Umsetzung. Eine Bilanz. Konrad-Adenauer- Stiftung e.V. Online: https://www.kas.de/es/web/kolumbien/laenderberichte/detail/-/content/ein-jahr-nach-dem-friedensvertrag-in-kolumbien1. [26.3.2020].

Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (2019): Vorwort. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Giustozzi, Antonio (2012): Post-conflict Disarmament, Demobilization and Reintegration: Bringing State-building Back In. London: Routledge.

Gobierno de Colombia (22.6.2018): Documento CONPES 3931: http://www.reincorporacion.gov.co/es/Documents/conpes_finlal_web.pdf [30.7.2020].

Góngora-Mera, Manuel (2019): The ethnic chapter of the 2016 Colombian peace agreement and the afro-descendants' right to prior consultation: a story of unfulfilled promises, The International Journal of Human Rights. Vol. 23(6), 938-956.

Gonzalez-Perez, Margaret (2006): Guerirlleras in Latin America: Domestic and International Roles. Journal of Peace Research. Vol. 43(3), 313–29.

Government of Colombia (2016): Summary of Colombia's Agreement to End Conflict and Build Peace. Online: https://reliefweb.int/report/colombia/summary-colombias-agreement-end-conflict-and-build-peace. [26.3.2020].

Grävingholt, Jörn (2019): Frieden und Entwicklung. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Hauff, Michael von (2014): Nachhaltige Entwicklung: Grundlagen Und Umsetzung. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.

Haw, Kaye & Mark Hadfield (2011): Video in Social Science Research. London: Routledge.

Helfferich, Cornelia (2014): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, Nina & Jörg Blasius (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden.

Herbolzheimer, Kristian (2016): Innovations in the Colombian peace process. NOREF – Norwegian Peacebuilding Resource Centre. Report June 2016. Online: https://www.c-r.org/resource/innovations-colombian-peace-process. [16.4.2020].

Heriberto Cairo, Ulrich Oslender, Carlo Emilio Piazzini Suárez, Jerónimo Ríos, Sara Koopman, Vladimir Montoya Arango, Flavio Bladimir Rodríguez Muñoz & Liliana Zambrano Quintero (2018): Territorial Peace: The Emergence of a Concept in Colombia's Peace Negotiations, Geopolitics. Vol. 23(2), 464-488.

Hilfswerk International (o.D.): Help for Colombia. Hilfswerk International promotes peacekeeping through the cooperation of peasants and the indigenous population. Online: https://www.hilfswerk.at/international/en/countries-projects/colombia/. [4.5.2020].

Hughes, James & Denisa Kostovicova (2018): Introduction: rethinking reconciliation and transitional justice after conflict, Ethnic and Racial Studies. Vol. 41(4), 617-623.

Humphreys, Macartan & Jeremy M. Weinstein (2007): Demobilization and Reintegration. *The Journal of Conflict Resolution*. Vol. 51(4), 531-567.

Ide, Tobias (2017): Einleitung: Konzepte, Themen und Trends der Friedens- und Konfliktforschung. In: Ide, Tobias (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Berlin: Utb.

Ide, Tobias (Hrsg.) (2016): Friedens- und Konfliktforschung. Fernuniversität Hagen. Fakultär für Kultur- und Sozialwissenschaften. Online: https://vu.fernuni-hagen.de/lvuweb/lvu/file/FeU/KSW/2016SS/04652/oeffentlich/04652-vorschau.pdf. [16.4.2020].

IOM - International Organization for Migration (o.D.): Transition and Peacebuilding. Online: https://www.iom.int/transition-and-peacebuilding. [3.3.2020].

IOM – International Organization for Migration (2019): Disarmament, Demobilization and Reintegration. Compendium of Projects 2010 – 2017. Online: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/ddr_compendium.pdf. [24.02.2020].

Janghorban, Roksana; Taghipour, Ali & Robab Latifnejad Roudsari (2014): Skype interviewing: The new generation of online synchronous interview in qualitative research. In: *International Journal of Qualitative Studies on Health and Well-Being*. Vol. 9(1).

Jaramillo, Sergio; Giha, Yanetz & Paula Torres (2009): Transitional Justice and DDR: The Case of Colombia. Research Unit. International Center for Transitional Justice.

Kant, Immanuel [1795] (2008): Zum ewigen Frieden und andere Schriften. Frankfurt am Main: Fischer.

Kaplan, Oliver & Enzo Nussio (2015): Community Counts: The Social Reintegration of Ex-Combatants in Colombia, *Conflict Management and Peace Science*. Vol. 35(2), 132–153.

Knight, Mark & Alpaslan Özerdem (2004): Guns, Camps and Cash: Disarmament, Demobilization and Reinsertion of Former Combatants in Transitions from War to Peace. Journal of Peace Research. Vol. 41(4), 499–516.

Koppe, Karlheinz (2010): Zur Geschichte der Friedens und Konfliktforschung im 20. Jahrhundert. In: Imbusch, Peter & Ralf Zoll (Hrsg.): Frieden- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Krüger, K. Anne (2013): Transitional Justice. Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Institut der Leibniz Gesellschaft.

Leonardsson, Hanna & Gustav Rudd (2015): The 'local turn' in peacebuilding: a literature review of effective and emancipatory local peacebuilding. Third World Quarterly. Vol. 36(5), 825-839.

Lessmann, Robert (2016): Der Drogenkrieg in den Anden: Von den Anfängen bis in die 1990er Jahre. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Lo Iacono, Valeria, Symonds, Paul & Brown, David H. K. (2016). Skype as a Tool for Qualitative Research Interviews. *Sociological Research Online*. Vol. 21(2).

Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (2003): Die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren: Politische und rechtliche Einwände gegen eine Rückkehr des Faustrechts in die internationalen Beziehungen. Baden-Baden: Nomos, 17-34.

Mac Ginty, Roger (2014): Everyday peace: Bottom-up and local agency in conflict-affected societies. *Security Dialogue*. Vol. 45(6), 548–564.

Mac Ginty, Roger & Oliver P. Richmond (2013): *The Local Turn in Peace Building: a critical agenda for peace*. Third World Quarterly. Vol. 34(5), 763-783.

Maedl, Anna (2011): Psychological rehabilitation of ex-combatants in non-western, post-conflict settings. In: E. Martz (Hrsg.): Trauma rehabilitation after war and conflict: community and individual perspectives, New York: Springer, 177–214. [16.2.2020].

Maher, David & Andrew Thomson (2018): A precarious peace? The threat of paramilitary violence to the peace process in Colombia. *Third World Quarterly*. Vol. 39(11), 2142-2172.

Marten, Heiko (2016): Sprach(en)politik. Eine Einführung. Tübingen: Narr Francke Attempto.

Martin, Nicolas (26.12.2016): Kolumbiens Drogenmaffia macht Druck. Online: https://www.dw.com/de/kolumbiens-drogenmafia-macht-druck/a-36788669. [7.2.2020].

Martínez, Harold & Iona Lefebvre (2019): La reincorporación económica de los excombatientes de las FARC. Retos y riesgos a futuro. Fundación ideas para la paz. Online: http://ideaspaz.org/media/website/FIP_NE_Reincorporacion.pdf. [15.2.2020].

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

McFee, Erin (2016): The Double Bind of “Playing Double”: Passing and Identity Among Ex-Combatants in Colombia. Peace and Conflict. *Journal of Peace Psychology*. Vol. 22(1).

McMullin, Jaremey R. (2013). Ex-Combatants and the Post-Conflict State. New York: Palgrave Macmillan.

Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich & Peter Milling (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

Meuser, Michael & Ulrike Nagel (1991). ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht : ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef (Hrsg.) & Klaus Kraimer (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Meyers, Reinhard (2019): Krieg und Frieden. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Misión de la verificación de la ONU en Colombia (5.2.2020): Los indígenas del Guaviare, buscan su armonicación con un territorio en paz. Online: https://colombia.unmissions.org/los-ind%C3%ADgenas-del-guaviare-buscan-su-armonizaci%C3%B3n-con-un-territorio-en-paz. [2.6.2020].

Mosayebi, Reza (2018): Kant und Menschenrechte. Berlin, Boston: De Gruyter.

Munive, Jairo & Finn Stepputat (2015): Rethinking Disarmament, Demobilization and Reintegration Programs. Stability. International Journal of Security & Development. Vol. 4(1), 1-13.

Nasi, Carlo (2019): The peace process with the FARC-EP. In: Díaz Pabón, Fabio Andrés (Hrsg.): Truth, Justice and Reconciliation in Colombia. Transitioning from Violence. London & New York: Routledge.

New York Times (3.9.2019): To Save Colombia’s Peace Process, Prove the Extremists Wrong. The country’s government needs to act swiftly to avoid relapsing into war. Online: https://www.nytimes.com/2019/09/03/opinion/international-world/colombia-farc-peace.html. [30.7.2020].

New York Times (8.5.2020): What Colombia Did With American Spy Tools. Under pressure to curb the drug trade, the Colombian army turns to old tricks. Online: https://www.nytimes.com/2020/05/08/opinion/colombia-spying-corruption.html. [22.4.2020].

NPR (6.2.2020): Colombia's FARC Rebels Laid Down Their Weapons, But A Growing Number Are Being Killed. Online: https://www.npr.org/2020/02/06/802764177/colombias-farc-rebels-laid-down-their-weapons-but-a-growing-number-are-being-kil?t=1586365618102. [22.4.2020].

Odenwald, Michael; Lingenfelder, Birke; Schauer, Maggie; Neuner, Frank; Rockstroh, Brigitte; Hinkel, Harald & Thomas Elbert. (2007): Screening for posttraumatic stress disorder among Somali ex-combatants : a validation study. In: Conflict and Health. Vol. 1(10).

ONIC - Organización Nacional Indígena de Colombia (o.D.): Nuestra historia. Online: https://www.onic.org.co/onic/nuestra-historia. [8.6.2020].

Otis, John (2014): The FARC and Colombia's Illegal Drug Trade. Wilson Center. Latin American Program. Online: https://www.wilsoncenter.org/publication/the-farc-and-colombias-illegal-drug-trade. [7.3.2020].

Palma García, Ana & Laura Villegas Buitrago (2018): ARN: volviendo a la vida civil. *Trans-Pasando Fronteras*. Vol. 11.

Pfaffenholz, Thania (2019): Frieden und Zivilgesellschaft. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Pospisil, Jan (2016): Ein Anstoß zum Frieden? Der Friedensnobelpreis und der fragile kolumbianische Friedensprozess. Policy Paper 1/2016. Österreichisches Institut für internationale Politik. Online: https://www.oiip.ac.at/publikation/ein-anstoss-zum-frieden-der-friedensnobelpreis-und-der-fragile-kolumbianische-friedensprozess/. [7.3.2020].

Pospisil, Jan & Stefan Khittel (2014): Friedensprozesse in gewaltsamen Mehrparteienkonflikten: Eine vergleichende Studie der Friedensverhandlungen in Kolumbien und den Philippinen. Arbeitspapier 73 / Februar 2014. Österreichisches Institut für internationale Politik. Online: https://www.oiip.ac.at/publikation/friedensprozesse-in-gewaltsamen-mehrparteienkonflikten-eine-vergleichende-studie-der-friedensverhandlungen-in-kolumbien-und-den-philippinen/. [5.3.2020].

Rettberg, Angelika (2013): La construcción de paz bajo la lupa: una revisión de la actividad y de la literatura académica internacional. Instituto de Estudios Políticos, Universidad de Antioquia, Vol. 42, 13-36.

Reuters (27.2.2020): Colombia's Duque questions U.N. report on activist killings, human rights. Online: https://www.reuters.com/article/us-colombia-politics-un/colombias-duque-questions-u-n-report-on-activist-killings-human-rights-idUSKCN20L2WO. [25.3.2020].

Reuters (30.11.2016): Latin America has most unequal land distribution, Colombia fares worst – charity. Online: https://uk.reuters.com/article/uk-latam-landrights-idUKKBN13P2J0?il=0. [28.34.2020].

Richmond, P. Oliver (2011): A Post-Liberal Peace. London und New York: Routledge Studies in Peace and Conflict Resolution.

Rittberger, Volker (2009): Auf Dem Weg Zum Nachhaltigen Frieden? Aufgaben Der Friedensforschung Zu Beginn Des 21. Jahrhunderts. *Sicherheit Und Frieden (S+F) / Security and Peace*. Vol. 27(1), 47–54.

Salehi, Mariam & Timothy Williams (2019): Frieden und Transitional Justice. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Schädel, Andreas (2019): Friedens- und Konfliktforschung. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Scheffran, Jürgen (2011): Frieden und nachhaltige Entwicklung. In: Gießmann, J. Hans & Bernhard Rinke (Hrsg): Handbuch Frieden. Wiesbaden: Springer VS.

Schiek, Daniela (2014): Das schriftliche Interview in der qualitativen Sozialforschung. In: *Zeitschrift für Soziologie*. Vol. 43(5), 379-395.

Schmidt, Lukas & Sabine Schröder (2016): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum Verlag.

Schöb, Mia (2016): Disarming, Demobilising and Reintegrating Whom? Accounting for Diversity Among Ex-Combatants in Colombian DDR. *Peace, Conflict and Development*. 117-178.

Segura, Renata & Sabrina Stein (2019): The FARC's Collective Reincorporation Project: Its Impact on Colombia's DDR. Social Science Research Council. Online: https://www.ssrc.org/publications/view/the-farc-s-collective-reincorporation-project-its-impact-on-colombia-s-ddr/. [8.2.2020].

Seils, Paul (2017): The Place of Reconciliation in Transitional Justice. Conceptions and Misconceptions. International Center for Transitional Justice. Online: https://www.ictj.org/sites/default/files/ICTJ-Briefing-Paper-Reconciliation-TJ-2017.pdf. [25.2.2020].

Semana (25.6.2016): Tras cese al fuego, el mundo está pendiente de Colombia**.** Online: https://www.semana.com/nacion/articulo/cese-al-fuego-y-proceso-de-paz-mundo-mira-a-colombia/479185. [12.3.2020].

Sen, Amartya (1995): Equality of What? Inequality Reexamined. New York: Oxford University Press.

Sinic - Sistema Nacional de Información Cultural (o.D.): Colombia Cultural. Online: http://www.sinic.gov.co/SINIC/ColombiaCultural/ColCulturalBusca.aspx?AREID=3&COLTEM=216&IdDep=95&SECID=8. [25.2.2020].

Specker, Leontine (2008): The R-phase of DDR processes: An overview of key lessons learned and practical experiences. Netherlands Institute of International Relations Clingendael. Online: https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20080900_cru_report_specker.pdf. [3.3.2020].

Spiegel (29.8.2018): Früherer Farc-Anführer spricht von neuen bewaffneten Kämpfen. Online: https://www.spiegel.de/politik/ausland/kolumbien-farc-rebellen-fuehrer-spricht-von-wiederaufnahme-bewaffneter-kaempfe-a-1284287.html. [27.2.2020].

Stevenson, Jonathan (Hrsg.) (2017): Colombia: what comes next?. In: Strategic Comments. The International Institute for Strategic Studies. Vol. 23(1), vii-viii.

Süddeutsche Zeitung (25.7.2017): Sie träumen von Normalität. Online: https://www.sueddeutsche.de/leben/kolumbien-nach-dem-krieg-kommen-die-kinder-1.3595304-2. [11.4.2019].

The Guardian (10.12.2018): Colombian artist melts guns into tiles to make 'anti-monument' to conflict. Online: https://www.theguardian.com/world/2018/dec/10/doris-salcedo-colombian-artist-melts-guns-tiles-peace-monument. [22.4.2020].

The Guardian (3.10.2016): Colombia referendum: voters reject peace deal with FARC guerillas. Online: https://www.theguardian.com/world/2016/oct/02/colombia-referendum-rejects-peace-deal-with-farc. [20.3.2020].

The Nation (3.10.2016): Did Human Rights Watch Sabotage Colombia's Peace Agreement?. Online: https://www.thenation.com/article/archive/did-human-rights-watch-sabotage-colombias-peace-agreement/. [28.2.2020].

Theidon, Kimberly (2007): Transitional Subjects: The Disarmament, Demobilization and Reintegration of Former Combatants in Colombia. *The International Journal of Transitional Justice*, Vol. 1, 66-90.

UN Security Council (2019): United Nations Verification Mission in Colombia. Report of the Secretary-General. Online: https://reliefweb.int/report/colombia/united-nations-verification-mission-colombia-report-secretary-general-s2019988. [28.5.2020].

UN Security Council (2020): 8702nd meeting. Online: https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_pv_8702.pdf. [4.4.2020].

UN Security Council (2020): United Nations Verification Mission in Colombia. Report of the Secretary-General. Online: https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_2020_603_e.pdf. [30.7.2020].

UNDP – United Nations Development Programme (o.D.): Strenghtening local governance. Online: https://www.undp.org/content/undp/en/home/2030-agenda-for-sustainable-development/peace/conflict-prevention/strengthening-local-governance.html. [2.3.2020].

United Nations (1987): Report of the World Commission on Environment and Development. Our Common Future. Online: https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/5987our-common-future.pdf. [18.4.2020].

United Nations (2010): UN Peacebuilding: an Orientation. Online: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/peacebuilding_orientation.pdf. [18.01.2020].

United Nations (2014): Integrated Disarmament, Demobilization and Reintegration. Online: https://www.unddr.org/uploads/documents/IDDRS_4.30%20Reintegration%20WEB.pdf. [30.05.2020].

United Nations Secretary-General (2005): What is DDR? (A/C.5/59/31). Online: https://unddr.org/what-%20is-ddr/introduction_1.aspx. [02.02.2020].

UNODC – United Nations Office on Drugs and Crime (19.9.2020): Coca Crops in Colombia at all-time high, UNODC Report finds. Online: https://www.unodc.org/unodc/en/frontpage/2018/September/coca-crops-in-colombia-at-all-time-high--unodc-report-finds.html. [28.4.2020].

Watteville de, Nathalie (2002): Addressing gender issues in demobilization and reintegration programs. Washington DC: The World Bank (Africa Region Working Paper 22). Online: http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.548.2663&rep=rep1&type=pdf. [20.1.2020].

Werkner, Ines-Jacqueline & Ulrike Kronfeld-Goharani (Hrsg.) (2011): Der ambivalente Frieden. Die Friedensforschung vor neuen Herausforderungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zambrano Quintero, Liliana (2018): La reincorporación colectiva de las FARC-EP: una apuesta estratégica en un entorno adverso. *Revista CIDOB d'Afers Internacionals*. Vol. 121, 45-66.

Zeit Online (18.6.2018): Konservativer gewinnt Präsidentenwahl in Kolumbien. Online: https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-06/ivan-duque-kolumbien-praesident-farc-friedensabkommen. [28.3.2020].

Zelik, Raul (2001): Der Plan Colombia. Anti-Drogendiskurse und US-Hegemonialpolitik in der Andenregion. In: PROKLA. *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*. Vol. 124(3), 383-410.

Ziai, Aram (2012): Post-Development: Fundamentalkritik Der „Entwicklung". *Geographica Helvetica*. Vol. 67(3), 133-138.

Zoonen van, Dave (2015): When Do Disarmament, Demobilisation and Reintegration Programmes Succeed and When Do They Fail? A Qualitative Comparative Analysis. Universiteit Amsterdam. Faculty of Social Sciences. Department of Political Science.

Zuckerman Daly, Sara (2018): Determinants of ex-combatants' attitudes towards transitional justice in Colombia. In: *Conflict Management and Peace Science*. Vol. 35(6), 656–673.

8. Anhang

8.1. Leitfaden

1) Der kollektive Ansatz setzt sich sehr von bisherigen Reintegrationsprogrammen auf individueller Ebene ab. Inwiefern hat der kollektive Ansatz Ihrer Ansicht nach einen potentiell nachhaltigeren Erfolg als individuelle Programme?

2) Wie werden Ihrem Wissen nach die ehemaligen Kombattant*innen auf lokaler Ebene aufgenommen? Welche Herausforderungen bestehen im Hinblick auf die Stärkung sozialer Strukturen? Wie läuft Ihres Erachtens der Vergebungsprozess?

3) Welche Herausforderungen ergeben sich bei der Reinkorporation in Guaviare in Bezug auf indigene Gemeinschaften?

4) Welche Herausforderungen sehen Sie im Hinblick auf die Entwicklung produktiver Tätigkeit? Wie würden Sie den aktuellen Stand der Produktionsprojekte evaluieren?

5) Wenn Sie in der entsprechenden Entscheidungsposition wären: Gibt es etwas, das Sie in Bezug auf den kollektiven Reinkorporationsprozess von Beginn an anders organisiert hätten?

6) In welchem Ausmaß kann das Projekt der Reinkorporation in Ihren Augen grundsätzlich Erfolg haben, wenn die im Friedensvertrag vereinbarten Punkte von der Regierung nicht wie geplant umgesetzt werden?

7) Die politische Konzeption des Friedensvertrags, der Ansatz der Reinkorporation als auch die nationalen Entwicklungspläne Kolumbiens stellen im Grunde genommen sehr holistische und nachhaltige Entwicklungsansätze dar. Inwiefern ist Ihres Erachtens diese Umsetzung im Kontext neoliberaler Wirtschaftspolitik möglich?

8) Wie steht es Ihrer Meinung nach um den Friedensprozess in Kolumbien? Wo sehen Sie das Land bzw. die Region Guaviare basierend auf den aktuellen Entwicklungen in 10 Jahren? Wo würden Sie es gerne sehen?

8.2. Liste der Interviews [16]

Interview E1

Organisation: Fundación Ideas para la Paz
Datum: 6. Mai 2020
Erhebungsmethode: Schriftlich via E-Mail

Interview E2

Organisation: UN
Datum: 6. Mai 2020
Erhebungsmethode: Schriftlich via E-Mail

Interview E3

Organisation: Hilfswerk International
Datum: 7. Mai 2020
Erhebungsmethode: Mündlich via Skype

Interview E4

Organisation: FAO
Datum: 29. April 2020
Erhebungsmethode: Mündlich via Zoom

Interview E5

Organisation: Hilfswerk International
Datum: 6. Mai 2020
Erhebungsmethode: Schriftlich via E-Mail

Interview E6

Organisation: UNDP
Datum: 16. Mai 2020
Erhebungsmethode: Schriftlich via E-Mail

Interview E7

Organisation: Fundación Raíces de mi Tierra
Datum: 12. Mai 2020
Erhebungsmethode: Schriftlich via E-Mail

Interview E8

Organisation: ARN
Datum: 29. Mai 2020
Erhebungsmethode: Mündlich via Zoom

[16] Wie in Kapitel 3.4. erläutert, werden im Rahmen dieser Arbeit aufgrund der sicherheitssensiblen Thematik die befragten Expert*innen nicht namentlich genannt.

8.3. Organisationen [17]

Hilfswerk International

Das Hilfswerk International (HWI) ist eine 1978 gegründete, nicht auf Gewinn ausgerichtete und politisch neutrale Organisation, die weltweit in verschiedenen Ländern humanitäre Hilfe nach Kriegen und Naturkatastrophen und Projektmanagement im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit leistet. In diesem Bereich gilt das HWI als eine der größten österreichischen Trägerorganisationen. Ziel des HWI ist es, die Lebensgrundlagen der von Armut und Krisen betroffenen Bevölkerungen nachhaltig zu verbessern. Dabei betreut das HWI jährlich zwischen 30-40 Projekte, u.a. in Ländern wie Georgien, Tadschikistan, Libanon, Tunesien, Bosnien und Herzegowina, Mosambik und Simbabwe. Seit 2004 ist das HWI in Kolumbien tätig und setzt dort verschiedene Projekte zum Aufbau des territorialen Friedens in der Region von Guaviare um. Eines dieser Projekte widmet sich bspw. der Entwicklung eines interkulturellen pädagogischen Modells für territorialen Frieden, das auch ehemalige FARC Kombattant*innen direkt involviert. Das HWI setzt sich in Kolumbien auch dafür ein, dass auf politischer Ebene ein klares Bekenntnis für die wirtschaftliche Einbindung von intern Vertriebenen in der Projektregion abgegeben wird.

Website: https://www.hilfswerk.at/international/

Fundación Ideas para la Paz

Die Fundación Ideas para la Paz (FIP) ist eine 1999 gegründete, kolumbianische, unabhängige NGO mit Hauptsitz in Bogotá. Die FIP widmet sich zum einen der Generierung von Wissen um zum besseren Verständnis des kolumbianischen Konflikts beizutragen. Zum anderen widmet sie sich der Planung und Entwicklung von Initiativen und Prozessen um das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Gemeinden, öffentlichen Institutionen und nationalen Unternehmen zu stärken und somit zum Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens im Land beizutragen. Laut eigenen Angaben ist FIP der größte Friedens-Think-Tank des Landes und aktuell in mehr als 100 vom Konflikt betroffenen Gemeinden Kolumbiens tätig. In diesem Sinne ist die FIP bestrebt, die Dynamiken der im Land herrschenden Unruhen zu verstehen und eine Führungs- bzw. Vermittlerrolle zu übernehmen, um die Bürger*innen, Regierungsvertreter*innen sowie die Wirtschaft für das gemeinsame Ziel des Aufbaus einer friedlichen Gesellschaft zu mobilisieren.

Website: http://www.ideaspaz.org/foundation/about

[17] Die hier angeführten Informationen basieren auf der offiziellen Selbstdarstellung der einzelnen Organisationen gemäß deren Internetauftritt.

Fundación Raíces de mi Tierra

Fundación Raíces de mi Tierra (FRdmT) ist eine gemeinnützige, kolumbianische Non-Profit Organisation die verschiedene Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten als auch Bildungsprogrammen insbesondere für junge Menschen sowie marginalisierte und vulnerable Bevölkerungsgruppen implementiert. Die ehemaligen FARC Kombattant*innen werden bei den Aktivitäten ebenfalls aktiv involviert. FRdmT arbeitet in verschiedenen ländlichen Regionen des Landes, die einen eingeschränkten Zugang zur Regierung haben. Das Ziel von FRdmT ist es, einen Beitrag zum Versöhnungs- und Friedensprozess sowie zur Resozialisierung innerhalb der vom Konflikt betroffenen Gemeinden Kolumbiens zu leisten. FRdmT begleitet den Reinkorporationsprozess auf nationaler und lokaler Ebene in Guaviare und ist dort in beiden ETCRs (Charras und Colinas) tätig.

Facebook-Seite: https://www.facebook.com/groups/1872469286332272/

UN Verifizierungsmission

Die UN Verifizierungsmission in Kolumbien wurde 2017 basierend auf einem Antrag der kolumbianischen Regierung und der FARC vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingerichtet. Sie folgte im Anschluss an die erste Mission zur Überwachung und Begleitung des Entwaffnungs- und Demobilisierungsprozesses. Das Mandat dient zur Überprüfung und Begleitung des Friedensabkommens. Der Eigenanspruch der Mission versteht sich als objektives und proaktives Überwachungsmandat mit dem Ziel, den Vertragsparteien und der kolumbianischen Gesellschaft eine unparteiische Analyse der Umsetzung der Verpflichtungen vorzulegen, Lösungen vorzuschlagen, Vertrauen zu schaffen und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu stärken. Das Mandat ist jeweils für ein Jahr gültig und wird bei Bedarf entsprechend für ein weiteres Jahr verlängert. Im speziellen widmet sich das Mandat der Verifizierung zur Umsetzung des im Friedensvertrag vereinbarten Abschnitts 3.2. gemäß der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung der ehemaligen Guerilla sowie Abschnitt 3.4. zur Einhaltung und Gewährleistung der Sicherheitsgarantien der lokalen Gemeinden und der ehemaligen FARC Kombattant*innen und ihren Familien. Dabei werden Verifikationsaktivitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durchgeführt. Die Mission ist in allen 26 ETCRs des Landes tätig.

Website: https://colombia.unmissions.org/en

UN Food and Agriculture Organization

Die 1945 gegründete Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, welche die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung von Hunger leitet. In Kolumbien implementiert die FAO gemeinsam mit dem HWI das *Amazonia Jóven* (Junger Amazonas) Projekt in Guaviare, das mit Mitteln aus dem Friedenstreuhandfonds der Europäischen Union finanziert wird. Dabei wird gemeinsam mit mehr als 1.700 jungen Menschen sowie über 1.000 lokalen Familien gearbeitet. Ziel dabei ist es, neue Modelle zur nachhaltigen Entwicklung und sozialen Gerechtigkeit, zum Erhalt der biologischen Vielfalt des Amazonas sowie zur Förderung des territorialen Friedens zu erarbeiten. Dabei soll zum einen ein Beitrag zur nachhaltigen und integrativen Bewirtschaftung des Amazonas-Ökosystems geleistet werden und zum anderen soll der lokale Versöhnungsprozess gestärkt werden indem ein Raum für interkulturelle Begegnung und Austausch geschaffen wird. Auf diese Weise werden im Projekt gemeinsam mit den lokalen Bauern und Bäuer*innen, den ehemaligen FARC Kombattant*innen sowie den indigenen Gemeinschaften der Region nachhaltige und umweltfreundliche Produktions- und Landwirtschaftsinitiativen geplant und umgesetzt.

Website: http://www.fao.org/colombia/en/

Amazonia Jóven Projekt: http://www.fao.org/colombia/noticias/detail-events/es/c/1206694/

United Nations Development Programme

Das 1966 gegründete Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ist die zentrale Organisation der UN für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Die Schwerpunktthemen der UNDP liegen auf nachhaltiger Entwicklung, demokratischer Regierung und der Förderung von Frieden sowie die Stärkung von Klima- und Katastrophen-Widerstandsfähigkeit. Das Mandat in Kolumbien widmet sich insbesondere der Mobilisierung von Wissen, Erfahrungen und Ressourcen um das Land bei der Friedenskonsolidierung und dem Versöhnungsprozess zu unterstützen. Dabei werden strategische Allianzen mit Entwicklungsakteuren gestärkt, um die demokratische Regierungsführung zu stärken, die Armut zu beseitigen, die biologische Vielfalt Kolumbiens zu schützen und Krisensituationen zu verhindern und darauf zu reagieren.

Website: https://www.co.undp.org/

Agentur für Reinkorporation und Normalisierung

Die staatliche Agentur für Reinkorporation und Normalisierung (ARN) ist für die Begleitung und Beratung aller demobilisierten Personen in Kolumbien zuständig, die sich in einem Wiedereingliederungsprozess befinden. Dabei betreut die ARN drei verschiedene Programme: Dem noch unter Uribe eingeführten Programm der Reintegration für ehemalige Paramilitärs und Kombattant*innen verschiedenster Gruppen, einem speziellen Reintegrationsprogramm zur Übergang in die Legalität all jener demobilisierten Personen die aufgrund von schweren Verbrechen eine Haftstrafe verbüßen müssen sowie dem kollektiven Reinkorporationsprogramm der FARC auf Basis des Friedensvertrags. Die offiziell deklarierte Mission der ARN ist es, einen Beitrag zu friedlichen Koexistenz, zur Kultur der Legalität, zur Versöhnung sowie zur nachhaltigen Entwicklung des Landes zu leisten. Die ARN verfügt über 34 Hauptquartiere, welche wiederum in 25 territoriale Unterquartiere organisiert sind. Insgesamt ist die ARN in 826 Gemeinden des Landes vertreten. Jeweils vier bis fünf Mitarbeiter*innen der ARN arbeiten in den ETCRs.

Website: http://www.reincorporacion.gov.co/en